

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonektenpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung  
60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn  
75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettel-Nr.  
4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat  
60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schenck.**

Inserate werden die Sägespalte Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelte Anzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

**Leipzig, 15. Januar.**

Über die Expressionsaffaire Lebaudy schreibt unser Pariser # Korrespondent vom 13. Januar: Die Expressionsaffaire Lebaudy hat sich bereits zu einem jener Skandale ausgewachsen, die von Zeit zu Zeit die innere Spannung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer angesehensten „Stützen“ aufdecken.

Im Mittelpunkt steht der Sprößling einer Fabrikantenfamilie, Max Lebaudy, der die von seinem Vater aus dem Markt der Lohnarbeiter ausgepreßten Millionen in unsummiger Weise verjubelt. Um ihm herum eine Bande mit echten und falschen Wappern ausgestatteter Schmarotzer, gesinnungsbürtiger und in den „besten“ Kreisen verkehrender Journalisten, die ihm seine Millionen zu verprassen hoffen bezw. zu erpressen suchen.

Der Besitztigste und Gebräuchte von der Bande ist der „Graf“ de Cestti, mit seinem wahren Namen Wettheimer, deutsch-jüdischer Abkunft. Sein gräßlicher Titel eröffnete ihm die Thüren aller aristokratischer und aristokratischer Salons jener ausgewählten und doch sehr gemischten Gesellschaft, die sich annahend tout-Paris (ganz Paris) nennt. Die weltmännischen Zeitungen verfehlten nicht, ihre Lese von dem Kommen und Gehen des „Grafs“ zu benachrichtigen, sowie ab und zu Notizen über den Herzogin So und so mit großem Erfolg ein Bild vorgetragen“... Ohne einen Heller ererbten oder durch irgend welche ökonomische Arbeit verdienten Vermögens lebte de Cestti-Wettheimer, wie es einem Grafen geziemt, fuhr vier-spännig, gab Bälle und Soirees, ohne daß jemand nach den Quellen seines Einkommens gefragt hätte. Diese Quellen waren dunkel genug. Schier zahllos sind die Fälle, wo der Herr Graf das Buchhaus mit dem Armet streifte. Um die 400 Klagen wegen Betrug und Fälschung sollen gegen ihn erhoben worden sein. Die Justiz blieb aber blind und taub. Warum? Weil de Cestti ein Kostgänger der geheimen Fonds, ein Polizeispitzel war. Während der Boulangistenbewegung diente er zugleich der Regierung und dem Schwindelgeneral, wobei ersterer wie letzterer, von dem Doppelspiel ihres Agenten wissend, sich damit trösteten, daß er — die andere Seite prelle. Sicher ist jedenfalls, daß er doppelten Spitzelohn bekam... Dieben Abenteuer ging schließlich auch der auf „vornehme“ Verbindungen sehr erprobte Fabrikantensohn Lebaudy ins Garn. Die Freundschaft des Herrn Grafen um einige Hunderttausende Franken an Geld und Geschenken zu er-

laufen, blinkte dem jungen Millionär nicht zu teuer. Und nachdem Lebaudy den Rennplatz und den Spielclub mit der Kaserne hatte vertauschen müssen, da konnte de Cestti sicher denn je in die Taschen seines Freundes greifen, und zwar unter der Vorstellung, vermittelst seiner weit- und hochverzweigten Verbindungen dessen Freimachung vom Militärdienste zu bewirken. De Cestti spielte übrigens wirklich den Vermittler zwischen Lebaudy und den weiteren bezeichneten Helden der Expressionsaffaire. Der Expressing machte er sich schuldig, nachdem Lebaudy unter dem Einfluß seiner Geliebten, Fr. March, einer Schauspielerin von der Comédie Française, sich zum Entschluß aufgerafft hatte, die ihn ruinierende Schmarotzerbande, voran

de Cestti, los zu werden. Neben dem falschen Grafen ein echter Grafensohn und militärisch-patriotischer Journalist, Vicomte de Civry. Als Redakteur des militärischen Wochenblattes, Echo de l'Armée, gewerbsmäßiger Patriot und Hasser des Sozialismus, genoss er in militärischen Kreisen eines großen Einflusses, der sich bis in die Bureaus des Kriegsministeriums erstreckte. Diesen seinen Einfluss stellte der militärfreimische Mann durch de Cestti dem laienfeindlichen Soldaten Lebaudy zur Verfügung, um dessen Dienstleistung zu bewirken, wofür er 125 000 Franken forderte in Gestalt eines „Kommandör“-Beitrags für sein Blatt, welches er in ein tägliches umwandeln wollte. Nachdem sich aber der Handel zerschlagen hatte, begann er in seinem Blatte und durch seine militärischen Freunde gegen Lebaudy zu wirken. Und zwar reichte sein Einfluss weit genug, um einen Lebaudy bewilligten Krankheitsurlaub wieder rückgängig zu machen. De Civrys Umtriebe wurden dem verflossenen Kriegsminister, General Burlinden, von Lebaudys juristischen Berater denunziert. Trotzdem aber blieb der militärische Journalist unbekämpft. Beiläufig, ein weiterer Beitrag zur Vertuschungspolitik des Ministeriums folgte. De Civry ist übrigens, ebenso wie de Cestti, kein Neuling auf dem Kriminalgebiet. 1880 wurde er vom Pariser Schwurgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wegen Betrugs, Vertrauensbruchs und Entwendung von mit Beschlag belegten Effekten. Noch ein edler Zug: eine Beitslang ließ er sich von einer alten, aber reichen englischen Dame, der Ehefrau eines Lords, „unterhalten“. Thut nichts: sein Adelsname, seine militärfreimische Gesinnung blühten in den Augen der hohen und höchsten militärischen Würdenträger hinreichend für seine Respektabilität.

Als Dritter im Bunde erscheint einer der hervorragendsten Redakteure des frommen, reaktionären Boulevard-

blattes Figaro, ein Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte, wie er im Buche steht. Mit seinem Leidensgenossen de Civry teilte er die Feindschaft gegen den Sozialismus, den er ab und zu mit Überzeugung und Grazie stichelt. Wie heißt er? Jacques Saint-Evre für seine ach! wie zahlreichen Freunde und Bekannte, sowie für das leidende Publikum — Hermann Rosenthal für die dem Geburtschein mehr als der Visitenkarte trauende Polizei. Welche Gründe mögen ihm wohl veranlaßt haben, seinen deutsch-jüdischen Familiennamen französisch umzutaufen? Außer einer dunklen, abenteuerlichen Vergangenheit, ein Betrugsvorfall, der ihm 14 Monate Gefängnis eingebracht hatte. Im Figaro redigierte er seit neun Jahren hauptsächlich die auswärtige Politik. Diese Stellung verschaffte ihm den Zutritt zu allen Gesandtschaften und zum Ministerium des Auswärtigen, wo er ein häufiger und gern gesuchter Gast war, trotzdem er, wie sein Blatt, alle republikanischen Ministerien ohne Unterschied angriff. In seinem luxuriös eingerichteten Salon fand sich der Künstler, Schriftsteller, Dichter, Künstler, Schauspieler, Offiziere, Beamte und weitere Zeitung (New York Herald und Vie Parisienne) verfügte er über ein Jahreseinkommen von ca. 100 000 Franken. Das genügte aber den Ordnungskämpfen, der die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter geihelte, nicht: er verjubelte das Doppeltes. Die Millionen Lebaudys zogen auch ihn, der er stets in Geldverlegenheit war, mächtig an. Auch er hatte die Werts „Einfluss“ auf Lager und war bereit, sie dem in der Kaserne verschmachtenden Millionär noch viel billiger abzutreten, als de Civry. Er verlangte bloß 40 000 Franken, um seinen Einfluss namentlich bei der russischen Gesandtschaft (es sei die französisch-russische Allianz!) zu Gunsten Lebaudys spielen zu lassen. Um aber der Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, schrieb er im Figaro und in der Vie Parisienne hochstzte Notizen, worin er sich über die angebliche Krankheit des militärdienstlichen Lebaudy lustig machte. Schließlich soll dieser sein Schweigen mit einem Check von 25 000 Franken erlaubt haben. — Saint-Evre-Rosenthal ist unter der Anklage auf Expressing verhaftet worden. Gerichtsweise verlautet, daß die in seiner Wohnung beschlagnahmten Briefschaften ihn zugleich als einen Spion im Dienste der deutschen Regierung belasteten.

Der Figaro, wo Rosenthal bis zum letzten Augenblick thätig war, versucht gute Miene zum bösen Spiel zu machen und gibt seinem entlarvten Redakteur einige unschmeichelhafte Adjektiva mit auf den Weg. Es ist übrigens bekannt,

## Seuilleton.

Nachdruck verboten.

### Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

Der Gouverneur lachte die kleine Lisbeth, die sich erötzend an ihres Vaters Arm hing, freundlich an, und zeigte dabei zwei Reihen großer, gesunder Bähne, nur stark vergilbt vom vielen Tabaksqualm. Auch jetzt hielt er wieder einen langen schwarzen Mattenschwanz im Mundwinkel fest.

„Wo haben Sie das weggelegt, Herr Kollege?“ fragte Doktor Huhn, auf das steife Bein deutend.

„Das war eine Türkentugel von Schipka,“ versetzte der Lieutenant, indem er sich mit dem Stock gegen das Bein klopfte. „Schlechte Arbeit das! Ich halte mir was Besseres erhofft, als ich mich damals zu dem Moskowitern schlug. Aber so 'ne dure Bohnenstange ist eben verflucht schwer zu treffen.“

Doktor Huhn blieb betroffen stehen und blieb dem Sprecher fragend ins Gesicht. „Was wollen Sie damit sagen?“

„Ach — nitschewo, wie der Russe sagt! Ich habe 64, 66 und 70/71 mitgemacht und bin oft genug mitten drin gewesen, wo die heißen Bleitropfen wie Blitze regnen herunter prasselten und die Granatsplitter wie Dreck aufsprangen, wenn man durch eine Pforte stampft. Aber mir ist nichts passiert. Ich war fest, als hätt' ich mich mit

Teufelsalbe einbalsamiert. Bei Trautenau ist mir ein Stück Ohr abhanden gekommen und das respective Trommelfell geplatzt. Auf dieser Seite müssen Sie mich 'n bissel ausschreien. Bei Mars-la-Tour hat mir ein Kürassierpallosch ein bissel den Stahl aufgerichtet. Das ist alles Unneperei! Hättet' mich die Türken nicht sohn gelegt, dann hätt' ich am Ende mein Glück noch in Afrika probiert. Da, gibts doch noch vergiftete Pfeile und prächtige Sieberchen. O weh, jetzt hab' ich aber dem kleinen Fräulein angst gemacht, nicht wah?“

Lisbeth sah wirklich mit gar ängstlichen, großen Augen zu dem wunderlichen Knau empor. Als er sie anredete, senkte sie den Blick und dabei gewahrte sie zwei Pistolenköpfe von seltsamer Arbeit, die aus seiner Rocktasche herausgeschauten. Sie nestelte sich fester an ihres Vaters Seite und machte ihn durch ein leises „Du, Papa!“ auf ihre Entdeckung aufmerksam.

Doktor Huhn folgte ihrem flüchtigen, ängstlichen Fingerzeig und bemerkte nun gleichfalls die Pistolen. „Alle Wetter!“ lachte er, darauf hindeutend, „Sie scheinen bis an die Bähne bewaffnet auszugehen. Ist denn die Gegend hier so unsicher?“

„Ich so, Sie meinen die Dinger,“ sagte der Lieutenant und schlug sich leicht gegen die Tasche. Und dann holte er mit der freien Rechten aus der anderen Tasche noch zwei Pistolen hervor. „Da, Nummer drei und vier, hähä! Die eine ist türkische, die andere russische Arbeit. Ich habe früher solche merkwürdige und altertümliche Wurdwaffen gesammelt. Eine kleine Passion von mir. Jetzt schieß' ich noch zuweilen damit nach der Scheibe, da mit jeder anderen Sport ver sagt ist. Wollen Sie mal meinen Scheibenstand sehen? Er ist ganz nahe — gleich da hinter der Kirchhofsmauer.“

Sie waren es zufrieden, kehrten um, denn sie waren schon eine Strecke weit über den Kirchhof hinausgewandert und schritten an der Mauer entlang über ein vom gestrigen Regen noch recht feuchtes Feld. Hinter dem Gottesacker lagen etwa zwei bis drei Morgen wüstes Land, eine große Sandkuhle darin, ein paar verwahrlost aussehende krüppelige Föhren, fleckenweise ein spärlicher Graswuchs und dicht an der Mauer ein großer Haufen von Schutt, Müll und allerlei Unrat. Eine Stange mit einer Tafel: „Hier kann Schutt abgeladen werden“ stand, aber schon dem Umlaufnahe, in der Nähe.

„Das ist also mein berühmter Schießstand,“ schmunzelte Herr von Prigitzer. „Hier kommt mir so leicht niemand in die Quere, und der Haufen da bietet einen famosen Rückfang. Früher hab' ich manchmal die Jungs mitgenommen; aber das kostet mich zu viel Pulver und Blei. Ich muß mir die Kugeln selber gießen, wissen Sie; denn das Kaliber giebt's nicht mehr zu kaufen.“ Dabei zog er die größte seiner Pistolen, einen schönen alten Kuchentreter mit Baargängen, aus der Tasche und zeigte ihnen die weite Mündung vor.

Lisbeth duckte sich unwillkürlich ein wenig und drehte den Kopf zur Seite. Der Lieutenant lachte kurz auf — ein merkwürdig heiseres, tief aufgrundendes Lachen, welches fast so lang, als wenn ein Pferd zum Wiehern ausholt. „Hat Prinzchen Angst?“ grinste er. „Wenn Prinzchen nicht knallen hören kann, dann geben wir die Übung lieber auf.“

„Ah nein, bitte,“ sagte Lisbeth. „Ich möchte so gern zuschauen, wenn ich darf.“

Und nun humpelte der lange Herr Lieutenant mit großen Schritten sein steifes rechtes Bein immer mit kräftigem Ruck vorausgleitend, an der Mauer entlang und

dah der verstorbene Chefredakteur des Figaro, Magnard, von der ominösen Namensänderung Rosenthal unterrichtet war. Er begnügte sich aber mit einigen verlegenen Erklärungen desselben und ließ ihn nach wie vor als Jacques Saint-Cére glänzen.

Die Verhaftung Nummer vier trifft den intimen Freund der Schriftstellerin Séverine und feilen Journalisten oder geüner Preßmarodeur, Georges Poidebard de Labruyère. Den Adelsnamen scheint sich der Ehrenmann ebenfalls zu höheren Zwecken angehängt zu haben. Er war nacheinander Boulangist, Reptilienjournalist im Dienste des Ministers Constance gegen den General Boulanger und Antisemit. Da er keinen „Einfluss“ zu verkaufen hatte, so bot er Lebaudy sein — Schweigen an zum Preis von 50 000 Franken. Als Vermittler zwischen ihm und der Cesti fungierte der Journalist Chiarisolo, ehemaliger Sekretär des zu Gesangnis verurteilten panamitischen Ministers Baïhaut und sodann Mitarbeiter des opportunistischen Weltblattes Temps. Chiarisolo hat bislang nicht verhaftet werden können.

Die Untersuchung steht übrigens erst im Anfangsstadium. Jeder weitere Tag kann, wie dies bisher der Fall war, neue überraschende Entdeckungen bringen. Von den umher schwirrenden Gerüchten sei nur verzeichnet, daß Verhaftungen von Offizieren bevorstanden, sowohl wegen Annahme von Geschenken seitens der Lebaudy-Befreier, wie wegen Auslieferung von militärischen Geheimnissen an Saint-Cére-Rosenthal.

Das Bild wäre unvollständig, wenn ihm die Gestalt eines durchgebrannten Boulers fehlte. In der Affaire Lebaudy gibt es deren sogar zwei: Valensi und Bremet. Beide haben sich aus dem Staube gemacht. Valensi war Lebaudys Leibbeamter. Um welche Summen sie den Gimpel geprellt haben, das wird die Liquidation ihrer Geschäfte zeigen.

Die Justiz ist diesmal offenbar entschlossen, rücksichtslos bis ans Ende zu gehen. Eine ehrenwerte, aber hoffnungslose Syphosarbeit! Was hilft es, Eiterbeulen zu durchstechen, da die verdorbenen Säfte den Körper immer wieder mit Eiterbeulen bedecken? Und die Säfte der kapitalistischen Gesellschaft sind gründlich verdorben. Dagegen helfen nicht die Palliativmittel der Justiz, sondern einzige die Radikalcur des Sozialismus.

## Politische Übersicht.

Überall ist es bemerkt worden, daß 1895 eine badische Gesellschaft in München und Stuttgart errichtet worden ist. Im Jahre 1871 waren in Baden die Gesellschaften aufgehoben worden, weil ja die Interessen des Landes durch die Diplomatie des Reichs gewahrt wurden.

In demselben Verhältnis aber, in dem das ostelbische Junkertum seinen Einfluß in der Reichsgelehrung durchzusetzen sich angestrebt hat, und je mehr das Interesse der altpreußischen Agrarier den Ausschlag giebt, um so nützlicher erschien es, daß die anderen Bundesstaaten für die durch die Juniperpolitik geführten Interessen ihrer Bevölkerung sich einlegten. Nur sehr schwach und gar langsam ist dieser durch den altpreußischen Agrarierparteilichen erzwungene Widerstand in die Erscheinung getreten. Die süddeutschen Regierungen haben sich dagegen gesträubt, von ihren Kammern sich über die Reichspolitik instruieren zu lassen. Als kleinen Hilfsmittelchen haben sie die Gesellschaften, die tatsächlich eine Abwehrmaßregel gegen das offizielle Preußentum sind, wieder ins Leben gerufen, also aus dem Parlamentarischen, wo es ihnen nicht gehörte, sich in das Diplomatique geslichtet.

Die württembergische Regierung hat ja unstreitig in diesem „Kampfe“ die Führung; sie hat unzweideutig und verständig in der Kammer und im Reichstag zu wichtigen Fragen, Weinsteuer, Militärstrafrechts, Währungsfrage Stellung genommen.

Aber auch in Baden, der süddeutschen Ausgabe des preußischen Regimes, im „liberalen“ Provinzland, das der preußischen Realität doch so gefällig ist, hat die wirtschaftspolitische Zwangslage die Gegenwehr hervorgerufen.

Ein Bericht der Budgetkommission der badischen zweiten Kammer enthält darüber lehrreiche Angaben. Wie begründete der Minister die vorläufig nicht etatmäßige Gesellschaft in

Stuttgart und München? Im Auslande seien keine Vertreter nötig; hier trete das Reich ein. Anders liegen die Verhältnisse innerhalb des Reiches. Die Vereinigungen der deutschen Einzelregierungen zu einander, insbesondere die Beziehungen Preußens zu den benachbarten beiden Königreichen, seien durch die Gründung des deutschen Reiches nicht kleiner, sondern größer und bedeutender geworden, ohne daß durch die neue Reichsverfassung ein Organ für diesen Verkehr geschaffen worden wäre. „Es sei nach wie vor sehr bequem und für die Geschäfte sehr förderlich, wenn die wichtigeren Angelegenheiten des Grenzverkehrs, Eisenbahn-, Schiffs-, Heimats-, Armenfragen u. s. w. durch mildliche Rückverschriften statt auf dem umständlichen Wege amtlicher Noten erledigt werden könnten; dazu lämen aber noch die gemeinsamen Beziehungen zum Reich, die eine freundliche Aussprache häufig recht wünschenswert erscheinen lassen. Es sei gewiß kein unerlaubter Partikularismus, wenn man sich bei wichtigen, unsere Landesinteressen besonders berührenden, im übrigen aber durchaus unpolitischen Vorslagen, die an den Bundesrat gelangen, über die Stellung der anderen Regierungen zu informieren sucht, um unter Umständen durch gemeinsame Stellungnahme das Gewicht seiner eigenen Meinung zu erhöhen. Wenn man an Fragen erinnere, wie Wein-, Bier-, Zuckersteuer, Einführung der Doppelwährung, Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr und dergleichen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß es gelegentlich recht nützlich sei, darüber unterrichtet zu sein, wie die anderen deutschen Mittelstaaten die Sache ansehen.“

Das ist deutlich gesprochen. Und daß zwei Jahrzehnte nach der Reichsgründung dieser „nicht unerlaubte Partikularismus“ wieder Wurzel fassen muß, zeigt auch, wohin wir mit der Preßgabens- und Trümpeldpolitis triben. Die „nationale Begeisterung“ steht still vor dem zwange ökonomischer Thatsachen.

Anderer aber wird es erst, wenn das deutsche Volk der Projektwirtschaft ein Ende setzt und eine soziale Politik auf demokratischer Grundlage treibt.

Vorläufig aber ist dieser sanfte diplomatische Widerstand ein Anzeichen, wie der borussia-verbundene „Reichsgedanke“, und bloß dieser, zu bröckeln begonnen hat.

## Deutsches Reich.

Bayerisches.

+ München, 14. Januar. In der Abgeordnetenkammer steht der Elat der Staatschulden zur Beratung. Hierzu hat das Centrum den Antrag eingebracht: Das Staatsministerium sei zu beauftragen, dasselbe möge noch in der laufenden Finanzperiode eine Konvertierung des allgemeinen 4 prozentigen Anschlusses im Reichswährung zu 120 679 800 Mk. und der 4 prozent Eisenbahnschuld zu 967 460 400 Mk. in der Weise vornehmen, daß der Zinsfuß von 4 Prozent auf 3½ Prozent herabgesetzt werde. Von unseren Genossen wird morgen ein Antrag gestellt werden, den Zinsfuß für obenbezeichnete Staats- und Eisenbahnschulden auf 3 Prozent zu erniedrigen. Der Centrumsantrag wird von sämtlichen Mitgliedern dieser Fraktion unterzeichnet, was umso bemerkenswerter ist, als in der vorigen Session nur der Centrumsabgeordnete Dr. Jäger, unterstützt von wenigen seiner Parteifreunde, sich für die Konvertierung aussprach, die Majorität der Centrumsparthei war damals entschieden dagegen, ebenso der Bauernbündler Dr. Räpinger. Wie man sagt, hofft das Centrum, daß in den nächsten Tagen durch die Abreise der auch dem Reichstag angehörigen Fraktionsmitglieder geschwächt wird, auf eine einmütige Opposition der Liberalen, Konservativen und Bauernbündler, so daß der Antrag zu Fall käme und den Ultramontanen doch der agitatorische Erfolg erhalten bliebe. Diese Rechnung wird jedoch wahrscheinlich durchkreuzt werden, da, wie ich erfahre, jedenfalls eine Münzahl Überaler für den Antrag stimmen werden. Die Regierung ist Gegnerin der Majregel. Aus verschiedenen, teils in der Liaison mit den großen Banken vorzuhaltenden Gründen, dann aus anderen, unter denen die Abneigung des Finanzministers v. Riedel, gegen „Umwälzungen“ und neue Arbeit nicht der geringste ist. Ob sich die Regierung tropfen läßt, wenn der Antrag angenommen ist, das wird man erst aus der Haltung der Schuh- und Hemmvorrichtung genannt: Reichsratskammer ersehen.

In einem Telegramm des ultramontanen Hauptorgans in Augsburg liegt eine interessante Kundgebung des Centrums vor. Dieses Telegramm lautet: „Ingolstadt, 12. Januar. Im Georgihause dahier fand heute eine Versammlung statt, die äußerst zahlreich besucht war... Hervorzuheben ist die entschiedene Ansprache Dr. Schädlers, mit der er eine Bestätigung des bisherigen Provisoriums in Bayern

wünschte und einen König an Bayerns Spieße, und daß schon im Hinblick auf die Bedeutung Bayerns im Reich sowie auf den monarchischen Gedanken. Diese Worte fanden jubelnde Zustimmung.“ Zweifellos ist diese Umgebung nicht ohne genaue Fühlung mit der Krone sehr nahestehenden Kreisen erfolgt. Unter dem „König“, den sich das Centrum wünscht, ist kaum der Prinzregent Luitpold gemeint, dessen Abneigung sich krön zu lassen, solange der irrsinnige König Otto noch lebt, zur Evidenz bekannt ist. Man kann also nur annehmen, daß Prinz Ludwig, der Sohn des Regenten, zum König gemacht werden soll, den das Centrum als einen der seinen betrachtet. Diese Umänderung würde dem Lande eine ganze Menge von Kosten verursachen, allein an Alponagen ca. 1 Million Mk. jährlich, denn Prinz Ludwig ist der Vater einer sehr zahlreichen Familie. Und gerade aus diesem Grunde war man in Centrumskreisen bisher gegen die Befestigung der Regierung. Aus parteipolitischen Interessen scheint aber nun die Rücksicht auf die Mehrbelastung des steuerzahllenden Volkes sich verflüchtigt zu haben.

Die Kur Volksmars verläuft weiter erfolgreich. Am nächsten Montag den 20. d. M. wird er im Münchner Kindl-Saal in einer Volksversammlung über die Reichspolitik der letzten 25 Jahre referieren.

\* Berlin, 15. Januar. Der Antrag Rantz, d. h. der Plan der Brotwucherorganisation von Reichs wegen, der diese Woche den Reichstag wieder einmal beschäftigen wird, ist früher schon in diesen Blättern sehr eingehend erörtert und kritisiert worden. Der jetzt wieder dem Parlament zugegangene Antrag weicht nur unbedeutend von dem ursprünglichen Antrag Rantz ab, wie er am 7. April 1894 im Reichstage eingebracht wurde. Ob der Preis des Weizens ganz willkürlich auf 215 Mk. festgesetzt wird, oder ob die Durchschnittspreise der Periode von 1850—1890 gefordert werden, das ist um so unerheblicher, als beide Preisfestlegungen nahe zusammenstoßen. Ein innerer Grund ist weder für jenen noch für diesen Preis zu finden. In beiden Fällen handelt es sich nur darum, daß die wirtschaftlichen dem Weltmarkt entsprechenden Preise möglichst hoch gehraucht werden. Ebenso ist in dem neuen Antrag die zweite Schwierigkeit, die in dem Verhältnis Deutschlands zu den Vertragsstaaten besteht, nur verschleiert, nicht gehoben. Im ursprünglichen Antrag hieß es kurz und bündig, daß der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Soltgebiet bestimmten ausländischen Getreides ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgen sollte. Wenn es in dem neuen Antrag heißt, daß dieser Ein- und Verkauf „in einer den von 1891—1894 abgeschlossenen Handelsverträgen nicht widersprechenden oder mit beteiligten Vertragsstaaten näher zu vereinbarenden Weise“ erfolgen soll, so heißt das doch tatsächlich nichts anderes, als daß die Lösung des Problems der Regierung zugesehen wird. Möge die Regierung zusehen, wie sie mit den Vertragsstaaten fertig wird. Es braucht nicht noch besonders darauf hingewiesen zu werden, daß auch der im Antrag angegebene Zweck einer Feststellung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe nichts als blauer Dunst ist. Nach dem Antrag würde die angegebene Höhe des Getreidepreises niemals verminder werden, während eine Steigerung keineswegs ausgeschlossen ist. Das nennt man aber Mindestpreise, da noch oben freier Spielraum bleibt. Auch dieses wird der Antrag Rantz seine Mehrheit im Reichstage finden; die nationalliberalen Helfoten des Bundes der Landwirte machen den Kohl nicht fest, so wenig wie das Ja des weitaus Präsidenten von Levetzow, der 1894 noch gegen den Antrag gestimmt, diesmal aber ihn unterschrieben hat. Wie die Mehrheit des Centrums steht, zeigt die gestern von uns besprochene Pischlersche Schrift, die sich gegen den Antrag Rantz richtet. Also nur eine Trümpfchen, die aber zeigt, wie zag die Junker sind! Sie erkennen ein Bugeständnis nach dem andern.

Der Reichstag hat gestern die Justiznovelle einer Kommission überwiesen. Genosse Stadthagen hat zum Entwurf sehr wirkungsvoll gesprochen. —

Über den von den Verwandten „dementierten“ Selbstmordversuch des Landgerichtsdirektors Brausewetter wird der Saale-Zeitung geschrieben: „Ein Wärter der Gnadenhospitalsanstalt wollte das Zimmer des Patienten betreten, fand aber die Thür versperrt. Er benachrichtigte sofort den Diensthabenden Arzt, dem jedoch gleichfalls nicht geöffnet wurde. Vom Hof aus wurden dann sofort Peitern angelegt, die Fenster zerstochen und so ein immerhin gefährlicher Weg zu dem Kranken gebahnt. Man fand Herrn Brausewetter über und über von

erschreckt einen Schritt zurück und sagte ganz angstlich: „Seien Sie mir nur nicht böse! Das nächste Mal bin ich ganz still.“ Und wießlich hielt sie den zweiten Schuh ganz tapfer aus. Nur, daß sie die Augen zudrückte und den Kopf hinter des Vaters Rücken versteckte. Ja, sie lief sogar, da der Lieutenant die Einschlagsstelle nicht sehen konnte, nach der Schelbe und markierte mit einem Bleistift den Schuh. Er war dicht unter dem Centrum in die Figur gegangen.

Das verfluchte Zittern! Hol's der Henker!“ knurrte der Gouverneur, indem er ärgerlich den halb zerlauten Rest seiner Virginia forschlenderte. „Ich blamiere mich heute schäflich,“ wandte er sich an den Doktor. „Ich will nicht renomieren, aber vor ein paar Jahren holte ich auf die Distanz noch das As aus der Karte 'raus. Aber das kommt davon.“ Dabei zog er aus einer seiner zahlreichen Taschen ein Kognakfläschchen hervor und tat rasch einen tüchtigen Schluck daraus. „So, für den Augenblick hilft's.“ Und er ließ das Fläschchen wieder in die Tasche zurückgleiten und leckte sich die Lippen.

„Famoos Mädchen, Ihre Kleine! Wie alt?“ raunte er darauf dem Kollegen zu, während Lisbeth wieder zurückkam. Aber ehe der Doktor noch antworten konnte, rief er dem Mädchen laut zu, mit demselben grimmigen Tone wie vorher, der doch lustig sein sollte:

„Sachte, Prinzenchen! Nicht über Gräber stolpern! Das bringt Unglück, häh!“

Lisbeth blieb erschrocken stehen und sah sich um. Sie war eben im Übermut über einen ganz flachen, grasbewachsenen Sandhügel hinweggesprungen, der aber in seiner Gestaltlosigkeit kaum noch einem Grab glich.

„Lebe ein Grab, wieſo?“ fragte Doktor Huhn verwundert und setzte seinen Kneifer auf.

„Na, ja, der Sandhausen da!“ versetzte der Lieutenant gleichgültig, während er das dritte Pistol schußfertig machte. „Am Ende bild' ich mir das auch bloß ein. Aber hinter der Kirchhofsmauer pflegt man ja nach alter fro...“ Witte die Selbstmörder zu verscharrn. Am Ende liegt d. armer Deivel drunter. Der Totengräber, der als weiß nichts davon. Aber ich hab's mir nun mal i. Kopf gesetzt. Und wenn ich hier knalle, dann liegt i. immer der Gedanke, daß ich damit einem alten Kamerad den Ehrensalut über's Grab schieße.“

Lisbeth, die sich ganz schen wieder herangeschlichen hatte, starrie mit leicht geöffnetem Mund und großen Augen den absurden Schwärmer an, und auch ihrem Vater wollte es schier unheimlich zu muten werden.

„Einen alten Kameraden?“ fragte der Doktor topfshüttelnd. „Was sind denn das für Phantasien, Herr Lieutenant!“

„Na, gewiß!“ lachte der. „Wer sich selber so häufig aus der Welt hinausbefördert, der pflegt doch meistens auch ein Entgleister zu sein, wenn er nicht ein Schwachkopf ist. Wir Entgleisten sind doch schließlich alle Kameraden, was? Ich denke doch!“

„Entgleisten? Was meinen Sie damit?“

„Hallo, kennen Sie den Ausdruck nicht? Ist denn der ausschließlich militärisch?“

„Ah, Sie meinen wohl Offiziere, die durch irgend ein Pech vorzeitig aus ihrer Karriere gedrängt werden?“

„Richtig, stimmt! Pech ist übrigens ein bißchen zu schwach ausgedrückt. Steckt wohl meistens die eigene Eselei dahinter, oder auch die verfluchten Verhältnisse, wie man zu sagen pflegt. Ich meine aber gar nicht den um die Ecke gegangenen Lieutenant allein. Ich denke mir darunter über haupt alle verfehlten Existenz!“ (Fortsetzung folgt)

festigte mit Hilfe einiger Holzpflocke seine Scheibe an der steilen Wand des Schutthauses. Eine sonderbare Scheibe war es, die er da aus der Rocktasche zog, ein Buntdruckbild von dem Deckel einer Weißwarenschachtel, eine sehr defolierte junge Dame darstellend, der er mitten auf der Brust einen etwa thalergroßen Kreis mit Tinte aufgeschwärzt hatte. Als er mit diesen Vorbereitungen fertig war, stellte er wieder zurück und blieb beim fünfschritten Schritt stehen.

„So, bitte, kommen Sie hierher,“ rief er den beiden zu. „Fünfzehn Schritt Barriere und ein schwarzes Weiberherz zum Ziel! So psleg' ich's immer zu halten. Edler Sport, was?“

„Sie scheinen ja ein eingesleichter Misogyn zu sein,“ lachte Doktor Huhn.

Herr von Preißler ließ nur ein kurzes Grunzen als Antwort vernehmen und setzte, während er seine Virginia dabei von einem Mundwinde in den anderen schob, ein Bündhütchen auf. Dann senkte er langsam mit ausgestreckter Hand den Lauf des Pistols, zielte kurz — seine knochige Hand zitterte ein wenig — und drückte los. Es gab einen starken Knall und Lisbeth stieß einen leichten Schrei aus, obwohl sie sich rechtzeitig die Ohren zugehalten hatte.

„Ach, verdammt — Scheibe!“ knurrte der Lieutenant, sobald seine scharfen Augen das Loch in der Pappe anherrschend bemerkten hatten. „Ja, ja, das kommt davon!“ rief er die kleine Lisbeth an, sich mit einer raschen Wendung ihr plötzlich zulächelnd und den Kuchentreter drohend vor ihrem erschrockenen Gesichtchen hin und her bewegend. „Das kommt davon, wenn so kleine niedliche Prinzenchen dabei sind, die sich die Ohren zuhalten und quälen.“

Lisbeth glaubte wirklich im ersten Augenblick, er meine es ernstlich. Sie wischte vor seiner mephistophelischen Grimasse

Blut bedeckt, doch zeigte eine nähere Untersuchung, als bald, daß der Selbstmordversuch mißglückt war, die Schnittwunden waren unbedeutend und die Blutung bald gestillt. Im Interesse der übrigen Insassen des Sanatoriums wurde der Landgerichtsdirektor noch am gleichen Tage nach einer sogenannten "geschlossenen" Anstalt überführt. Dort soll Professor Mendel, der bekannte Psychiater, dann unzweifelhaft Anzeichen stark fortgeschrittenen Gehirnerweichung gefunden haben, die in nicht zu ferne Zeit eine Katastrophe erwarten lassen." Die allgemeine fortschreitende Paralyse, an der also Brauseweller laboriert, ist ein durch Jahre sich hinziehendes unheilbares, unheilbares Leiden, das vor dem Ausbruch, der die Übersetzung Brausewellers in eine Anstalt herbeiführte, schon lange bestanden und gewirkt haben muß. Und dieser Paralytiker, der an demselben Uebel dahinsieht, wie einst Ludwig II. von Bayern, war einflussreichster Richter, vor allem in politischen und Presseprozessen. Wie jetzt bekannt wird, hat ein Berliner Gerichtsphysikus bereits vor etwa zwei Jahren die Spuren einer beginnenden Erkrankung des Rückenmarks bemerkt. Und dieser Mann durfte weiter amtieren, trotzdem die Spuren der Störung schon sehr lange vor dem Zusammenbrüche zu Tage getreten sind! —

In ihrer offiziösen Schrift verkündet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu den Nachrichten von dem Briefwechsel des Kaisers mit seiner Großmutter, der Königin von England, über die Transvaalhandel: "Einzelne englische Blätter sind bestrebt, den Anschein zu erwecken, als ob von deutscher Seite entschuldigende Erklärungen in der Transvaal-Frage gegeben worden seien. Wie stellen demgegenüber fest, daß nach unseren Informationen von keiner maßgebenden Stelle aus eine derartige Erklärung nach London gelangt ist." —

Der preußische Landwirtschaftsminister, Herr von Hammerstein-Loyen, hat auf seinen ostelbischen "Studententreisen" recht fleißig "gelernt". In der Margarine-debatte des Reichstags trat er nicht bloß als Vertreter der Vorlage auf, sondern vertrat den begehrlichen Agrariern neue Geschäftszweige, z. B. eine Erhöhung der Höhe auf Oleomargarine u. s. w., was natürlich ein Uding ist, da diese durch die Handelsverträge festgelegt sind. Ferner empfahl er in seines guten Herzens Drange das gesetzliche Verbot der Herstellung von Margarineköpfen. Da, wenn ein preußischer Minister die "Spenderköpfe" anhat! —

Der Deutschfreisinn zeigt sich in der Berliner Stadtverwaltung echt "liberal". Ein neues Beispiel liberalen Geistes, das die liberale Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung gegeben hat, wird auch in vielen freisinnigen Kreisen scharf kritisiert. Ende vorigen Jahres war ein Ausschuss von zehn Mitgliedern delegiert worden, um zusammen mit fünf Stadträten über den Erwerb der Berliner Elektricitätswerke durch die Stadt zu beraten. Bei der Zusammensetzung des Ausschusses wurde die sozialdemokratische Fraktion, die nach ihrer Stärke zu einer Vertretung wohl berechtigt war, einfach übergangen. Die neue Fraktion der Linken erkannte die Ungerechtigkeit dieser Majorisierung an und räumte deshalb durch Austritt eines ihrer Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz ein, damit diese bei den Vorverhandlungen über einen so wichtigen Gegenstand ihren Standpunkt zur Geltung bringen könne. Die Majorität vermochte sich aber nicht zur gleichen Höhe der Billigkeit aufzuschwingen, sondern wählte statt des von den Sozialdemokraten präsentierten Stadtverordneten Singer mit 61 gegen 37 Stimmen den Justizrat Mundel in den Ausschuss. Es ist gut, solche Unfeinheiten festzustellen, die natürlich Herr Richter in der Frei. Btg. eifrig verteidigt. —

Römische Blätter munkeln von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Dreibundsmonarchen.

Bei den jüngsten juristischen Prüfungen in Baden sind von 45 angemeldeten Kandidaten nur 35 erschienen, und von diesen 35 haben nur 20, d. h. also nur 62 Prozent, die Prüfung bestanden. 38 Prozent der Prüflinge sind durchgeraffelt. Wieder ein Beweis für die Nichtigkeit der vom Kultusminister Bosse, von Aulus Agerius und Numerius Regidius gelobten Kritik! So sagt z. B. Numerius Regidius in seinem Aufsatz:

Seitdem sind Jahrzehnte vergangen, in denen auf allen deutschen Universitäten die Studierenden der Rechte einen förmlichen Ehrengel darein gesetzt haben, im ruchlosen Verlottern der Semester es aller anderen Fakultäten voran zu thun. Schlicht sich an eine berarig vergebene Studienzeit dann ein juristischer Vorbereitungsdienst, überwiegend ausgefüllt durch das Geschäftsstreiben, gefiliges Schreibwerk und stumpfsinnige Examenspräferenz, so darf man sich nicht wundern, wenn die Presse des Assessorengemäns ein immer reichlicheres Material geltig unbedeutender Handwerksjuristen in das Richteramt hineindrückt. Wer so ohne Sturm und Drang ins Leibesrecht, so flach und schal und unersprießlich die besten Jahre des Lebens versquillt hat, wie dies unsere jungen Juristen zumeist gehan, der bleibt Zeit seines Lebens nicht nur im Intellekt, auch im Charakter ein geschwächter Mann. Seine Widerstandskraft wird nach allen Seiten hin nur eine äußerst geringe sein.

Auch in Braunschweig ist jetzt dem freireligiösen Dr. Böckel, der dort Sprecher der dortigen freireligiösen Gemeinde ist, infolge eines Konfistorialstreits unterfragt worden, den Jugendunterricht an Dissidentenkinder zu erteilen. Ganz preußisch!

Die Antisemiten brüdeln weiter. Der Abgeordnete Dr. Böckel, der ehemalige Chefredakteur des Bodetischen Deutschen Volksrechts, hat mit einem Herrn H. Möbius am 1. Januar d. J. eine neue Zeitung gegründet: *Vollkämpfer*, unabhängige Wochenzeitung. Der *Vollkämpfer* ist das Organ des Deutsch-wirtschaftlichen Verbandes und erscheint wöchentlich.

Der Antrag Kanitz findet bei den schleswig-holsteinischen Bauern nicht den gewünschten Anklang, den der deutsche Bauernbund von diesen erhoffte. Seit Monaten bereisen nacheinander der Wanderprediger Heselius und der fröhliche national-liberale Dr. Hahn die Provinz, um auf dem flachen Lande Propaganda für den harmlosen Antrag Kanitz zu machen, der "nur einen mäßigen Preis für das Getreide" festsetzen will. Über gleich der Provinzpreisse, die immer mehr Stellung gegen den Antrag nimmt, bewegen die Agitatoren auch aus dem Munde der Landwirte selbst häufig genug zu hören, daß sie sich mit der so warm empfahlene Kanizerei nicht befremden können. Und diese Abneigung ist als eine Frucht der Sozialdemokratie zu verzeichnen, welche es sich seit Jahren zur Aufgabe gestellt, Aufklärung unter die Landbevölkerung zu bringen. Somit haben die vielen sozialdemokratischen Blätter vorläufig wenigstens vielfach den Zweck erreicht, den Bauern zum Denken zu bringen und das kann nur von Vorteil für uns sein.

Nach dem evangelischen Oberkirchenrat bläst jetzt auch der Vorstand des Verbundes deutscher evangelischer Pfarrvereine mit einer "Mahnung" an seine Vereinsmitglieder

zurück. Bedenktlich erscheint dem Vorstande besonders dreierlei: 1. Die "christlich-sozialen" Grundsätze und Bestrebungen, an deren Verwirklichung wir uns mit Freudekeit beteiligen könnten, weil sie die religiös-sittliche Erneuerung des Volkslebens bezeugen, treten bei der Richtung, die wir im Auge haben, mehr und mehr zurück hinter einem oft leidenschaftlichen Drängen nach sozialpolitischen Reformen auf wirtschaftlichen Gebieten, das hier und da sogar sozialistischen Charakter annimmt. 2. Die einseitige Parteinaahme für das Ringen des "vierten Standes" nach "menschenvördigem Dasein", nicht selten verbunden mit mehr oder minder begründeten, auch wohl unbegründeten Anschuldigungen anderer Stände, dazu die Anforderungen, welche ohne sachkundige Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit an den Grund- und anderen Besitz zu Gunsten der Besitzlosen gestellt werden, tragen dazu bei, daß Begehrlichkeit und Unzufriedenheit auf der einen Seite, auf der anderen Erbitterung und Widerwillen auch gegen notwendige Verbesserung der sozialen Zustände sich mehren, und wirken mit zur Verfeindung der Gesellschaftsklassen untereinander, leisten überdies dem Materialismus Vorschub und werden unter Umständen Vorbruch der Sozialdemokratie. 3. Der gefundne Nährboden geistesmächtiger Unstethigkeit und geistlichen Verlustes in den Gemeinden; nämlich lautere und reine Verkündigung des göttlichen Wortes und unverfälschte Verwaltung der heiligen Sakramente in seelsorgerischer Gewebearbeit der Geistlichen, wird verlassen, wenigstens vernachlässigt, da man den Dienern der Kirche zumutet, maßgebendes Einwirken auf die Gesellschaftsordnung als ihre Hauptaufgabe in dieser gegenwärtigen Zeit zu erkennen und demgemäß ihre Kraft vornehmlich auf Erfüllung dieser Aufgabe zu verordnen."

Die Geistlichkeit stellt sich in den Dienst des Kapitalismus. Die Zeitung: Das Volk schreibt, die Erklärung habe in den Kreisen der Pfarrvereine "große Entrüstung" hervorgerufen. Die Zeitung: Das Volk schreibt, die Erklärung habe in den Kreisen der Pfarrvereine "große Entrüstung" hervorgerufen.

Der von uns schon geliebte Kampf zwischen den katholisch angehauchten katholischen Agrariern und den offiziellen Centrumspartei im Rheinlande ist bereits zu hellem Brände entzündet. Die Kölnische Volkszeitung, das Organ des Centrums, setzt sich mit dem Häufing der Opposition, dem wilden Junfer und Katholiken, Freiherrn v. Löß, auseinander, von dem sie sagt, nicht bloß wirtschaftliche, auch politische (Eintreten für die Militärvorlage &c.) und persönliche Beweggründe trieben ihn zu seinem Widerstande. Es bröckelt der Centrumsturm.

Aus Mannheim kommt die Kunde, daß dort am 14. d. M. Geheimrat Dr. Lamey, der frühere badische Minister, im 80. Lebensjahr gestorben ist. Er war ein zäher Vertreter des Nationalliberalismus, der die rücksichtslosen Interessen des Großkapitalismus unter liberaler Firma verfocht. 1860 wurde er badischer Polizeiminister und blieb es bis 1866. Seit dem Jahre seiner Berufung ins Ministerium gehörte Lamey gleichzeitig der badischen Kammer an, in der er 1878 zum Präsidenten gewählt wurde. Nach Begründung des deutschen Reichstags vertrat er in diesem während der ersten Legislaturperiode den Wahlkreis Mannheim-Schweigen-Weinheim als Mitglied der nationalliberalen Fraktion. Nach Ablauf seines Mandats 1874 lehnte er seine Wiederwahl ab. Erst 1879 wurde er wiedergewählt. Mit dem Ablauf der vierten Legislaturperiode 1881 hat er ein weiteres Reichstagsmandat nicht wieder bekleidet.

München, 14. Januar. Schneidig ist auch hier die Lösung, der Pötzschbräurummel wirkt. Offiziell wird geschrieben: "Vom Kommandanturbefehl wurde den Mannschaften das Auftreten vor Offizieren und Unteroffizieren in öffentlichen Gaststätten aufs neue eingeschränkt. Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß die Erlaubnis, über Mittwoch auszubleiben, nicht mehr erteilt wird. Wer trotzdem länger ausbleibt, wird mit fünf Tagen Arrest bestraft. Ferner ist über 15 Wirtschaften, von denen anzunehmen ist, daß in ihnen dem Militär von dem Civilpublikum die „gehörige Achtung“ nicht entgegengebracht wird, das Militärverbot verhängt worden."

Wie verhält sich nun der Civil, folch einem Sabelrösler und Schatzlader wie Beck und Konsorten die „gehörige Achtung“ zu versagen! Deshalb verhängt man den Boykott und „halte“ die — Soldaten „stramm“!

### Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Gemeinderatswahlen durften, da das Reklamationssverfahren beendet ist, schon in der zweiten Hälfte des Februar stattfinden und man rüstet sich zum Kampfe.

### Frankreich.

Bei der am 14. d. M. vollzogenen Präsidentenwahl wurde der bisherige Präsident der Kammer, Brisson, mit 214 von 351 Stimmen wiedergewählt. Im Senat ist die Präsidentenwahl bis Donnerstag verschoben worden.

### Ein sozialistischer Wahlsieg.

# Paris, 13. Januar. In Perpignan (Pyrenees-Orientales) wurde bei einer Erstwahl zur Deputiertenkammer der Sozialist Bourrat mit 4181 gegen 2250 radikale Stimmen gewählt. In den allgemeinen Wahlen von 1893 hatte Bourrat 3845 Stimmen erhalten. Die Sozialisten gewinnen damit einen neuen Sitz auf Kosten der Radikalen.

### Italien.

#### Badaloni gewählt.

■ Mailand, 13. Januar. Bei der Wahl in Imola hatten die Liberalen nicht den Mut, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Genosse Badaloni wurde mit circa 1500 Stimmen gewählt. Freilich kann Badaloni sein Mandat sobald nicht aussüben, denn der Diktator Crispi beruft die Kammer am 20. d. M., wie bestimmt war, nicht ein; er führt Krieg in Afrika und braucht keine Verater, zum Geldbewilligen ist seine Mehrheit auch später gut.

In Legia bei Genua demonstrierten tausend Arbeiterrinnen vor dem Rathaus wegen Schließung der Fabriken. Die Regierung sandte natürlich Polizei und Garabiniere dorthin. Die Schließung erfolgte wegen Erhöhung der Einkommensteuer.

### Großbritannien.

London, 13. Januar. Der Kolonialminister Chamberlain sandte gestern an Sir Hercules Robinson, den Gouverneur der Kapkolonie, ein Telegramm, worin er der Befürchtung Ausdruck gibt, die zahlreichen Verhaftungen in Johannesburg würden der Industrie im goldreichen Land-Gebiete schwere Störungen bereiten. Chamberlain erkennt sich sodann dann, wessen die Gefangenen angeklagt sind, welche Strafen sie zu erwarten haben, ob es ihnen gestattet ist, Bürgschaft zu stellen.

Dieser Schritt Chamberlains dürfte auf Erfuchen der amerikanischen und der belgischen Regierung erfolgt sein.

Salisbury, der Premierminister, drückte den Regierungen von Australien im Drahtwege seinen Dank für die Versicherung der "patriotischen Sympathie und Unterstützung" aus. In dem Telegramm heißt es: "Nichts kann uns größeres Vertrauen zur Aufrechterhaltung unserer Rechte geben, als das Bewußtsein, daß wir die Zustimmung unserer Landsleute in den Kolonien haben."

Wie die Times meint, hat die Admiralsität die ersten Schiffbaufräsen aufgefordert, Angebote für den sofort zu beginnenden Bau von 10 neuen Kreuzern einzureichen. Die Admiralsität hat auch alle Firmen, die Aufträge erhalten haben, erachtet, diesen Aufträgen den Vorrang vor allen privaten Aufträgen zu geben.

Der britische Staatssekretär des Innern, Ribbles, hielt gestern in New-Castle eine Rede, worin er die Übersicht anschreibt, daß die venezolanische Angelegenheit einen befriedigenden Abschluß finden werde. Er führte aus, Jamesons Einbruch in Transvaal wäre unverantwortlich und ungerechtfertigt; die Regierung beabsichtige, sich an die Konvention von 1884 zu halten, und sei gleichzeitig entschlossen, die Rechte anderer Länder nicht zu beeinträchtigen. Ribbles forderte die Bevölkerung zur Einigkeit auf und drückte das Vertrauen aus, daß aus dem jetzigen Uebel nur Gutes entstehen werde.

Eine dem Kolonialamt zugegangene Drahtnachricht meldet, der Gouverneur der Kapkolonie, Robinson, lehne die Vereinbarungen mit Transvaal wegen der Verschüttung der Gefangenen nochatal ab.

### Bulgarien.

In Bulgarien trifft es wieder bedenkl. Das Kabinett Stoilow diktierte seinem Sturze nahe sein. Trotz der mit Stambulows Blute zusammengetöteten "Versöhnungspolitik", trotz des Weltkriegs von Fürst und Pfaffen vor "Väterchen", trotz der Kranzpendenabordnung, kommt es zum Krachen.

### Aus der Südafrikanischen Republik.

Bloemfontein, 13. Januar. Vom Volksraad des Oranfreistaats, der an Transvaal grenzenden Burenrepublik, wurde eine Resolution angenommen, worin der Südafrikanischen Republik zu jeder Zeit, wo es verlangt würde, Beistand zugesichert wird, in der ferneren Widerstand gegen das Fortsetzen der Chartered Company als einer Gefahr für den Frieden Afrikas erhoben und der Ansicht Ausdruck gegeben wird, der Charter (Freibrief) solle zurückgezogen und das Land Rhodesia durch Beamte der britischen Regierung oder der Kapkolonie regiert werden. Schließlich wird noch eine Garantie gegen Störungen des Friedens seitens Rhodesias gefordert.

### Wahlrechtsliga.

#### Mitgliederlisten liegen aus:

Exhibition der Leipziger Volkszeitung, Mittelstr. 7.  
Restaurant R. Jäger, Glöcknestr. 4.  
Restaurant Graphia, Seeburgstraße 28.  
H. Klaus, Barbier, Sternwartenstraße (Ecke Seeburgstraße).  
Cigarrenhandlung von Frau B. Höber, Markthallenstr. 12.  
Restaurant Morgenröte, Hauptmannstr. 7.  
Restaurant F. Käfer, Gerberstr. 20.  
Richard Becker, Berliner Str. 6.  
Produktengeschäft von Frau M. Beier, Albertstr. 10.  
Alwin Albrecht, Elisenstr. 47, Hof port.  
Restaurant Schulze, Neukirchhof 29.  
Universitätsküche, Ritterstr. 7.  
Rob. Weißscher, Kaufhalle, Markt 10.  
Restaurant Risse, Zeitzer Thorhaus, Zeiger Str.  
Restaurant Mollebrücke, R. Weißer, Mollestr.  
Restaurant Columbus, Körnerstraße.

Neustadt: Restaurant Richter, Mariannenstr.  
Sellerhausen: Restaurant Teichmann, Schützenhausstr.

Wolmarßdorf: Restaurant Stollberg, Juliusstr. 1.  
" " Restaurant Sanow, Natalienstr.  
" " U. Heinz, Torgauer Straße 7 im Laden.

Thonberg: Restaurant Kuhstabi-Insel, Arnold, Stötteritzer Str.

Anger: Barbier Ulrich, Bernhardstr. 32.

Schirmer, Cigarrengeschäft, Böeinaudorfer Str.

Neureudnitz: Restaurant Schönheit, Stötteritzer Str.

" " Restaurant Lauterbach, Josephinenstr.

Reudnitz: Cigarrengeschäft F. Bonfig, Wurzener Str.

Johns Restaurant, Kronprinzstr. 6.

Stötteritz: Deutsches Haus.

Bieberwohlwitz: Konsumverein.

Schwarzes Ross.

Connewitz: R. Bösch, Brandstr. 30.

" " G. Schmidt, Hermannstr. 11.

" " R. Prior, Bornaische Str. 12.

" " Restaurant Niedel, Leipziger Str.

" " F. Gabler, Leipziger Str. 32.

" " E. Dietrich, Hütengeschäft, Lange Str.

Gaußsch: Mich. Matthes, Noburger Str. 61.

Reinh. Heinrich, Spinnereistr. 80, G.

Kleinjäger: Bürgergarten.

" " K. Krieger, Konsumverein, Hauptstr.

Lindenau: Restaurant H. Böttner, Gundorfer Str.

" " Frau Marie Wehmann, Bödmarstr. 40.

Plagwitz: Produktengeschäft von H. Pöllau, Merseburger Str.

" " E. Kriebel, Cigarrenhandlung, Weissenfelser Str. 61.

" " Restaurant Kamerun, Nonnenstr. 53.



# 1. Beilage zu Nr. 11 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch 15. Januar 1896

## Reichstag.

15. Sitzung vom 14. Januar 1896, 1 Uhr.

Nun Bundesrathsthe: Nieberding, Graf Posse.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission und die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1895–96 werden der Rechnungskommission überwiesen und der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1895–96 wird in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Verhandlung des Gesetzesentwurfs, betreffend Änderung und Ergänzung des Strafprozeß-Ordnung.

Abg. Rintelen (3.) spricht seine Befriedigung über die Vorfälle aus, nimmt es aber nicht tragisch, daß die verbliebenen Regierungen nicht vollständig die Beschlüsse der vorigen Session akzeptiert haben. Erfreulich sei ihm die Ausdehnung des Rechts auf Privatsache; die Revision gegen Strafammer-Urtüme reiche nicht aus, die Wiedereinführung der Berufung sei daher notwendig. Redner erklärt sich mit der Überweisung der Vorlage in eine Kommission einverstanden.

Abg. Lenzmann (1. Rp.): Der Staatssekretär Nieberding erklärt, daß die Regierung nur mit schwerem Herzen die Vorlage gemacht habe, weil der Reichstag so sehr belastet sei. Aber dann hätte man zur Entlastung des Reichstages sich beschränken sollen auf das nothwendigste, auf die Einführung der Berufung und der Entschädigung der unschuldigen Verurteilten. Die Forderungen nach dieser Richtung hin werden seit einundhalb Jahren gebenden Faktoren, solche Forderungen zu bestreiten. Ich teile mich damit, daß die unschuldigen Opfer der Justiz, die sich in den letzten Jahren den früheren zugesetzt haben, nicht mein Gewissen belasten. Ich habe mich in der vorigen Session bemüht, in der Kommission dahin zu wirken, daß diese Dinge gesondert erledigt werden. In den Motiven wird anerkannt, daß ein gewisses Misstrauen gegen die Strafjustizpflege herrscht. Allerdings das ist eine gewisse Krankheit, die im Volke herrscht. Aber die Krankheit ist begründet in dem Verhalten der Richter. Scheint es doch fast, daß die Richter sich bemühen, eine Verurteilung vorzutragen, die gewünscht wird. Das Misstrauen ist in den letzten 12 Monaten nicht geringer geworden, sondern gewachsen, es richtet sich nicht mehr bloß gegen das formelle Verfahren, sondern auch gegen die materielle Rechtsprechung. Die Justizpflege wird sogar zum Gegenstand der Kritik und des Misses gemacht. Welche Ausdeutung haben nicht die Wissenschaftler beim *dolus eventualis* gemacht! Wie kann jemand verurteilt werden, weil er gutgläubig etwas sagte, was an sich nicht strafbar ist, bloß weil es einen thörichten Menschen geben könnte, der in die Worte etwas hineinlegt, was der Redner gar nicht gemeint hat. Ebenso geht es in dem Hannoverschen Prozeß gegen den Sozialdemokraten Blauch. Ich erkenne an, daß die Staatsanwaltschaft nach der Aussage des Herrn Oberstaatsanwalts Drescher vollständig korrekt und pflichtmäßig gehandelt haben mag. Aber dasjenige was über den Fall Hammerstein in die öffentliche Gedrungen war, ließ eine derartige Thätigkeit der Staatsanwaltschaft bis zur Vernehmung des Herrn Drescher nicht erkennen. Und wenn einer sich entschliebt, der die Alten nicht gesehen hat und nicht weiß, was sich bei der Staatsanwaltschaft abgespielt hat, Kritik zu üben an deren Thätigkeit, ohne dabei eine Böswilligkeit zu verrathen, so sollte man ihm Dank wissen und ihn nicht mit einer so langen Gefängnisstrafe belegen. Ist es nicht auffällig, daß ein vornehmer Urkundenfälscher und Beträger so lange außer Verfolgung ist, weil sich in der That die Strafverfolgungsbehörde erst spät entschloß, mit starker Hand vorzugehen? War es denn korrekt, daß man in dem Prozeß Blauch nur den Staatsanwalt Drescher als Zeugen vernahm und nicht auch den Grafen Hindenbusch? Wenn dieser, statt in der "Kreuz-Zeitung" eine Erklärung abgegeben wäre, so würde wahrscheinlich das Zeugnis des Herrn Oberstaatsanwalt in einem anderen Lichte erscheinen sein. Warum hat die Vertheidigung den Grafen Hindenbusch nicht geladen? Nicht minder wäre es die Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, auch den anderen Zeugen zu hören. Ist das denn nicht der Kritik würdig, daß der Untersuchungsrichter einen vornehmen Zeugen zweimal unvernommen gehen läßt, obgleich seine Aussage wahrscheinlich viel früher zu einer Verfolgung des vornehmen Urkundenfälchers geführt hätte. Wenn ein sozialdemokratischer, oder fortschrittlicher oder niederer bürgerlicher oder bauerlicher Zeuge dem Untersuchungsrichter sagte: Geehrter Herr, ich kann nicht kommen, weil ich vereiteln muß, so würde ihm der Richter sagen, namentlich in einer Sache, die nach der Aussage meines Kollegen Eschenbach eine hochpolitische ist. Du hast Deine Freiheit aufzugeben und wenn Dir das nicht behagt, so werde ich Dich vorführen lassen. Der Zeuge ist Mitglied des Hauses (Bürospur) und ich werde mich hüten, sein Klubleben irgendwie angzugreifen (Büro), er gehört jedenfalls derselben Gesellschaftsklasse an. Ich tadel ihn nicht, aber wohl tadel ich den Richter, der ihm eine solche exzessionelle Behandlung zutheilt.

Was die Kommission geleistet hat, können wohl nur die Juristen richtig würdigen. Es ist auch nicht spurlos an den Ohren der Regierung vorübergegangen; sie hat in 17 Punkten die Kommission beschlossen, die Kammer nicht mehr von der Justizverwaltung, sondern von den Präsidien besetzen zu lassen. Das ist einer von den günstigen Zähnen, welche der Vorlage ausgezogen sind. In bezug auf das Resümee des Präsidenten des Schwurgerichts ist eine erhebliche Besserung herbeigeführt worden. Die Präsentativ-Untersuchungshaft ist auch theilweise fortgesoll; ferner ist die Überstellung des Staatsanwaltes über das Gericht in einzelnen Fällen bestellt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nach der alten Vorlage mußte eine Befriedigung des Zeugen im Vorverfahren erfolgen. Maßnahmen konnten nur mit Genehmigung des Staatsanwaltes eingestellt werden, jetzt ist das Gericht selbständiger. Die Kompetenzbeschränkung der Schwurgerichte ist etwas zurückgedrängt gegenüber der früheren Vorlage. Es wäre allerdings wünschenswert gewesen, wenn auch bei den übrigen Bestimmungen die verbliebenen Regierungen sich etwas mehr den Wünschen der Kommission gesetzt hätten. Ich gebe allerdings zu, daß für die Regierung die schwierigen und kleinen Mehrheiten maßgebend sein müssten. Aber wenn die Regierung in 17 Punkten den Kommissionbeschlußen folgt und

in 24 anderen Punkten sich von ihnen entfernt, so gewinnt es den Anschein, als ob sie sich im Gegensatz zu diesen Beschlüssen befindet. Es hat mich gefreut, daß der Staatssekretär im Reichsjustizamt erklärt hat, daß man daraus nicht schließen solle, daß die Regierung dieselben als unannehbar betrachtet. Von einigen dieser Punkte ist es geradezu wunderbar, daß die Regierung von den Annahmen der Kommission abweicht, so z. B. bezüglich des *forum delicti* commissi; die Vorlage will nach wie vor die Strafbarkeit eines Pressezerrungswesens überlassen, wo es verbreitet wird, nicht bloß am Erscheinungsort. Ich hoffe, daß die Regierung sich zur Annahme des Kommissionbeschlußes verleben wird. Ebenso hoffe ich das bezüglich des *Zeuugnißzwanges* gegen die Presse. Noch in einem anderen Punkte muß die Regierung dem Reichstage nachgeben, wenn die Vorlage nicht scheitern soll, nämlich bezüglich der Beschränkung der Beweisaufnahme. Die Kommission hatte eine Fassung gefunden, welche die Vertheidigung zwar einschränkt darin, daß nicht Dinge zum Beweis gestellt werden, die nicht zur Sache gehören, die aber trotzdem dem Angeklagten eine große Freiheit läßt. Auch für die Aburtheilung der delicts flagrants halten wir die Einschränkung verlangt, daß dem Angeklagten ein Vertheidiger gestellt wird. Die Vorlage will nichts davon wissen, wahrscheinlich aus föderalem Interesse, trotzdem bei der Findung des Rechts nichts zu thun sein kann, auch nicht für den Militär- und Polizeistaat. Bezüglich des *Contumacialverfahrens* vermissen wir in der Vorlage die von der Kommission geschaffene Möglichkeit, die Wiedereinführung in den vorigen Stand zu verlangen. Besonders bedauernlich ist es, daß die Monopolstellung der Staatsanwaltschaft nicht beschränkt wird. Die Kommission hat in dieser Beziehung manche Anträge gestellt, aber die meisten dieser Anträge (die der Redner einzeln anzählt) sind abgelehnt worden. Die Berufung muß beim Ober-Landesgericht sein. Bei der großen Anzahl von Verkehrsstrafen ist es ebenso leicht, zum Ober-Landesgericht zu kommen, wie zu einem Landgericht. In diesem Punkte bin ich im Gegensatz zu manchen meiner Freunde mit der Regierung einverstanden, wie überhaupt mit der Ausgestaltung der Berufung.

Bezüglich der Entschädigung der unschuldigen Verurteilten bin ich auch der Meinung, daß für unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung gegeben werden muß. Die Gnade, die jetzt sehr spärlich trüsst, soll in ein Recht verwandelt werden. Die unschuldigen Opfer der Justiz müssen entschädigt werden. Wenn gesagt wird, daß das nicht möglich sei, daß schließlich weniger leicht verurteilt werden wird, so meine ich, daß auch das schon ein Vortheil ist, daß nicht immer die Untersuchungshaft verhängt und nicht so leicht hin verurteilt wird. Daß Jemand ein Geschäft daraus machen sollte, sich unschuldig einsperren zu lassen, das glaube ich doch nicht. Wenn die Regierung für Untersuchungshaft keine Entschädigung geben will, so warte ich noch eine Zeit lang; ich hoffe, wenn erst für unschuldig erlittene Strafhaft eine Entschädigung gewährt wird, die Ausdehnung auf die Untersuchungshaft nicht ausbleiben wird. Nicht einverstanden bin ich damit, daß die Justiz-Verwaltung über die Entschädigung bestimmen soll. Zweifelhaft bin ich doch darüber, ob es richtig ist, die Entschädigung unschuldig Verurteilter einzutauschen gegen eine Verschlechterung des Wiederaufnahmes. Verfahrens. In diesem Punkte behalte ich mir meine Stellungnahme vor und ich würde dankbar sei, wenn die Regierung ein gewisses Entgegenkommen bewiese.

Es wird sich ferner fragen müssen, ob nicht in diesem Gesetze auch der Strafvollzug geregelt werden muß. Die Strafvollstreckung wird jetzt schablonenmäßig durchgeführt, ohne Auseinander der Person und der Strafthalt. Die Kommission will noch Arbeit genug haben und wird ihre Arbeiten beschleunigen müssen, wenn sie in dieser Session zu Ende kommen will. Ich habe mir hauptsächlich zwei Aufgaben gestellt: Die Regelung der Gesetzesgebung für die armen Irrsinnigen und die Frage des Strafvollzuges. Ich habe deshalb meinen Beruf für die gegenwärtige Session aufgegeben, um mitarbeiten zu können.

Ich bin bezüglich des bürgerlichen Gesetzbuchs nicht so bereitwillig, mich zu unterwerfen, wie Herr v. Buchta. In der jetzigen Zeit, wo die Interessen bestrebt sind, das Recht in ihren Dienst zu stellen, muß gerade darauf hingewirkt werden, daß das allgemeine Interesse in den Vordergrund tritt. Im übrigen bin ich aber auch bereit, möglichst zur Beschleunigung der Verhandlung des bürgerlichen Gesetzbuches beizutragen. Wenn ich am Schlus der Session sehe, daß etwas gefordert worden ist auf diesem Gebiete, so werde ich stolz darauf sein. Wir wollen mit der Regierung zugleich das Recht fördern, damit es immer mehr ein Rechtstaat wird, während es jetzt nur ein Militär- und Polizeistaat ist. Daß der preußische Justizminister und der Staatssekretär des Reichs-Justizamts sich mit uns zu diesem Ziele vereinigen mögen, das ist mein dringender Wunsch.

Abg. Graf Berndorff (Rp.): Die Arbeiten der Kommission sind doch nicht ganz vergeblich gewesen; die Einbringung der Vorlage läßt die Arbeiten nicht vergeblich sein und ich hoffe, daß in dieser Session die Vorlage abgeschlossen wird. Im wesentlichsten Punkte bringt die Vorlage eine sehr erhebliche Besserung der Justizverhältnisse, namentlich bezüglich der Berufung und bezüglich der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Es besteht eine große Bewegung im Volke nach dieser Richtung hin. Die Gerechtigkeit besteht nicht bloß darin, daß der Schuldige bestraft wird, sondern noch vielmehr darin, daß der Unschuldige freigesprochen wird. Drei oder fünf Richter, macht wenig Unterschied; die Entscheidung wird nur um so fälschlicher sein, wenn die Verantwortlichkeit sich nicht auf zu viele Richter verteilt. Die Tendenz der Vorlage geht nicht dahin, die Schwurgerichte abzuschaffen; dadurch, daß man ihnen Dinge entzieht, die nicht für sie geeignet sind, stärkt man die Autorität. Die Einführung des Nachedes statt des Voreides ist durchaus zu billigen. Redner empfiehlt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Stadthagen (Soz.): Entschädigung unschuldig Verurteilter und Einführung der Berufung und einiges weitere: das klingt ja sehr schön, aber tatsächlich ist die Vorlage nur ein weiterer Schritt auf dem Wege der völligen Beseitigung des Rechtsstaates, der absoluten Behrösungsmachung des Angeklagten und der Unterhändigkeit den Gerichten gegenüber. Wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, dann würden die Gerichte noch mehr wie heute lediglich die ausführenden Organe der Verwaltungshöchtheit sein. Die Thronrede hat etwas ganz anderes versprochen. Danach sollte ein Gesetz vorgelegt werden, welches die Schnelligkeit und Gerechtigkeit des Strafprozesses begründet. Es ist weder die Präponderanz der Staatsanwaltschaft bestellt worden, welche die Schnelligkeit der Strafjustiz kennt, noch ist etwas geschehen, um sonst eine Beschleunigung des Verfahrens zu garantieren. Es würde nicht eine gerechtere, sondern die denkbar ungerechte Strafverfolgung herbeigeführt, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte. Der Abg. Lenzmann sprach

von einer gewissen Krankheit des Volkes, daß immer wieder nach Einführung der Berufung riefe. Nein, dieser Ruf ist nichts anderes als die allgemeine Überzeugung, daß die Rechtsorgane stark sind, und nach Berufung wird gerufen, nicht weil das Volk diese Berufung haben will, sondern weil es die Empfindung hat, daß das bestehende Verfahren ein ungerechtes ist. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn das Verfahren noch mehr verschlechtert werden sollte, wie es vorgeschlagen ist, es nicht nützt, wenn noch mehr Instanzen eingeführt werden. Mir ist hundertmal lieber eine einzige Instanz, bei der ich hoffen darf, gerecht bertheilt zu werden als zwei ungerechte Verfahren, als die sogenannte Berufung. Nun will man gar dem Staatsanwalt die Berufung geben. Es ist eigentlich, daß auch der Abg. Lenzmann, der soviel vom Rechtsstaate sprach, in so kolossal Weise abgewichen ist von den Prinzipien, welche früher selbst von konservativer Seite im Interesse des konstitutionellen Staates vertreten wurden. Der General-Staatsanwalt v. Schwarze, von dem man nicht behaupten wird, daß er ein Sozialdemokrat oder Freisinniger gewesen ist, hat auf dem Juristentag von 1864 oder 1865 jene vorzügliche Rede gehalten, in der er erklärte: Geben Sie der Staatsanwaltschaft das Rechtssprechungsgesetz. Wenn die Berufung gegeben wird, dann soll der Richter zu einem tatsächlich abhängigen, untergeordneten subalternen Organ gegenüber der Staatsanwaltschaft herab sinken. Dieser Herabfall ist tatsächlich schon eingetreten und daß das Vertrauen des Volkes zur Rechtsprechung geschwunden ist, wird auch sonst ausnahmslos in der Fachliteratur angegeben. Hier soll nun die Willkür in Rahmen und Form gebracht werden, damit die Regierung dann hinzutrete und sagen kann: der Angeklagte ist in alter Form leicht verurteilt worden. Ein monumentum aeterno perennius würden Sie mit diesem Gesetzes allerdings schaffen, ein Monument, das Deutschland eine noch schlechtere Strafverfolgung erhalten hat, als es augenblicklich hat; es würde dann hinter der Strafprozeß-Ordnung aller anderen zivilisierten Länder zurück stehen.

Die Entschädigung der unschuldig Verurteilten ist eine alte sozialdemokratische Forderung, wir halten sie für selbstverständlich. Die Entschädigung muß gewährt werden, so lange es Gesetze gibt, welche den Organen des Staates gestatten, Unschuldige zu verhaften und zu verurteilen. Aber die Vorlage bringt lange nicht das, was sie verspricht. Zunächst sucht sie die Wiederaufnahme zu beschränken. Es soll nur derjenige, der seine Unschuld beweisen kann, als unschuldig verurteilt betrachtet werden. D. h. man würde dann mit den Eltern suchen können jemand, der dann noch als unschuldig verurteilt im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist. Ich erinnere nur an den Aufsehen erregenden Fall Bietheen. Wer jemals als Vertheidiger fungirt hat, wird zugeben müssen, daß ein Wiederaufnahme-Verfahren heute kaum durchzuführen ist. Und nun soll dies noch mehr erschwert werden. Wenn es keine unschuldig Verurteilte mehr gäbe, dann braucht auch der Fiskus keine Entschädigung mehr zu geben. Es soll auch in dem Fall, wo jemand wirklich unschuldig verurteilt ist, der Verurteilte keine Entschädigung erhalten, wenn er seine Verurteilung vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit veranlaßt hat. So begierig nach einer Verurteilung wird doch selten einer sein, nur um eine Entschädigung zu erhalten. Es kann aber noch ganz andere Fälle denkbare. Redner führt einen Fall an, wo eine Frau unschuldig in Untersuchungshaft gehalten wurde wegen Meineids, obgleich sich nachher herausstellte, daß sie einen Eid gar nicht geleistet hatte. Nach großen Anstrengungen gelang es dem Vertheidiger, dies nachzuweisen und ihre Entlassung zu bewirken. Der Anwalt verzog von dem Protokoll, der in dem Prozeß das Protokoll geführt und den gar nicht geleisteten Eid niedergeschrieben hatte, Entschädigung. Diese Entschädigung wurde der Frau auch zugebilligt. Das Reichsgericht aber meinte, ein Einwand sei doch nicht berücksichtigt worden, der Richter habe ja ausdrücklich gefragt, ob die Frau auf die Vernehmung der beiden Herren, die das Protokoll geführt haben, verzichte und sie habe das bejaht, und durch diese Verjährung habe sie selbst möglicherweise eine grobe Fahrlässigkeit begangen. Der Herr Staatssekretär sprach davon, daß den Unschuldigen Entschädigung gewährt würde; ich möchte wissen, ob die Frau jemals einen Pfennig Entschädigung bekommen hat. Warum soll sich der Freigesprochene mit seinem Rechtsanspruch an die Verwaltung wenden? Und warum soll für unschuldig erlittene Untersuchungshaft keine Entschädigung gewährt werden? Es ist schwer verständlich, warum gerade nur diejenigen eine Entschädigung erhalten sollen, die unschuldig verurteilt sind, und nicht auch diejenigen, welche unschuldig in Untersuchungshaft waren. Es möge doch die Regierung einmal eine Statistik auffstellen darüber, wie viele unschuldig verhaftet werden, wie viel unschuldig in Untersuchungshaft genommen und nachher freigesprochen sind. Man ist hierfür immer nur auf Zeitungen angewiesen. Im Monat Februar 1894 standen in einer einzigen Zeitung in Hamburg, die wahrscheinlich noch nicht den gebrochenen Theil von dem enthielt, was wirklich geschah, folgende Fälle: am 8. Februar 1894 wurden 8 Männer, die je 6–5½ Monat in Untersuchungshaft gesessen hatten, von der Anklage wegen gewerblicher Fahrlässigkeit freigesprochen. Einen Pfennig Entschädigung erhalten sie nicht. Am 10. Februar wird ein Mann wegen des Verdachtes einen Diebstahl begangen zu haben verhaftet; derselbe wollte für zehn Pfennige einen Goldstock gekauft haben. Zwei Beamte kommen darauf, daß er den Goldstock nur gestohlen haben könnte. Er wird jedoch freigesprochen. Am 24. Februar wurde ein Mann freigesprochen von der Anklage wegen gewerblicher Fahrlässigkeit, der fünf Monate gesessen hatte. Um dieselbe Zeit gelingt es einer Frau, die sieben Monate unschuldig im Buchhaus gesessen hatte, von der Anklage wegen Ruppelei glänzend freigesprochen zu werden. Es wäre mir interessant zu erfahren, ob diesen Dingen irgend welche Entschädigung zu thun geworden ist. Ich habe mich nur mit diesem einen Monat beschäftigt, weil ich in diesem auch in gewisser Zurückgezogenheit gelebt habe. Wer hat denn das Recht, mit der Freiheit seiner Mitbürger zu spielen? Wenn Sie das nicht wollen, so müssen Sie möglichst die Verhängung der Untersuchungshaft beseitigen. Die Strafprozeß-Ordnung spricht nur von einem dringenden Verdacht und dieser Verdacht löst sich meist immer dahin auf, daß der Angeklagte möglicherweise die Strafthalt begangen haben könnte.

Den Fluchtverdacht sollte man nicht immer annehmen, wenn jemand Sozialdemokrat ist. Ein Mann wurde angeklagt, er wurde verhaftet, weil der Staatsanwalt es für verdächtig hielt, daß derselbe ein Notizbuch besaß, aus welchem alle Blätter herausgerissen und ein anderes, in welchem noch einige Blätter enthalten waren; nach sechzehntäglicher Untersuchungshaft ergab sich, daß der Staatsanwalt die Bezeichnung ein, als Sozialdemokrat entnahm, während es Kublauer heißen sollte. (Heiterkeit.) Es ist allgemeine Überzeugung, daß nicht nach Recht sondern nach Willkür verfahren zu werden scheint, wenn man einen Mann aus dem arbeitenden Volk oder einen politischen Gegner vor sich hat. So arose ist der politische Hass und

der Klassensmärt. Eine angeklagte und nachher freigesprochene Frau war verdächtig, weil sie die Schwiegermutter eines Angeklagten war. Derartige Fälle kommen nicht vereinzelt vor; sie sind typisch und ich könnte Dutzende von ähnlichen Beispielen bis auf die heutige Zeit aufzählen, überall allerdings zeigt es sich, daß der Betreffende dem werthätigen Volke oder einer der Regierung nicht genehmigen politischen Partei angehörte. Nach dem Gesetz soll in den Fällen, wo die Untersuchungshaft nur 1 Woche dauern soll, dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft auf 6 Wochen zum Zweck der Erhebung der öffentlichen Anklage verlängert werden können. In dieser Zeit soll also der Angeklagte der Staatsanwaltschaft schuldlos präsentgegeben sein. Die Maßregeln, welche die Untersuchungshaft beschränken, will die Vorlage zum Theil befürworten; der Verhafte soll nicht einmal das Beschwerderecht behalten, ehe der Staatsanwalt die Anklage erhoben hat; erst dann soll der Richter eingreifen. Die Länge des Verfahrens der Voruntersuchung wird nicht abgekürzt, trotzdem öffentlich ständig darüber geklagt wird. Man will durch die sofortige Aburteilung eine Abkürzung herbeiführen; aber grade bei den die Leidenschaften anregenden Strafsällen sollte man mit Rücksicht vorgehen.

Der § 211 der Vorlage, welcher ein beschleunigtes Verfahren einföhren will, indem er in gewissen Fällen eine sofortige Urteileilung zuläßt und zwar nicht bloß bei Gestaltung auf frischer That, ist für jeden Menschen unannehmbar, der einen Rechtsstaat will. Es wird kein Mensch darüber im Zweifel sein, nach der Aussage des Oberstaatsanwalts im Prozeß Rauch, daß eine Langsamkeit in der Verfolgung Hammerstein's geherrscht hat, wie sie Jahrzehnte hindurch einem Arbeiter, einem Redakteur oder einem politischen Verbrecher gegenüber unmöglich gewesen ist. Schon im November 1894 pfussten die Spanien von den Dächern, was eigentlich los ist. Endlich fing man langsam an, nicht etwa wie sonst den Angeklagten zu hören, sondern andere zu hören. Wunderbare Weise begreifen wir da einer Verständnislosigkeit der Staatsanwaltschaft in bezug auf das, was andere sagen. Ein ganz gebildeter Mann, Graf v. Gneisenau, macht eine Strafanzeige und die Staatsanwaltschaft versteht nicht einmal, daß das eine Strafanzeige ist. Wie kommt es, daß die Staatsanwälte einen solchen Mangel an Überlegung und Kenntniß haben, daß sie so schlecht aussagen, was andere sagen? Das erklärt es allerdings, daß sowiel ungetreut verurtheilt wird. Jeder andere sieht aus der Anzeige des Herrn v. Gneisenau heraus, daß Hammerstein der Fälschung beschuldigt wird, aber in der Staatsanwaltschaft ist kein Mensch bis davor geworden, da werden wir auch manche andere Verjährungen von Polizeiorganen und Staatsanwälten klar. So wurde für eine angewordene Versammlung die Bescheinigung verfagt, weil die Zeitangabe der Versammlung unverständlich sei. Es war nämlich nur gesagt worden, daß die Versammlung am 10. Januar stattfinden sollte, aber nicht ob 95 oder 96 re. Bei solcher Verständnislosigkeit der Art und Weise gegenüber, wie andere sich ausdrücken, wäre es überhaupt besser, wenn die Staatsanwaltschaft ganz verschwände und dahinginge, wo sie hergekommen ist, aus Frankreich, wo sie der Idee des ersten Napoleon von absolutem Staat entsprungen ist. Sie sehen den Platz unseres Freunde Schippel hier leer, er wünschte schnell Abgenheit zu werden, um an der Session teilnehmen zu können. Es ist doch ein berechtigtes Verlangen eines Volksvertreters, hier sitzen zu können. Am 21. Juli 1895 wurde er wegen Ausgleitens der Feder mit zwei Monaten Gefängnis belegt. Das Rechtsgesetz hat dann aber erst am 12. November den Termin anberaumt, während sonst nur wenige Wochen dazu gehören. Mitte November erwartete man die Eröffnung des Bleichstags, und man wartete bis zum 12. November und Schippel ist also jetzt verhindert, seinen Sitz hier einzunehmen. Warum kann der Angeklagte seine Strafe nicht abstimmen, wann er es wünscht? Man hat aber sogar dem Angeklagten vorgeworfen, daß er die Sache verschleppt hat. Wenn man die Prozeßbeschleunigung will, kann man beschleunigen. Es darf der Prozeß nicht so hingeschleppt werden wie hier, mindestens nicht in den Fällen, wenn der Angeklagte ein schnelles Verfahren wünscht. Mit dieser Vorlage erreichen Sie aber nicht eine Beschleunigung des Verfahrens, sondern nur eine schnelle Verurteilung der politischen Gegner. Wir haben nicht allzuviel statistisches Material über das Verhältnis der Zahl der unschuldigen Verurtheilten zur Gesamtzahl der Verurtheilten, denn wohl noch nicht der sinnfällige Theil der unschuldigen Verurtheilten kann seine Unschuld nachweisen.

Aus der immer mehr wachsenden Unzufriedenheit des Volkes sollte man die Mahnung entnehmen, daß Prozeßverfahren mit solchen Garantien zu umgehen, daß möglichst keiner unschuldig verurtheilt wird. Die Vorlage stimmt uns aber an, die Verurteilung einzufächern gegen eine Verschlechterung des Wiederaufnahmedurchgangs. Da wünsche ich, daß man den Wählern die Frage vorlegt, ob sie statt einer guten Instanz lieber zwei schlechte Instanzen wünschen. In der Voruntersuchung ist der Angeklagte absolut schuldlos. Es soll jetzt im Verfahren schon vereidigt werden, der Angeklagte soll aber dieser Befreiungsernennung nicht beizuhören dürfen. Hier wird nur eine neue Möglichkeit des Meineids eröffnet. Wie soll der Zeuge vom Angeklagten auf gewisse Vorfälle aufmerksam gemacht werden, die dem Gedächtnis des ersten entfallen sind, wenn der Angeklagte nicht zugegen ist? Wie wollen Sie bei den Zeugen die Charakterfestigkeit annehmen, daß sie im Hauptverfahren sagen, sie hätten sich geirrt, wenn der Angeklagte sie nun aus dieses und jenes aufmerksam macht? Ein solches Verfahren steht nicht im Einklang mit dem System des Kampfes für Religion, Ordnung und Sitte. Sie werden nur die Meinide vermeiden und Kronzeugen schaffen. Durch die Verfassung der Voruntersuchung werden die Angeklagten verhindert, sich von dem Verdacht zu reinigen; sie werden vor Gericht gezeigt und nachher freigesprochen. Redner verweist auf den Fall, daß ein Redakteur behauptete, daß während der Kanalfeierlichkeit in Niel drei Vororte neu eingerichtet seien. Er wurde wegen Verleumdung angeklagt; eine Voruntersuchung fand nicht statt; die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit seiner Behauptung, er wurde freigesprochen. Aber ein anderer Redakteur, der die Sache abgeschrieben hatte, wurde mit 8 Wochen bestraft, weil er hingewiesen hatte auf die unerhörte Art und Weise, wie man in Niel mit dem Strafgesetzbuch gespielt habe. Die Vorlage will die Zugestellung von Zeugen einschränken; das Gericht soll nach eigenem Ermessen die Zeugen zulassen. Wenn Sie diese Willkür im Prozeßverfahren zulassen, werden Sie den Klassengegenseit, die Kluft zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volkes und dem Rechtsbewußtsein der sogenannten gelehrten Richter und Staatsanwälten noch vergrößern. Dann wird der Haß im Volke immer größer, wenn in dieser Weise gegen die Ehre und Freiheit eines Mannes vorgegangen werden darf und alle Kautelen, die jedem anderen Volke in der Rechtsprechung gegeben sind, hinweggeräumt werden sollen. Auf keinen Fall sind wir für eine Vorlage zu haben, die auch nur ein Atom abrückt von dem außerordentlich schmalen Recht des Angeklagten. Ich bin fast ein Dezenium Vertheidiger gewesen und kann aus tausenden von Fällen Ihnen das Misstrauen bestätigen, das gegen unsere Richter besteht. Die Leute glauben mir nicht, wenn ich Ihnen sage, daß die Richter nur nach ihrer Überzeugung urtheilen. Der gemeine Mann sagt sich, wie kann die Rechtsprechung sich so weit entfernen von dem Rechte, ohne daß die Richter bestehen sind. Wie kann man Vertrauen haben zu einer Rechtspflege, wo der Staatsanwalt der eigentliche Leiter des Verfahrens ist. Dadurch wird die Verantwortlichkeit herabgedrückt, und wenn ein solcher Beamter sich

dann hinstellt und sagt: Ich fühle mich verantwortlich, so glaubt man es ihm nicht, und er kann sich auch täuschen. In bezug auf den Redakteur Rauch in Hannover erkennen zunächst drei gelehrte Richter, daß eine Bekleidung in dem Artikel nicht vorhanden ist. Die Staatsanwaltschaft legt Berufung ein gegen die ungezogenen Kinder; das Oberlandesgericht bleibt der Staatsanwaltschaft recht; der Staatsanwalt Drescher erscheint in dieser Disziplinarverkraft für verlehte Ehre als zweiter Ankläger und die Ehre wird erst dann für repariert erklärt, wenn der Redakteur 8 Monate gefessen hat. Die Kommission sollte dem ein Ziel setzen, indem sie die Bekleidungssklagen, mit denen größtenteils Unrat getrieben wird, an die Schwurgerichte verweist. Die Hauptfahre ist nicht der kleine Entschädigungsanspruch für unschuldig Verurteilte sondern die Einrichtung von Vorlehrungen, daß nicht unschuldig verurtheilt wird. Der Staatsanwalt muß das Recht, welche die Vorlage noch vergrößern will, genommen werden, das Recht, den Gerichten gegenüber als vorgesetztes Organ aufzutreten.

Wir haben keine unabhängigen Richter, denn unsere Richter können diszipliniert werden. Die Unabhängigkeit ist nur bei den Rechtgerichtsräten kein Märchen, denn diese können nur unter ganz bestimmten Umständen abgezettet werden. Das sollte man auf alle Richter ausdehnen. Die Anstellung und die Förderung dürfen nicht der Verwaltung überlassen, sondern müßte nach bestimmten Regeln geordnet werden. Die Vorlage macht in dieser Beziehung geradezu einen Rückschritt, den die Kommission höchstens befehligen wird. Wenn es sich um die höchsten Güter, um Tod und Leben handelt, muß der Angeklagte das Recht haben, Abschrift des Protokolls zu verlangen. Was die Vorlage in bezug auf die Hauptverhandlung will, genügt in keiner Weise. Zu dem Protokoll muß stehen, welche Einwendungen der Angeklagte erhoben hat, welche Gründe zu den einzelnen tatsächlichen Feststellungen geführt haben und es muß der Kontrolle des Angeklagten zugänglich sein. Der jetzige Formenkreis ist wesenlos und muß dem Angeklagten gar nichts.

In die Kommission bitte ich nur solche Mitglieder zu wählen, welche nicht auf dem Standpunkt stehen, es muß etwas geschaffen werden, sondern auf den: es muß etwas Gutes geschaffen werden. Den vorgeschlagenen Verschlechterungen dürfen wir nicht zustimmen. Besonders die Prätrogationen der Staatsanwaltschaft in der Erhebung der Anklage haben und es muß der Kontrolle des Angeklagten zugänglich sein. Die Befähigung zur Sozialdemokratie, um jemals hinreichend verdächtig erscheinen zu lassen, eine angebliche Majestätsbeleidigung begangen zu haben. Solange dieses System der Abhängigkeit der Richter von der Staatsanwaltschaft besteht, wird das Misstrauen des Volkes nicht schwinden. Die Offenheit des Verfahrens muß hergestellt und der Presse muß das Recht gegeben werden, wahrheitsgetreue Berichte über die Gerichtsverhandlungen zu veröffentlichen. Jetzt werden wahrheitsgetreue Berichte verfolgt, wenn sie etwas der Regierung Unannehmtes enthalten, es sie denn in einem der Regierung nahestehenden Organ. Unrichtige amtliche Auskünfte müßten unter Strafe gestellt werden.

Es sollen statt fünf nur drei Richter urteilen; dadurch wird die Verurteilung erleichtert und namentlich der Einfluß des Vorsitzenden vermehrt. Ich erinnere an die berüchtigte Zeit der preußischen Dreimänner-Richter und daran, daß die Zugabe von Hilfsrichtern nicht verboten ist. Notwendig ist auch, daß der Angeklagte nicht abgemattet und ermündet ist, ehe er zur Verhandlung kommt. Hier in Berlin müssen die Angeklagten Stunden lang auf dem stinkigen Korridor unverstehen, ehe sie aufgerufen werden, während Richter und Staatsanwalt Zeit genug haben, Erfrischungen zu sich zu nehmen. Die Behandlung seitens der Richter und Staatsanwälte könnte auch eine etwas zuvorkommendere sein. Ein Amtsrichter führt die Angeklagten immer gleich an: Ochse, halten Sie das Maul! (Widerspruch.) Das ist gerichtlich festgestellt. Ein Fehler ist auch, daß die Beamten das Zeugnis verweigern können, wenn die vorgesetzte Behörde ein Zeugnis nicht gestattet; als wenn das Vaterland davon zu Grunde gehen würde, wenn festgestellt wird, in welcher Beziehung die Spitzel mit der Polizei stehen. Das ist eine einfache Verhüllung der Wahrheit, ein einfaches gefälschtes Mittel, der Gewissheit der Wahrheit entgegenzutreten. Diese Beamten sollten als Zeugen nur ihre persönlichen Auslagen erstattet bekommen. Wir wollen nicht Scheingesche, sondern Gesehe, die nützlich sind und die Gerechtigkeit statuieren, soweit dies in diesem Staat überhaupt möglich ist. Auf dem Lande besteht die Meinung, daß die Gendarmen nur deshalb Anzeige erstatten, um die Gehaltskasse zu erhalten.

Aber alles wird nichts nützen, wenn wir nicht den ganzen gelehrt Apparat entfernen und allein durch Zeugen urtheilen lassen. Deshalb bin ich gegen jede Abänderung der Schwurgerichte. Die jetzigen Richter sind ja Klassengerichter; für die sogenannten gelehrten Richter sieht die Gelehrsamkeit gewöhnlich im Mittelpunkte und die Richter laufen in der Peripherie immer in gleicher Entfernung darum herum. Wir haben noch keine Volkgerichte, die aus allen Schichten des Volkes zusammengesetzt sind; es müssen wirkliche Volksgerichte eingeführt werden und die gemeinschaftlich wirkenden gelehrten Richter müssen entfernt werden. Machen Sie die gelehrten Richter wenigstens unabhängig. Herr v. Holleben hat es ja im Herrenhaus aufgesprochen, daß er sich über die Führung der Amtsrichter bei den Landräthen erkundige. Im vorigen Jahre wollte ich die Verurteilung retten und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, aber man sagte: Die Regierungen wollen nicht. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann sollte man überhaupt nicht parlamentarisch thätig sein, sondern nur den Willen der Regierung thun. Herr Lenzmann hat an Verbesserungen aufgezählt, was die Regierung nicht an Verschlechterungen mehr in die Vorlage aufgenommen hat. Diese Bescheidenheit theile ich nicht. Ich werde auf keinen Fall auch nur einen Fingers Breite die Rechte des Volkes aufgeben, und ich werde das Volk nicht betrügen, indem ich unter den schönen Aufschriften: "Entschädigung unschuldig Verurtheilter" eine Vorlage annehme, welche die Wehrlosmachung der Angeklagten ist. Damit zeige ich mehr Patriotismus als Sie, welche Sie versuchen, dem Absolutismus neue Nahrung mit diesem Gesetz zu geben und dem Volke klar zu machen: Du hast Steuern zu zahlen, den Mund zu halten und im übrigen dich zu bedanken, wenn du unschuldig verurtheilt wirst. (Heiterkeit recht; Zustimmung auf diesen Punkt der Vorlage.)

Justizminister Schönstedt: Trotz der Bosheit, welcher der Abg. Stadthagen eben Ausdruck gegeben hat, hoffe ich doch, daß diese Vorlage, welche ja auch nach der Auffassung seiner eigenen Partei Verbesserungen enthält, zu stande kommen wird. Sie werden es dem preußischen Justizminister nicht zum Vorwurf machen, daß er nicht über alle vom Abg. Stadthagen vorgetragenen Fälle unterrichtet ist. Eine ganze Reihe dieser Fälle hat sich ja in Hamburg abgespielt. Der von ihm erwähnte Fall der Frau, die wegen Meinesides verurtheilt war und deren Unschuld sich nachher herausgestellt hat, gehört gar nicht hierher. Es handelt sich da nicht um einen Entschädigungsanspruch an den Staat, sondern an den Assessor, der das Versehen der Protokollirung des Falles begangen hatte. Ich bestreite, daß dieses Gesetz den zur Haft Gezogenen rechtes hinstellt. Dem Angeklagten

steht durch alle Instanz das Beschwerderecht zu, und mit unrechtem Bescheinigung in dieser Bestimmung das Gegenthell der Bescheinigung des Verfahrens. Ebensoviel ist mir klar geworden, wie der Abg. Stadthagen den mir unbekannten Fall, der sich an das Kanalrecht anknüpft soll, verwenden will gegen das Vorverfahren. Der Vorschlag der Regierung will weiter nichts, als daß schon im Vorverfahren zuverlässiger Grundlagen ermöglicht werden. Er hat ferner davon gesprochen, daß die Unabhängigkeit der Richter gefährdet sei, weil sie der Staatsanwaltschaft unterstellt würden, da diese ja ein Disziplinarverfahren einleiten könnte. Diese Bedingung sieht der Staatsanwaltschaft allerdings zu, denn eine Anklagebehörde muß es doch schließlich geben, aber über die Zulässigkeit des Disziplinarverfahrens entscheidet doch ein unabhängiger Gerichtsbor. Ich will mich auf diese Bemerkungen beschränken; die übrigen Ausführungen des Abg. Stadthagen waren wohl mehr auf den Ziviljustizstaat berechnet (Beifall rechts).

Abg. Werner (deutsch-soziale Reform-P.): Herr Stadthagen hat von den durch Warten abgemachten Angeklagten gesprochen; die Ermittlung ist aber auch eine Folge der langen Nieden. (Sehr richtig! rechts.) Meine Freunde begrüßen die Vorlage mit Freuden; sie billigen es, daß durch die Einführung des Nachdes die Meinide vermieden werden sollen, daß die Protokolle besser geführt werden sollen. Es hat sich oft genug eine Mängelhaftigkeit des letzteren herausgestellt. Die Klagen der Presse hat Herr Lenzmann bereits vorgetragen. Die Presse ist ziemlich heimath- und rechtslos; es müßte klar und deutlich ausgesprochen werden, daß die Redakteure nur am Erscheinungsort der Zeitung verklagt werden können. Auch die Ordnungspflege muß einer besonderen Regelung unterworfen werden. Es ist, wie die Thatsachen ergeben haben, zum Theil damit recht traurig bestellt. Ich hoffe, daß der Justizminister das richtige herausfinden wird. Ich wünsche auch, daß das Element mehr bei der Rechtsprechung beteiligt werde; wenn die Presvergehen vor die Schwurgerichte gehören, wird es besser werden. Neben die Einführung der Verurteilung freuen wir uns und wir wünschen, daß auch für die unschuldig erklärte Untersuchungshof Entschädigung gewährt wird, trotz der Schwierigkeiten, die sich dabei herausstellen werden. Der Kommission wird eine schwere Aufgabe fallen; ich wünsche, daß nicht Leute, wie Herr Stadthagen gewählt werden, denn sonst wird die Kommission tot gesprochen. (Heiterkeit rechts.) Herr Stadthagen sprach vom werthätigen Volke, welches Volk meint er denn? (Zuruf: Die Armen!) Herr Stadthagen hat wohl kaum das Recht, daß arme Volk hier zu vertreten. Ich hoffe, daß die Kommissionsberatung etwas zu stande bringe, daß Volk erwartet das. (Zustimmung rechts.)

Abg. Schmidt-Warburg (S.): Wenn man einer 1½-stündigen Rede zuhören muß mit der Gewißheit als nächster Redner aufzutreten, dann hat man nicht die körperliche Frische mehr, sich auf lange Auseinandersetzungen einzulassen. Ich fasse die Vorlage nicht mehr so günstig auf, wie manche Redner; ich kann der Regierung keinen besonderen Dank dafür aussprechen. Die Vorlage enthält mehrere früher vorgeschlagene Abänderungen nicht mehr, das heißt, die Regierung verzichtet darauf, in diesen Punkten die bestehende Gesetzgebung zu ändern. Daher kommt wohl die optimistische Aussöhnung des Herrn Lenzmann. Nur in zwei untergeordneten Fällen ist eigentlich die Regierung eingegangen. Aber meist hat die Regierung den Beschlüssen der Kommission und wenn sie einstimmig gefaßt waren, nicht Rücksicht genommen. In einem Punkte stimmt ich mit Stadthagen überein: Eine gute Justiz ist besser als zwei schlechte. Die bestehende Gesetzgebung hat sich durchaus bewährt, sie bietet auch die genügenden Garantien gegen falsche Urteile. Ich möchte davor warnen, daß wir so schwer wiegende Interessen in die Hände von drei Richtern legen, zumal die Garantien, mit denen der Strafprozeß bisher umgeben war, in erheblichem Maße beeinträchtigt werden sollen.

Justizminister Schönstedt: Bezuglich der Garantien darf ich doch daran erinnern, daß sie in die Gesetzgebung hineingekommen sind mit Rücksicht auf den Wegfall der Verurteilung. Wenn diese wieder eingeführt wird, so fällt der Grund weg, weswegen die Garantien eingeführt sind. Die Garantien sollen bestätigt werden, um eine möglichst schleunige Verhandlung in der ersten Instanz herbeizuführen, damit die Vorläufe noch möglichst im Gedächtnis der Beteiligten sind. Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage der Befreiung der Strafklammern. Ihre Befreiung mit 3 statt mit 5 war auch eine der Garantien, die jetzt wegfallen kann mit der Wiedereinführung der Verurteilung. Wir befreien jetzt schon kleinere Landgerichte, die wenig beschäftigt sind. Da der Referent und der Untersuchungsrichter von der Kammer ausgeschlossen sind, so ergibt sich eine Befreiung von mindestens 3 Richtern. Das weniger beschäftigte Gericht besser arbeiten, als stark beschäftigte, ist nicht richtig. Der Vorschlag der Befreiung der Strafklammern mit 3 Richtern hat daher auch eine finanzielle Bedeutung, die auch wohl vom Bleichstag erkannt werden kann, wenn auch die Geldbewilligung in den Einzelstaaten erfolgt. Die Regierung legt deshalb ein entscheidendes Gewicht auf diesen Punkt der Vorlage.

Abg. Beck (fr. Op.): Herr Stadthagen hat nicht recht, wenn er diese Vorlage als ein Produkt der Ureaktion bezeichnete. Sie enthält viele Verbesserungen und trägt einen liberalen Zug in die Gesetzgebung. Alle Parteien haben zur Verbesserung der vorjährigen Vorlage beigetragen. Das spreche ich als gut deutsch fühlender Jurist aus. Das baldige Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuchs wünsche ich ganz entschieden im Gegenzug zu meinem Freund Lenzmann. Die Garantien sind nicht blos geschaffen wegen der Befreiung der Verurteilung, sondern sie sind nothwendig zur Verbesserung der Justiz. Denn je mehr ein unschuldig Angeklagter sich vertheidigen kann, desto mehr dient die Justiz der Wahrheit. Die Vorlage dient nicht einzelnen Berufsklassen, sondern der Allgemeinheit, denn schließlich kann jeder einmal vor das Gericht kommen. Die Befreiung der Garantien soll doch nur im finanziellen Interesse erfolgen. Das kann ich nicht billigen. Daß die Aufgabe dieser Garantien ein hoher Preis für die Vorlage ist, wird selbst von Leuten anerkannt, die nicht auf der linken Seite des Hauses sitzen.

In den meisten Fällen hat die Regierung die Beschlüsse der Kommission nicht berücksichtigt, namentlich bezüglich des Gerichtsstandes der Presse und der Aburteilung der Presvergehen durch die Schwurgerichte. Der Beschuß in bezug auf den ersten Punkt ist damals einstimmig angenommen. Weßhalb hat die Regierung diesen Beschuß nicht anerkannt? Bezuglich des zweiten Punktes bitte ich die Regierung, sich die bayerische Gesetzgebung anzusehen. Nur die entschiedene Weigerung der Regierung und des Volkes in Bayern hat es zu stande gebracht, daß 1879 die Aburteilung der Presse durch die Schwurgerichte für Bayern aufrecht erhalten wurde; wie wollen diesen Zustand aber für ganz Deutschland einführen. Ich will mit dahin wirken, daß die Vorlage brauchbar wird. Wenn sie ausgestaltet wird in dem Sinne, wie es in der Kommission in der vorigen Sessung geschehen ist, so können wir sie annehmen. Wenn sie so bleibt, wie sie jetzt ist, so ist es besser, wir nehmen sie gar nicht an.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 5½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Antrag des Zentrums wegen des Schusses der Gesundheit der Arbeiter und Antrag Kaniz.)

## Aus der Umgebung.

**Schneidau.** Gemeinderatssitzung vom 10. Januar. Der Vorstande begrüßt das Kollegium und bringt den Verwaltungsbericht über das Gemeindewesen 1895 zum Vortrag. Sitzungen des Gemeinderats einschließlich der Kommissionen haben stattgefunden 133 mit 1018 Beratungsgegenständen, Registranden-Eingänge und Ausgänge waren zu verzeichnen 4072, Personen sind ab- und zugezogen 1507. Pfändungen sind vorgenommen 957. Geldstrafen wurden verhängt in der Gesamthöhe von 576 Mark. Der Umtag am Grundstückverkauf in der Gemeinde betrug 978788 Mark. Hierauf kommt das Protokoll der Baukommission zum Vortrag. Über ein Schreiben des Steinsechmeisters Friedrich in Gohlis, seine gestellte Kautio zurückzuerstatten, soll nochmals mit Friedrich verhandelt werden, da die Arbeiten seiner Zeit Unstände halber nicht nach den Vorschriften des Anschlags ausgeführt sind. Am übrigen werden die Vorschläge der Kommission zum Beschluss erhaben. Einem Gesuch des Herrn Eimert, den Fortbetrieb seiner Schanzwerksfirma zu befürworten, wird stattgegeben. Der Rat der Stadt Leipzig hat das Schreiben, die Bitten des zur Ablösung gebrachten 16500 M. betragenden Vorflutlebensbeitrages zu erlassen, genehmigt. Hierbei wird der Antrag gestellt, den Rat der Stadt Leipzig zu ersuchen, die Bitten der zum Schlesienbau gemachten Anteile von 120000 Mark von 8% auf 8 Prozent zu ermäßigen. Eine Beichnung des Herrn Geiler zur Errichtung eines Wohnhauses in der Dimpelstraße wird der Baukommission zur Prüfung übertragen. Zur Begehung der 16. und 17. ständigen Lehrerstellen haben 50 Bewerber Gesuche und Zeugnisse eingereicht. Die Prüfung der Zeugnisse wird einer Kommission überwiesen, die dem Gemeinderat in nächster Sitzung hierüber Bericht erstatten soll.

**Schneidau.** Am Sonnabend abend hielt der Arbeiterverein Vorwärts eine feierlich besuchte Generalversammlung ab. Zum Bericht des Gesamtvorstandes wäre zu bemerken, daß die Einnahmen des Vereins, trotz der verhältnismäßig hohen Steuerrechte, zufriedenstellende zu nennen sind. Hoffentlich wird in Zukunft auch die Bibliothek etwas mehr von den Mitgliedern in Anspruch genommen werden. Allen Mitgliedern wird der gedruckte vierjährige Vereinskalender nicht Blätterverzeichnis zugestellt werden. Der Familienabend findet am Sonnabend den 1. Februar im Sächsischen Hof, das Stiftungsfest am 15. März bei Herrn Franke statt. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 160.

**Modau.** Am Hohen Neujahr tagte hier im alten Gasthofe eine Protestversammlung gegen die stattgefundenen Kirchenvorstandswahl. Landtagsabgeordneter Karl Pinsau hielt einen einstündigen Vortrag über Gemeinde- und Kirchenangelegenheiten, in dem er der Einwohnerchaft Modaus es warm empfahl, sich politisch zu organisieren damit sie sich über jeweilige Vorsonnentage beschreben können, was am besten im Arbeiterverein geschehen könne. Am Schluss der Versammlung wurden die Anweisungen vom Referenten aufgefordert, die bürgerlichen Blätter beiseite zu legen und an deren Stelle das Arbeiterblatt, die Leipziger Volkszeitung, einzuführen, und ferner dem Modauer Gemeinnützigen Vereine beizutreten. Folgende Resolution wurde angenommen: Die von ca. 175 bis 200 Personen besuchte Einwohnerversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Sie protestiert entschieden gegen die stattgefundenen Kirchenvorstandswahl, da bei dieser Wahl ungesetzlich verfahren worden ist (Auslösung der Nichtlizenzen) und verspricht, nicht eher zu ruhen, bis die Wahl für ungültig erklärt ist.

**Modau.** Der Gemeinnützige Verein hielt am 12. Januar seine Monatsversammlung ab, in der Vereinsangelegenheiten erörtert wurden und in der dem Verein neuere neue Mitglieder beitreten. Es wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, mit den freien Turnern Modaus in Verbindung zu treten, um einen Arbeiterverein, wie er schon in mehreren anderen Ortschaften besteht, zu schaffen. Dazu wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die mit der Ausführung beauftragt wurde. Auch machte sich die Wahl der Revisoren notwendig. Zuletzt wurde noch beschlossen, in der nächsten Vereinsversammlung einen Vortrag über Zweck und Ziele des Arbeitervereins halten zu lassen.

**Wölkern.** Gemeinderatssitzung vom 8. Januar. Zwei Baugenehmigungen — Geräteschuppen (Säbel) und ein Wohnhaus (Bernhardt) — werden nach dem Gutachten der Baukommission befürwortet. Der diesjährige Brennkalender, der sich auf 660% Brennstunden beläuft, wird nach dem Vorschlag derselben Kommission genehmigt. Die Wahlperiode der Herren Wicke, Theile, Taubert und Rau zum Schulvorstand ist abgelaufen und werden die Benannten bei der vorgenommenen Wahl sämtlich wiederum auf 8 Jahre gewählt, desgleichen werden für die Sparasse die jetzt fungierenden Kontrolleure, die Herren Schröder, Hamel, Wirls, Bauer, Strobel und Rind für das laufende Jahr wiedergewählt. Eine Versicherung der Gemeindemitglieder bei Unfällen auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Gemeindebezirk wird dem Wohlfahrtsausschuß zur Verberatung übergeben.

In der Sitzung des Schulvorstandes vom 10. Januar wird über den vorzunehmenden Anbau der Schule darüberhinaus beschlossen, einen solchen von 6 Zimmern vorzunehmen. Der Vorschlag beläuft sich auf 26300 M. Die Beichnung soll jedoch in doppelter Größe eingereicht und später erneut werden. Der Haushaltshaushalt für das Jahr 1896/97 kommt zur Vorlage. Er stellt sich nach seiner Durchberatung wie folgt: Bedarf 84794 M., Deckungssumme 16850 M., Fehlbetrag 17944.

**Markranstädt.** Die Ortskassenkasse für Markranstädt und Umgebung hatte in ihren Generalversammlungen Beschlüsse gefaßt, die die Amtshilfsbehörde aus formellen Gründen aufhob. Desgleichen hatte der gewählte Vorsitzende Herr Dünger die Wahl aus Gesundheitsgründen abgelehnt. Es fand deshalb am Sonntag den 12. Januar eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der ein anderer Vorsitzender gewählt, der § 20 des Statuts geändert und der aus formellen Gründen aufgehobene Beschuß der letzten Generalversammlung, Gerichtskosten im Betrage von 75 Mark, die aus dem gegen den dortigen Apotheker geführten Prozeß entstanden sind, aus den Mitteln der Ortskassenkasse zu decken, erneut gefaßt werden sollte. Zwei Tage vor der Versammlung hatte Bürgermeister Keil die ihm genehmigen Arbeitgeber zusammenberufen und den Kaufmann Heino Nitsche als Vorsitzenden in Vorschlag gebracht. Gegen diese Kandidatur wendeten sich die zu jener Versammlung nicht eingeladenen Arbeitgeber, die nun ihrerseits den Kaufmann Arthur Büttner in Vorschlag brachten. Von den 44 von Arbeitgebern abgegebenen Stimmen erhielt Büttner 22, Nitsche 21 Stimmen und ist ersterer somit gewählt. Die Kasse hat schon seit zwei Jahren nichts zum Reservefonds geschlagen, vielmehr 2000 Mark dem Stammvermögen entnommen. Die Amtshilfsbehörde veranlaßte darum eine Aenderung des § 20 des Statuts (Unterstützung der Familienangehörigen) vorzunehmen. Um dem Reservefonds Zuwendungen machen zu können, wurden verschiedene Vorschläge laut, so auch die Beiträge zu erhöhen, die Amtshilfsbehörde und die Apothekerpreise des Handverkaufs sowie die Versteigerungskosten im Krankenhaus zu reduzieren. Die Ausgaben für das Telefon durch Abschaffung des Telephones zu vermeiden, die unentgeltliche ärztliche Behandlung und die Arzneimittel für Eltern und Schwiegereltern und der Sieghalter der Versicherten in Wegfall zu bringen und endlich den Simulantenvorwurf zu steuern. Die Versammlung sah über den Beschuß, die Amtshilfsbehörde zu erneut, einen Aufschluß bis zum Abschluß des Jahres 1896 zu gewähren. Wenn bis dahin keine Abhilfe möglich gewesen sei, sollte man dem Wunsche der Behörde gerecht zu werden suchen. Der Vorstand hatte den mit dem Apotheker abgeschlossenen Vertrag gebrochen und vor der vom Apotheker angebrachten Prozeß. Die Gerichtskosten in Höhe von 75 Mark auf die Kasse zu übernehmen, hatte die letzte Generalversammlung beschlossen. Die Amtshilfsbehörde hatte diesen Beschuß aufgehoben, weil der Kassenvorstand während der Verhandlung über diesen Gegenstand nicht den Vorsitz

statutengemäß abgegeben hatte. Die Versammlung erneuerte unter Vorstoß des Bürgermeisters seit diesen Beschuß. Hierauf schloß der Kassenvorstand die Versammlung.

**Schleinitz.** Die am Sonntag in Reichlers Lokal hier stattgefundenen Volksversammlungen, in welcher Reichstagssabg. Bueb über die wirtschaftliche und politische Lage sprach, war sehr gut besucht. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in ausgezeichnetster Weise, und wurde oft durch stürmischen Beifall belohnt. Seine Rede gipfelte darin, daß, je mehr das Volk unterdrückt wird, es um so mehr aufgestärkt wird. Das beweist wieder die Nachwahlen in Döbeln und Witz, wo ohne jede Agitation die Stimmen der sozialdemokratischen Partei bedeutend zugenommen haben. Er schloß mit den Worten: Mögen unsere Feinde gegen uns unternehmen, was sie wollen, die Sozialdemokratie wird doch siegen. Hieran sprach Genosse Leyer aus Halle über die Lage der Konfessionsarbeiter. Er schilderte deren Lage als äußerst traurig und besserungsbedürftig. Sie seien nun in ganz Deutschland in einer Bewegung getreten, um ihre Lage einigermaßen zu verbessern. Redner verlas hierauf den neuen Tarif, der erklämpft werden soll, und forderte die Versammlungen auf, die Konfessionsarbeiter in ihrem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie vorläufig nichts in den Konfessionsläden kaufen und dann, wenn die Bewegung in vollem Gange ist, nur dort kaufen, wo der Tarif bezahlt wird. Nachdem noch der Vorsitzende G. Müller seine Sympathie für die Bewegung ausgesprochen, wurden folgende Resolutionen verlesen: 1. Da hente am 12. Januar stattfindende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstagssabg. Bueb, vollständig einverstanden; sie ist der Überzeugung, daß das sächsische Wachsen der sozialdemokratischen Partei durch die neuesten scharfen und scharferen Maßnahmen der Behörden nicht aufzuhalten, sondern befördert wird. Im weiteren spricht die Versammlung ihre Entrüstung gegenüber den Bestrebungen der sächsischen Kammermajorität, das Wahlrecht in Sachsen zu beschneiden, aus, und sendet den sächsischen, im Kampfe um das freie Wahlrecht stehenden Genossen ihre Sympathie. 2. Im Hinblick auf die enorme Schuldenlast der Stadt Schleinitz und im weiteren Hinblick darauf, daß das neuerrichtete deutsche Reich in seiner Weise den Wünschen und Hoffnungen der breiten Masse des deutschen Volks Rechnung getragen hat, protestiert die heutige Versammlung ganz entschieden gegen die Bewilligung von Geldern aus dem Städtefond zur Verstärkung des 18. Januar. — Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Nach einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

## Vereine und Versammlungen.

Der Naturheilsverein Leipzig-Ost hielt am 10. Januar d. J. seine ordentliche Generalversammlung ab. Zum Geschäftsbericht teilte der Vorsitzende mit, daß im vergangenen Jahre 15 Vorträge, 20 Diskussionsabende, 6 Vorlesungen, 1 außerordentliche und 2 ordentliche Generalversammlungen, 2 Quartalsversammlungen und 8 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Der Kassierer berichtet über 350 M. Einnahme, der eine Ausgabe von 203 M. gegenübersteht. Nach der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl entspann sich über den Antrag Schneider und Genossen, Errichtung einer Filiale in Neuschönfeld, eine längere Debatte. Es wurde beschlossen: Die Antragsteller sind uns als Mitglieder willkommen, haben sich indes den Bestimmungen des Grundgeheges zu folgen. Ein Antrag des Vorstandes, einen Kassenboten anzustellen, wurde abgelehnt.

Die Klempnergebißsen Leipzig hielt am Mittwoch den 8. Januar im Saale des Glyptums eine öffentliche Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstättenskommission; 2. Abhaltung eines Vergnügungstour; 3. Diskussion. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtet Kollege Schröder über die bisherige Thätigkeit des Arbeitsnachwuchses, und gab bekannt, daß sich der Nachweis eines lebhaften Zuspruches von den Meistern, Fabrikanten und Kollegien von hier und auswärts erfreut. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet: Werktag von 1/2—1/10 Uhr abends, Sonntags von 11—12 Uhr vormittags. Für die Regelung des Instituts machten sich verschiedenste Ausgaben nötig, und es standen danach sich auch Kollegen bereit, die notwendige Arbeit zu übernehmen. Fernerhin macht Kollege Schröder den Vorschlag, zur Erlangung einer besseren Wohnstatistik Fragebogen in den Werkstätten einzuführen zu lassen. Die Anregung fand bei den anwesenden Kollegen fröhliche Aufnahme. Bemerkt wurde noch, daß die Fragebogen schon in nächster Zeit ausgegeben werden, und wird um möglichst genaue Ausfüllung gebeten. Vorsitzender Herkox teilte mit, daß Kollege Otto aus der Agitationskommission ausscheidet, da er Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geworden ist. In die Agitationskommission wurde Kollege Wall gewählt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, in nächster Zeit eine Feierlichkeit zu veranstalten. Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. Die Verabschiedung der Räume wurde einem hierzu gewählten Komitee aufgetragen. Wegen vorgeduldiger Zeit fiel die Diskussion aus. Darauf wurde vom Vorsitzenden die Versammlung 1/2 Uhr

den Seminaren abgegangenen Böglings im Jahre 1894: 394 männliche, 39 weibliche, 133 zusammen, im Jahre 1895: 394 männliche, 35 weibliche, 129 zusammen. Es ergibt sich hierauf auch für die letzten Jahre wieder eine Steigerung sowohl des Besuchs der Seminare, als der durch dieselben ausgebildeten Lehrlinge. Eine Mitteilung des Ausflusministeriums an den Landtag, der auch vorstehende Zahlen entnommen sind, beweist dazu: Da zur Zeit sämtliche Klasse voll besetzt sind, darf gezeigt werden, daß die Lehrerzahl in den nächsten Jahren nicht zurückgehen wird. Trotz des stärkeren Abgangs von Lehrkräften von den Seminaren hört aber der Mangel an solchen auch jetzt noch an. Wenn schon in den letzten Jahren in den ersten Wochen nach Abhaltung der Abgangsprüfungen ein kleiner Nebensaum sich ergeben hatte, war derselbe doch bald aufgebraucht. Diese Verhältnisse werden, wenn die geplante Verlängerung der Militärdienstzeit der Volksschullehrer ins Leben tritt, sich noch erheblich ungünstiger gestalten. Es ist deshalb angezeigt erscheinen, Ostern 1896 auch bei dem neuen Seminar in Rochlitz eine Parallelklasse zu errichten, sobald je eine solche nunmehr besteht in Grimma, Löbau, Pirna und Rochlitz.

In den Standessaffaaren der neuesten Zeit steht Chemnitz auch eine Kleinigkeit bei. Großes Aufsehen erregt dort nämlich das plötzliche Verschwinden des Operndirektors Fischer. Wie bis jetzt feststeht, hat Fischer in Gesellschaft einer Choristin eine größere "Vergnügungstour" unternommen; er soll sich gegenwärtig mit seiner Dame in Wien aufzuhalten. Dass er in Chemnitz unliebsame Andenken hinterlassen hat, ergibt die wegen "verschiedener Unregelmäßigkeiten" in Form des § 173 des Reichsstrafgesetzbuchs bei Gericht erlassene Strafanzeige. Von verschiedenen Seiten wird auch das gleichzeitige Verschwinden des Frauenarztes Dr. med. Weber hiermit in Verbindung gebracht.

Eine schwere Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit bedient das Regulativ, das die Amtshauptmannschaft Plauen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Versammlungen erlassen hat. Dieses Regulativ bestimmt:

Ein Raum, welcher zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen dienen soll, darf durch seine Zwischenwände getrennt und muß von dem überwachenden Beamten nach allen Seiten hin zu übersehen, auch mit mindestens zwei Ausgängen versehen sein. Die Thüren des Versammlungsraumes, welche sämtlich nach außen schlagen müssen, sind während der Dauer der Verhandlungen zu schließen, jedoch nur so, daß sie jederzeit ohne weiteres von jedermann geöffnet werden können. Durch den ganzen Versammlungsraum hindurch ist ein mindestens 1½ Meter breiter Mittelpfad freizulassen. Ob und inwieweit auch noch andere Gänge freizulassen sind, hat der überwachende Beamte je nach Bedürfnis zu bestimmen. Stühle ohne Tische sind in Reihen aufzustellen, Tische so zu sehen, daß zwischen denselben nach allen Seiten hin mindestens 1½ Meter Raum bleibt. Zur Versammlung sind nicht mehr Personen zuzulassen, als daß auf den Quadratmeter der Bodenfläche im Versammlungsraum, wenn Stühle aufgestellt sind, höchstens drei, andernfalls vier Personen kommen. Es ist verboten: a) daß Stühlen oder Tischen vor, in oder hinter der Thüre des Versammlungsraumes, b) der Aufenthalt in den freiuhaltenden Gängen, c) das Betreten von Stühlen, sowie das Betreten oder Beziehen von Tischen oder Fensterbrettern. Dafür, daß diesen Vorschriften allenfalls nachgegangen wird, ist außer dem Leiter der Versammlung auch der Inhaber des Versammlungsraumes verantwortlich. Die Versammlung darf nicht eher erfolgen werden, als bis den vorstehenden Bestimmungen genau entsprochen ist.

Zur Verhandlung gegen diese Bestimmungen sollen mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden. Da wird wohl manches Lokal, in dem bis her Versammlungen abgehalten worden sind, als Versammlungslokal aufzuhören haben. Die Gründe, die zum Erlaß eines solchen Regulativs Veranlassung gegeben haben, möchten wir gern wissen, denn unseres Wissens ist doch niemand in den bisherigen Versammlungen durch Überfüllung zu Schaden gekommen. Aber selbst wenn die Amtshauptmannschaft nur einer Überfüllung und den sich eventuell daraus ergebenden Folgen hätte vorbeugen wollen, so hätte doch eine weniger weitreichende Fassung der Bestimmungen genügt.

**Kommerzienrat Kurt Stark** in Frankenthal, langjähriger Führer der sächsischen Fortschrittspartei im Landtag, des Kammerfortschritts, ist am 11. Januar im Alter von 60 Jahren gestorben. Er war der Typus der reaktionären Molluskenpolitik, die die bürgerlichen Parteien im Landtag solidarisch treiben.

**Burgstädt.** 12. Januar. In einer hier stattgefundenen Schiffsgerichts-Verhandlung wurden die Feuerwehrmänner Müller aus Taura und Bonitz aus Göppersdorf zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten in der Nacht zum 20. Oktober v. J. auf der Taura-Köthensdorfer Straße elf Kirchbäume mit den Feuerwehrbeilen abgehakt.

**Dresden.** 14. Januar. Der ehemalige Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums von Börneburg ist heute im Alter von 74 Jahren gestorben. Er war bis zum Jahre 1892 im Amt, Wirklicher Geheimer Rat und Excellenz, Ehrendoktor der Leipziger theologischen Fakultät, Mitglied der ersten Ständekammer und Meißen Domherr. Der Verstorbene stand also bei den offiziellen Freuden hoch in Ehren.

**Bitterfeld.** 14. Januar. Am 9. Februar wird hier der Bezirksverband Leipzig der Freisinnigen Volkspartei, zu dem auch der Wahlkreis Bitterfeld-Döhlitz gehört, einen Porteitag abhalten. Auch Eugen Richter, der sein Erstchein zugesagt hat, wird bloß die Bedeutungslosigkeit der Volkspartei in und um Leipzig konstatieren können.

## Von der Wahlrechtsbewegung.

In Burzen hat gleichfalls die arbeitende Bevölkerung am letzten Sonntag Protest erhoben gegen die völkervertretenden Absichten der Reaktionsparteien. Der Landtagsabgeordnete Pinckau kennzeichnete in treffender Rede die inhaltbare Position des reaktionären Oligarchismus: daß das Wintervergnügen am 25. Januar in der Gesellschaftshalle zu Lindenau stattfindet und wurden noch 6 Kollegen und 2 Kolleginnen in das Komitee gewählt. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen gerügt, daß trotz der Sonntagsruhe in der Leipziger sowie Gaußsche Stadtkirche am Samstag gearbeitet wird. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, hierzu Stellung zu nehmen.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.** Die Frequenz der Schullehrer-Seminare Sachsen betrug am 31. Oktober 1894: 2930 Böglings, am 31. Oktober 1895: 2967 Böglings, die Zahl der mit Reisezeugnissen von

Chemnitzer Genossen Nosenow und Heinr. Lorenz einstimmig angenommen.

**Ein „echt deutscher Zug“.** Zu einer am 4. Januar in Buchholz stattgefundenen Versammlung des deutsch-sozialen Reformvereins, in der der Reichstagssabg. Bindewald aus Berlin eine Protestrede gegen die Abänderung des sächsischen Landtagswahlrechtes hielt, war unter anderem auch der nationallib. Landtagsabg. Grünewell eingeladen worden. Dieser erläutert über die Gründe seines Nichterscheins eine Erklärung, in der es heißt: „Die Aenderung des Wahlgesetzes ist eine rein sächsische Angelegenheit; es ist ein echt deutscher Zug, jede fremde Einmischung von sich fern zu halten; das gilt nicht allein für Haus und Familie, sondern auch für den Staat und in diesem Falle für das engere sächsische Vaterland. Mit Entrüstung hollten wir jeden fremden Eindringling zurück; der Redner, Herr Reichstagabgeordneter Bindewald, ist ein Berliner; was würden die Berliner sagen, wenn ein Erzgebirger offiziell sich in eine Berliner Angelegenheit einmischen wollte?“ Tänze und Sprünge von dieser Art, wie sie hier der nationalliberalen „Vollsvertreter“ Grünewell aufführte, wirkten in dieser sonst so ernsten und traurigen Zeit erheiternd. Ist übrigens ein unbeherrschbarer Freiheitsdrang nicht auch ein „echt deutscher Zug“, den schon Tacitus an den alten Deutschen rühmend hervorhebt? Und die Freiheit des Wortes, das Recht der Selbstbestimmung — das haben die alten und echten Deutschen, die dem Herrn Grünewell doch vorbildlich zu sein scheinen, über alles geschätzt und es mit Blut und Leben vertheidigt, wenn's nötig wurde, gegen feige und feile Vollsverräler.

**Zittau, 13. Januar.** Am letzten Sonnabend hat hier eine Protestversammlung gegen die beabsichtigte Wahlrechtsverkürzung stattgefunden. Und zwar war diese Versammlung von den Freisinnigen veranstaltet und der Dresdener Institutsdirektor Schmidt als Hauptredner angestellt. Da unseren Genossen dort alle Säle abgetrieben sind, beschloß man, sich an der von den Freisinnigen veranstalteten Versammlung zu beteiligen. Eine Protestresolution wurde gegen Schluss der Versammlung eingebracht, wobei es insofern zu einem Zwischenfall kam, als die Freisinnigen diese Resolution nicht nur der Zweiten, sondern auch der Ersten Kammer und dem Könige zur Kenntnisnahme einreichen wollten, wogegen ein Teil der anwesenden Sozialdemokraten lebhaft protestierte. Schließlich aber schien in dem entstandenen Wirrwarr der freisinnige Vorschlag doch eine Majorität gefunden zu haben. Zu erwähnen ist noch, daß dem Genossen Redakteur Fischer-Dresden, der dort für unsere Partei sprach, von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde. — Protestversammlungen haben auch in einer ganzen Zahl anderer Städte am Sonnabend und Sonntag stattgefunden, in denen Genosse Dr. Gradvauer unter lebhafter Zustimmung der zahlreichen Versammelten sprach.

## Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. bis mit 11. Januar 1896.

### Standesamt I.

**Geschlechterungen:** Schwester, Bruno Arthur, Bahnarbeiter, mit Löper, Johanna Maria Auguste Bertha, hier. — Liebke, August Hermann, Kaufmann, mit Stahl, Wilhelmine Elisabeth, hier. — Winkler, Oscar Paul, Zimmerer in Lüneburg, mit Hoppe, Anna Sidonie, hier. — Richter, Karl, Markthelfer, hier, mit Fichtner, Marie Aurelie Alina, in Boizenburg. — Hoffmann, Gottlob, Friedrich Karl, Buchbinder, mit Ewald, Maria Anna, hier. — Knau, Karl, Schneider, mit verw. Hauer, verw. gew. Bartels, geb. Kürtz, Emilie Pauline, hier. — Walther, Max Paul Theodor, Lagerist, mit Körner, Frieda Hulda, hier. — Kromarek, Friedrich, Schneider, mit Pöschner, Anna Maria Theresia, hier. — Starke, Karl Bernhard, Kartograph, mit Bergler, Auguste Clara, hier. — Höpfl, Friedrich August, Schuhmacher in Wülknitz i. B., mit Wohlmann, Margaretha Dorothea, hier. — Kuhne, Max Louis, Naturheilfandler, mit Neumann, Johanna Sophie Wilhelmine, hier. — Dres, Heinrich Eduard Gustav, Handelsmann, mit verw. Gottschall, geb. Lüser, Theresia Filomena, hier. — Günther, Otto Friedrich, Assistent, mit Dürr, Charlotte Therese, hier. — Gensel, Johannes Max, Comptoirist, mit Schmelzer, Anna Bertha, in Lüneburg. — Müller, Ferdinand Arthur, Cigarrenhändler, mit Hentschel, Anna Minna, hier. — Bach, Paul Johann Gustav, Direktionssekretär in Dresden, mit Hölser, Johanna Clara Emilie, hier. — Sachs, Gustav Alwin, Handarbeiter, mit Buhle, Rosine Friederike Pauline, hier. — Roth, Friedrich Karl Christian, Schneider, mit Wale, Anna Helene, hier. — Strüber, Friedrich Otto, Buchbinder, mit Bechert, Ida Selma, hier. — Brand, Heinrich Albert, Buchhalter hier, mit Mühlweg, Johanne Alwine Luise, in Hannover. — Bachmann, Gottlieb Friedrich Heinrich, Schneider, mit Schäfer, Anna, hier. — Seiffried, Friedrich Rudolf Max, Markthelfer, mit Lindner, Wilhelmine Bertha, hier. — Teich, Hermann Johann Christian, Fleischer, mit Blochberger, Marie Hedwig, hier. — Carolin, Gustav Otto, Geschäftsratsreisender in Lüdenscheid, mit Friedel, Emilie Auguste, hier. Zusammen 24.

**Geburten:** Schwarz, Max, Kaufmanns T. — Mende, Martin Wilhelm Andreas, Schuhmachers T. — Streit, Friedrich Julius Hermann, Compteur S. — Reichel, Karl Heinr., Kaufmanns S. — Hoffmann, Karl Frdr., Schneider S. — Kübbig, Hugo Otto, Kaufmanns S. — Schmidt, Karl Heinr., Bahnarbeiter, mit Rosenbaum, Henriette Marie, in Reudnitz. — Schellenberg, Alwin, Fleischer, mit Klische, Anna Auguste Bertha, in Reudnitz. — Hund, Wilhelm Karl, Klempner in Rendnitz, mit Marx, Leopoldine Christiane Friederike Else, in Leipzig. — Jantsch, Georg Martin, Buchbinder, mit Anglisch, Agnes Luise Marie, in Reudnitz. — Ost, Emil Oskar, Posthilfsbot in Leipzig, mit Elsner, Ida Selma in Reudnitz. — Funk, Paul Georg, Handarbeiter, mit Krause, Helen Anna, in Volkmarstorf. — Kummel, Arthur, Fabrikarbeiter, mit Mantzel, Marie Lisette, in Reudnitz. — Götz, Friedrich Wilhelm, Handarbeiter in Neuschönfeld, mit Schlegel, Pauline Luise, in Volkmarstorf. — Stofin, Gottlieb Karl, Comptoirist, mit Rosing, Amalie Elizabeth in Reudnitz. — Karthe, Julius Theodor, Gerichtsvollziehergehilfe, mit Hendl, Auguste Emma, in Neuschönfeld. — Bornemann, Richard Franz, Tischler, mit Koch, Johanna Therese Ida, in Reudnitz. — Brücke, Ernst Bruno, Eisenbahnarbeiter in Reudnitz, mit Richter, Hedwig Luise, in Reudnitz. — Tag, Friedrich, Bahnarbeiter, mit gesch. Langenfelde geb. Söllinger, Auguste Friederike, in Volkmarstorf. — Zusammen 14.

**Geburten:** Vogel, Gustav Adolf, Formers S. — Höhne, Karl Gustav, Steinmechern T. — Steiger, Friedrich Ernst, Buchhandlungsgesellschafter T. — Kewitz, Otto Ehrenfried, Kaufmanns T. — Lehmann, August Karl Hermann, Handarbeiter T. — Schier, Karl Wilhelm Adolf, Stuckateurs S. — Scherbe, Albert Louis, Handarbeiter T. — Paps, Karl Gustav, Handarbeiter S. — Winkler, Karl Tragott, Kutschers T. — Schmidel, Ernst, Techniker S. — Heister, Wilhelm Robert, Hilfseuermann S. — Schmidt, Ernst Paul Oskar, Kaufmanns S. — Raundorf, Alwin, Malers T. — Krause, Emil Ernst, Handarbeiter S. — Harnisch, Ephraim Arthur, Expedientens T. — Bitter, August Heinr. Otto, Markthelfers T. — Ohme, Friedrich Wilhelm Max, Buchbinders T. — Müller, Friedrich Ernst, Buchhalter S. — Kießling, Friedrich Tragott Max, Gelbgiekers S. — Gutenberg, Albert Julius, Telegraphenarbeiter T. — Langer, Karl Albert, Markthelfers T. — Wilke, Friedrich Gustav, Maschinennestlers T. — Pöntke, Karl Heinrich Ludwig Georg, Eisenbahnarbeiter T. — Hermsdorf, Gustav Richard, Comptoiristens T. — Eichler, Friedrich Wilhelm, Markthelfers S. — Mühl, Paul Friedrich Wilhelm Robert, Comptoiristens S. — Wendt, Johannes Julius, Schriftschriften S. — Körstner, Heinrich, Maurers S. — Dornisch, Friedrich Hermann, Postchaffners S. — Portig, Friedrich Bernhard, Manufakturpfeifer S. — Herber, Wilhelm Gustav Paul, Handarbeiter S. — Henning, Karl Oskar, Bremers S. — Krause, Karl Hermann, Bild- und

Kleider, Franz Seraph, Küsters T. — Kleinheimpel, Herm. Otto, Architekten und gepr. Baumeisters S. — Thieme, Moritz Eugen, Kaufmanns S. — Süß, Karl Julius, Buchdruckereibesitzers S. — Schreßschmar, Hermann Bruno, Sergeantens T. — Richter, Bruno Alexander, Architekten T. — Geßken, Otto Wilhelm Heinrich, Privatdozentens S. — Gottschalk, Richard Konstantin Adelbert, Fotographens S. — Dölle, Friedrich Max, Expedientens T. — Selsert, Richard Oskar, Handelsmanns S. — Zabel, Friedrich Karl, Mifflidirektors S. — Hempel, Friedrich Gustav, Maurermeisters S. — Ganzange, Louis Bernhard Paul, Buchhalter S. — Heidiger, Job, Georg Emil, Vorstand des Dresdener Bankvereins S. — Sonnenichmidt, Karl Joseph, Klempners T. — Krämer, Bruno Bernhard, Steueranföhlers S. — Sachse, Karl Arthur, Böttchers S. — Neichenbach, Ernst Hermann, Bildhauers T. — Heyd, Karl Victor Adolf, Kaufmanns T. — Küpper, Johann Paul, Bussellers T. — Lamorek, Jakob, Buchdruckers S. — Büchel, Peter, Gafetiers S. — Außerdem wurden 14 uneheliche Geburten und 11 uneheliche Mädchen (woon 18 in der Universitäts-Frauen-Klinik geboren wurden) in das Geburtsregister eingetragen. — Zusammen 102.

**Gestorbene:** Kette, Martha, Handarbeiterin T. — Schollbach, Anna Martha, Bierfahrer T. — Arndt, Louise, Kleider, Anna Maria, Bierfahrer T. — Köhler, Luisa, Kleider, Anna, verw. geb. Bentroth, Handarbeiterin geschied. — Scheffran, 52 J. 11 M. 4 T. — Fischer, Ferdinand Oskar, Kaufmann, 43 J. 8 M. 17 T. — Dreyhaupt, Julius Albert, Metallarbeiter, 39 J. 14 T. — Krüger, Leo Georg Johannes, Rechtsanwalt, Dr. jur. S. — Vista, Johanna geb. Fritza, Raumwarenhändlers Ehefrau, 27 J. 9 M. 20 T. — Schiele, Charlotte Therese, Verkäuferin, 16 J. 6 M. 27 T. — Nicolai, Arthur Walther Kurt, Gastwirtin, 5 M. 20 T. — Keller, Alma Emma, Expedientens hinterl. T. — Hahn, Wilhelm Otto, pension. Schaffner, 61 J. 11 M. 23 T. — Karthe, Friedrich Alwin, Haushainer, 35 J. 8 T. — Neclam, Anton Philipp, Verlagsbuchhändler und Buchdruckereibesitzer, 88 J. 6 M. 7 T. — Mandelt, Anna Rosina geb. Strichel, Witwe, 67 J. 3 M. 10 T. — Herling, Julius Theodor, Schuhmacher, 77 J. 5 M. 23 T. — Heiß, Abelheid Johanna, Sergeantens T. — Morsbach, Caroline Albertine, Private, 66 J. 3 M. 14 T. — Knörnschild, Gottlieb Friedrich, Schuhmacher, 78 J. 9 M. 2 T. — Schulze, Wilhelm Friedrich, Müller, 69 J. 2 M. 15 T. — Saal, Wilhelm Reinhold, Siegelbrenner, 61 J. 11 M. 24 T. — Maul, Irma Lucie, Kaufmanns T. — Georgi, Auguste Fanny, Privata, 67 J. 4 M. 3 T. — Säuberlich, Maria Christiane Rosine geb. Lehmann, Polizeidieners geschied. — Scheffran, 68 J. 5 M. 14 T. — Preuß, Amanda Adelheid geb. Stephan, Schänwirts Witwe, 55 J. 4 M. 21 T. — Blödner, Joh. Helm. David, Zimmerer, 60 J. 3 M. 14 T. — Borowski, Karl Otto Robert, Instrumentenmacher, 20 J. 9 M. 5 T. — Küttel, Emma Selma Marie, Handarbeiterin T. — J. 1 M. 19 T. — Mästtor, Helene, Dentistens T. — Steuer, Oswald Karl, Schuhmachers S. — Bunge, Amalie Friederike, verw. gew. Beißig geb. Fischer, Gütschifiers Witwe, 67 J. 8 M. 8 T. — Hengner, Karl Alexander Julius, chemiel. Fleischermeister, 81 J. 9 M. 27 T. — Lichtenfeld, Julie, Privata, 71 J. 6 M. 11 T. — Schreiber, Marie, Kaufmanns T. — Hubrich, Margarete Gertrud, Handarbeiterin T. — 3 J. 20 T. — Lustig, Anna geb. Schlefinger, Kaufmanns Witwe, 71 J. 5 M. 21 T. — Treibar, Anna Antonie geb. Berthold, Uhrenfabrikantin Ehefrau, 36 J. 8 M. 2 T. — Krieger, Ferdinand Heinrich, Hauptpostamtsassistent, 68 J. 4 M. 14 T. — Wilde, Johanna Amalie Anna, Arbeiterin, 29 J. 6 M. 2 T. — Wolf, Maria Anna, Privata, 67 J. 3 M. 26 T. — Augustin, Marie geb. Kühn, Professorin Witwe, 72 J. 1 M. 4 T. — Hollstein, Johann Christoph, Handarbeiter, 83 J. 2 M. 28 T. — Schröder, Hermann Karl, Kutschers S. — 3 J. 21 T. — Sperling, Sophie Henriette geb. Friederich, Handarbeiterin Witwe, 65 J. 25 T. — Böhner, August Louis, Schänwirts S. — 8 J. 5 M. 7 T. — Brand, Karl Wilhelm Ferdinand, Handarbeiter, 40 J. 11 M. 18 T. — Helmert, Paula Gertrud, Lithographens T. — 8 J. 5 T. — Haubold, Anna Marie geb. Trabitsch, Kutschers Ehefrau, 88 J. 1 T. — Grube, Ferdinand Karl Wilhelm Franz, Schriftschriften, 55 J. 9 M. 29 T. — Huhle, Christiane Therese geb. Brunert, Arbeiterin Witwe, 46 J. 11 M. 7 T. — Heinrich, Auguste Amalie Franziska geb. Bödler, Colporteur Ehefrau, 35 J. 11 M. 11 T. — Janitz, Friedrich, Malsarbeiter, 50 J. 2 M. 3 T. — Baer, Johanna Marie Henriette Alwine, geschied. — Häßberg, geb. Bruchlos, Schriftschriften Ehefrau, 49 J. 9 M. 8 T. — Franke, Georg Max Otto, Fleischer S. — 1 J. 2 M. 20 T. — Heinz, Johanna Christiane geb. Krause, Handarbeiterin Witwe, 76 J. 2 M. 21 T. — Haas, Minnie geb. Stroband, Handelsmann Ehefrau, 31 J. 7 M. 25 T. — Förster, Kurt Walther, Feuerwehrmann S. — 4 M. 25 T. — Seifert, Friedrich Adolf, herrschaftl. Kutschers, 61 J. 1 M. 19 T. — Otto, Karl Wilhelm Heinrich, Kassierer bei der Handelskammer, 66 J. 11 M. 3 T. — Miko, Johann, Arbeiter, 19 J. 8 M. 18 T. — Quitsch, Emma Christiane Emilie, verw. gew. Arnold geb. Krassow, Bavorarbeiter Ehefrau, 65 J. 2 M. 7 T. — Zusammen 69 Todesfälle (einschl. 6 togeborene Kinder und 1 aufgefunder Kindesleichen).

### Standesamt II.

**Umsicht die Städtele Reudnitz, Anger-Grotendorf, Volkmarstorf, Sellerhausen, Neuellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg.)**

**Geschlechterungen:** Kraemer, Edmund, Handelsmann in Leinefelde bei Worbis, mit Wagner, Ida Wilhelmine Franziska, in Reudnitz. — Straube, Julius Bernhard, Handarbeiter, mit Rosenthal, Henriette Marie, in Reudnitz. — Schellenberg, Alwin, Fleischer, mit Klische, Anna Auguste Bertha, in Reudnitz. — Hund, Wilhelm Karl, Klempner in Rendnitz, mit Marx, Leopoldine Christiane Friederike Else, in Leipzig. — Jantsch, Georg Martin, Buchbinder, mit Anglisch, Agnes Luise Marie, in Reudnitz. — Ost, Emil Oskar, Posthilfsbote in Leipzig, mit Elsner, Ida Selma in Reudnitz. — Funk, Paul Georg, Handarbeiter, mit Krause, Helen Anna, in Volkmarstorf. — Kummel, Arthur, Fabrikarbeiter, mit Mantzel, Marie Lisette, in Reudnitz. — Götz, Friedrich Wilhelm, Handarbeiter in Neuschönfeld, mit Schlegel, Pauline Luise, in Volkmarstorf. — Stofin, Gottlieb Karl, Comptoirist, mit Rosing, Amalie Elizabeth in Reudnitz. — Karthe, Julius Theodor, Gerichtsvollziehergehilfe, mit Hendl, Auguste Emma, in Neuschönfeld. — Bornemann, Richard Franz, Tischler, mit Koch, Johanna Therese Ida, in Reudnitz. — Brücke, Ernst Bruno, Eisenbahnarbeiter in Reudnitz, mit Richter, Hedwig Luise, in Reudnitz. — Tag, Friedrich, Bahnarbeiter, mit gesch. Langenfelde geb. Söllinger, Auguste Friederike, in Volkmarstorf. — Zusammen 14.

**Geburten:** Vogel, Gustav Adolf, Formers S. — Höhne, Karl Gustav, Steinmechern T. — Steiger, Friedrich Ernst, Buchhandlungsgesellschafter T. — Kewitz, Otto Ehrenfried, Kaufmanns T. — Lehmann, August Karl Hermann, Handarbeiter T. — Schier, Karl Wilhelm Adolf, Stuckateurs S. — Scherbe, Albert Louis, Handarbeiter T. — Paps, Karl Gustav, Handarbeiter S. — Winkler, Karl Tragott, Kutschers T. — Schmidel, Ernst, Techniker S. — Heister, Wilhelm Robert, Hilfseuermann S. — Schmidt, Ernst Paul Oskar, Kaufmanns S. — Raundorf, Alwin, Malers T. — Krause, Emil Ernst, Handarbeiter S. — Harnisch, Ephraim Arthur, Expedientens T. — Bitter, August Heinr. Otto, Markthelfers T. — Ohme, Friedrich Wilhelm Max, Buchbinders T. — Müller, Friedrich Ernst, Buchhalter S. — Kießling, Friedrich Tragott Max, Gelbgiekers S. — Gutenberg, Albert Julius, Telegraphenarbeiter T. — Langer, Karl Albert, Markthelfers T. — Wilke, Friedrich Gustav, Maschinennestlers T. — Pöntke, Karl Heinrich Ludwig Georg, Eisenbahnarbeiter T. — Hermsdorf, Gustav Richard, Comptoiristens T. — Eichler, Friedrich Wilhelm, Markthelfers S. — 1 J. 2 M. 20 T. — Heinz, Johanna Christiane geb. Krause, Handarbeiterin Witwe, 76 J. 2 M. 21 T. — Haas, Minnie geb. Stroband, Handelsmann Ehefrau, 31 J. 7 M. 25 T. — Förster, Kurt Walther, Feuerwehrmann S. — 4 M. 25 T. — Seifert, Friedrich Adolf, herrschaftl. Kutschers, 61 J. 1 M. 19 T. — Otto, Karl Wilhelm Heinrich, Kassierer bei der Handelskammer, 66 J. 11 M. 3 T. — Miko, Johann, Arbeiter, 19 J. 8 M. 18 T. — Quitsch, Emma Christiane Emilie, verw. gew. Arnold geb. Krassow, Bavorarbeiter Ehefrau, 65 J. 2 M. 7 T. — Zusammen 69 Todesfälle (einschl. 6 togeborene Kinder und 1 aufgefunder Kindesleichen).

**Gestorbene:** Böhlitz, Gustav May, Korrektors T. — Such, Maximilian Edmund, Zimmerer S. — Schulze, Johann Friedrich, Handelsmanns T. — Arndt, Wilhelm Robert, Buchdruckers T. — Böhlitz, Theodor Max, Schlossers S. — Scholbach, Friedrich Tragott, Bahnarbeiter T. — Hering, Albert Otto, Kutschers T. — Bierlädt, Karl Hermann, Tischlers T. — Schilbe, Gustav Richard, Schlossers S. — Möder, Max Louis Friedrich, Handarbeiter S. — Kutschers, Karl August, Handarbeiter T. — Keller, Hermann Franz, Schlossers T. — Brönnel, Ernst Paul, Bildhauer S. — Weisse, Karl Reinhold, Formers T. — Michel, August Robert Paul, Rangierers S. — Krabbes, Karl Franz, Konditors T. — Österdag, Emil Otto, Architekten T. — Briefen, Willy Kurt, Handarbeiter S. — Sachs, genannt Köhler, Frieder. Karl, Markthelfers T. — Eifold, Karl Robert, Schriftschriften T. — Schieferböer, Johannes, Galvanieurs S. — Ulrich, Gottlieb Gotthilf, Schuhmachers T. — Lorenz, Friedrich Herm., Kutschers S. — Winkler, Gottfried Friedrich, Kofferträgers S. — Walter, Friedrich August Karl, Handarbeiter T. — Sac, Otto, Schlossers S. — Scyring, Otto Max, Bremers S. — Rhode, Johann Heinrich Edmund, Malers T. — Schaemann, Wilhelm Hermann, Schlossers T. — Kampf, Wilhelm Alexander, Feuerwehrmanns T. — Kleyst, Karl Robert, Kaufmanns S. — Schöber, Ernst Franz, Schuhmachers S. — Schrap, Frieder. Oskar, Bahnarbeiter S. — Döschläger, Wilhelm Ludwig Heinrich, Schniders T. — Vieum, Friedrich Paul Richard, Steinrollers S. — Füllsack, Friedrich August Moritz, Buchbinders T. — Otto, Ferdinand, Schuhmachers T. — Neubauer, Friedrich Karl, Schriftschriften T. — Winkler, Gottlieb Friedrich, Winklers S. — Müller, Karl August, Bahnarbeiter T. — Wollsy, Richard Oskar Max, Kommiss S. — Solbrig, Friedrich Alwin, Goldarbeiter T. — Arndt, Karl Gust., Tischlers T. — Köhler, Alexander Arthur, Bremers S. — Morgenschwicke, Julius Karl Heinrich, Markthelfers S. — Waldmann, Georg, Werkführer S. — Klebe, Johann Martin, Modellschreiners S. — Schief, Karl Bernhard, Schriftschriften T. — Reife, Karl Ernst, Schmieds T. — Böhme, Karl Friedrich Wilhelm Gustav, Buchhandlungsgesellschafter T. — Töschner, Friedrich Alwin, Tischlers T. — Voigt, Karl Bruno, Oberpostämtstjenstes S. — Ulrich, Paul Wilhelm, Handarbeiter S. — Erloth, Wilhelm Julius, Waschmeisters S. — Gebhardt, Friedrich Reinhold Eduard Walther, Comptoiristens S. — May, Friedrich Hermann, Lehrers S. — Zusammen 103 einschließlich 18 uneheliche Geburten).

**Gestorbene:** Oberläuter, Gertrud, Gelbgiekers T. — 26 T. — Solbrig, Gertrud Anna, Goldarbeiterin T. — 2 T. — Meyer, Paul Karl, Fabrikarbeiter S. — 8 T. — Fiedler, Anna Emma, Landwirts T. — 6 M. 5 T. — Gröschel, Emilie Joh., Heizers T. — 2 J. 3 M. 3 T. — Baumfalt, geb. Papich, Emilie Ida, Buchbinders Ehefrau, 25 J. 2 M. 6 T. — Blume, Andreas Gottlieb, Böttcher, 79 J. 1 M. 3 T. — Rohns, Paul Christian, Oberbaurat a. D. — 45 J. 2 M. 2 T. — Siechan, Louise Katharina Pauline, led. Kleinkinderschreiberin, 23 J. 9 M. 13 T. — Seifer, geb. Milberg, Christiane Emilie Pauline, Schuhmachers Ehefrau, 66 J. 2 T. — Gau, geb. Sieger, Henriette Wilhelmine, Schriftschriftenfaktors Ehefrau, 61 J. 2 M. 3 T. — Gerstmann, Christian Gustav Georg, Kaufmanns S. — 9 M. 21 T. — Köhler, Karl Ernst, Schneider, 33 J. 7 M. 6 T. — Künze, Johann Karl Heinrich, Produzenten S. — 2 M. 27 T. — Künze, Karl Heinrich, Produzenten S. — 1 J. 2 M. 2 T. — Mühl, Hans, Comptoiristens S. — 1 T. — Schueler, geb. Bergmann, Amalie Ida, Fabrikarbeiterin Ehefrau, 29 J. 2 M. 27 T. — Schier, Kurt Adolf, Stuckateurs S. — 5 T. — Meißner, Franz Xaver, Rats-Borarbeiter, 30 J. 3 M. 5 T. — Berthold, Max Paul, Buchdruckers S. — 4 J. 5 M. 3 T. — Kirsten, Karl Hugo, Fleischermeister, 34 J. 4 M. 18 T. — Liedscher, Hans Rich., Werkführers S. — 7 M. 4 T. — Lehmann, Joh. Elisabeth, 14 J. 4

# 2. Beilage zu Nr. 11 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch den 15. Januar 1896.

## Sächsischer Landtag.

(25. ordentliche Sitzung der zweiten Kammer.)

Dresden, 14. Januar.

**Tagesordnung:** Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 94 bis 101 des Staatshaushaltssatzes, Gymnasien, Seminare, Realschulen etc. betreffend.

Berichterstatter Abg. Härtwig (cons.) empfiehlt namens der Deputation Billigung der einzelnen Posten.

Kap. 94, Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, wird in drei Teile zerlegt und über jeden Teil getrennt abgestimmt.

Kap. 94A, Fürsten- und Landeschulen, wird debattoles und einstimmig mit 117 800 Mark Einnahme und 261 887 Mark Ausgabe bewilligt.

Kap. 94B, andere Gymnasien und Realgymnasien.

Abg. Gräswell (natl.): Beim Realgymnasium zu Annaberg ist die Turnhalle  $\frac{1}{4}$  Stunde von der Anstalt entfernt. Dadurch werden die Schüler, die erhebt aus der Halle kommen und den Witterungsbeeinflüssen ausgesetzt sind, in ihrer Gesundheit geschädigt.

Abg. Thauerkorn (kath.): Vermischt im Staat eine Aufbesserung in der Lage der Lehrer an den vom Staat subventionierten städtischen Realschulen. Im September ist eine diesbezügliche Petition solcher Lehrer an das Kultusministerium gerichtet worden, die Deputation hat aber in ihrem Bericht nicht darauf Bezug genommen.

Im Jahre 1872 sind im allgemeinen die Zusätze für die staatlichen Schulen erhöht worden, nicht aber auch für die städtischen Anstalten; wenigstens nur in sehr geringem Maße. Dieser Unterschied ist jetzt noch größer, wo die Gehälter an den Realschulen aufgebessert sind gegen die an den städtischen Realgymnasien. Wenn auch vielleicht für den nächsten Staat eine Aufbesserung geplant ist, so vergehen doch bis dahin immer noch zwei Jahre. Wenn gefragt wird, die Lehrer an den städtischen Realgymnasien hätten weniger zu thun, diese könnten sich deshalb mit längerem Gehalt begnügen, so ist dies eine Herausbildung dieser Schulen. Weiter möchte ich zur Sprache bringen, daß die Fachlehrer an den Realschulen verlangen, auch wie die anderen noch entsprechender Dienststelle unter die Oberlehrer eingereiht zu werden. Die Erfüllung dieses Wunsches würde die Staatskasse nicht belasten, sie ist aber notwendig im Interesse der Disziplin und der Autorität. Diese Lehrer werden von den Schülern immer als untergeordnet betrachtet, eben weil sie nicht Oberlehrer werden können. Es muß durch Gesetz eine feste Norm geschaffen werden, wann diese Fachlehrer zum Oberlehrer aufgerückt müssen. Dann sind sie gleichberechtigt mit den jüngeren Fachlehrern an den Seminaren. Sie besitzen ihre akademische Bildung so gut wie die anderen Lehrer, haben außerdem noch eine besondere Fachbildung — aus welchem Grunde also sollen sie zurückgestellt werden?

Berichterstatter Härtwig: Die Finanzdeputation konnte sich nicht mit Petitionen befassen, die nicht ihr oder der Kammer, sondern nur der Regierung zugegangen sind.

Kultusminister v. Seydewitz: Einer großen Anzahl der technischen Lehrer ist der Titel Oberlehrer bereits beigelegt. Die finanzielle Lage dieser Lehrer ist in der letzten Zeit bedeutend verbessert worden; sie ist bei den Staatslehranstalten ganz gleich wie bei den Realgymnasien. Der Abg. Thauerkorn kann nur die Realgymnasien zu Borna, Chemnitz und Freiberg im Auge gehabt haben, wo dies noch nicht der Fall ist. Für die laufende Finanzperiode ist seinem Wunsche nicht mehr nachzukommen; für später kann ich eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben. Von den in Rede stehenden drei Anstalten sind zwei aus Realschulen zu Realgymnasien umgewandelt worden, obwohl das Ministerium keine Zustimmung nur ungern gegeben hat, weil es eine Notwendigkeit dazu nicht ersehen konnte. Die erwähnte Petition ist zwar eingegangen, aber zu einer Zeit, wo der Staat bereits fertiggestellt war, deshalb konnte ihr keine Folge gegeben werden. Die Petenten haben dann das Ministerium unterrichtet, daß sie einzelne Kammermitglieder für ihre Sache zu interessieren suchen würden. Das den Abgeordneten übergebene Material bedarf aber gewisser Richtigstellungen. In einer Tabelle s. V. sind die Gehälter der Oberlehrer mit den im gleichen Rang stehenden richterlichen Beamten verglichen worden. Das ist ein Vergleich zwischen ungleichartigen Graden und muß deshalb zu schlechten Urteilen führen. Der Lehrerstand will aus sich selbst heraus betrachtet sein. So war es bis jetzt — so soll es auch bleiben. Ich will mich freuen, wenn recht reichlich aufgebessert werden kann. (Schwaches Bravo!)

Abg. Röllius (natl.) hat einen Auftrag von Gymnasiallehrern erhalten, die Ummwandlung der bisherigen Gehaltsklassen in Dienstalterklassen anzuregen. Dabur wird den Einzelnen eine entsprechende Sicherheit für ihr Alter geboten, ohne daß die Staatskasse dadurch allzu sehr belastet würde.

Vizepräsident Streit (ortopr.): Der Herr Minister hat nur die Realgymnasien zu Borna, Chemnitz und Freiberg erwähnt, nicht aber auch das zu Zwicker. Das ist wohl nur ein Verschenk, nicht etwa eine bestimme Abneigung gegen diese Stadt?

Kultusminister v. Seydewitz: Ich habe Zwicker nicht aus Verschenk, sondern absichtlich nicht erwähnt, aus dem einfachen

Grunde, weil von dort aus keine Gesuche an das Kultusministerium gekommen sind. Ich habe keine Abneigung gegen Zwicker. Wenn die anderen Städte berücksichtigt werden, wird natürlich auch Zwicker berücksichtigt werden.

Hierauf wird Kap. 94 B mit 400 405 M. Einnahmen und 1 880 098 M. Ausgaben einstimmig bewilligt.

Kap. 94 C Allgemeine Ausgaben zu Zwecken der Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen.

Abg. Kellner (natl.): Hat in der Deputation dem Bericht auf Seite 5 u. 12 über die zur Erleichterung der Gemeinden bei Aufbringung der Alterszulagen ihrer Realschullehrer eine eingestellte 82 000 M. nur unter Vorbehalt zugestimmt, weil er nicht überzeugt gewesen, daß diese Summe gerecht verteilt werde; er ist jetzt zu anderer Ansichtung gelangt und zieht deshalb seinen Vorbehalt zurück. Von den Alterszulagen für die Realschullehrer kommt je auf den Staat 45,8 Prozent; er wünscht, der Staat möchte

zurück und uns die Frage untergeschoben: Wozu braucht der Lehrer eine höhere Bildung? Heber in der Kammer fordert nach Kräften

die Bildung der Volkschullehrer. Ich bedauere auch, daß an den Seminarien nicht Logik getrieben wird. Könnte durch die Lehrer den Studierenden Logik beigebracht werden, so würden viele politische Irrlehren nicht mehr geglaubt werden. (Abal kuts. Heiterkeit.)

Abg. Kellner (natl.): Postelt hat die Seminarien angegriffen, weil sie noch wöchentlich 4 Stunden Religionsunterricht erzielen; darin befandet sich wieder die alte Feindschaft gegen die Religion. Die Sozialdemokratie erfüllt ihre Pflicht der Kinder erziehend nicht wie sie müsste. Die Religion ist der Ausgangspunkt der Moral, und es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß die Sozialdemokratie diesen Aufgaben entgegenwirkt. (Kinder lacht ihm ins Gesicht.) Ja, lachen Sie nur, Herr Kellner! Die Sozialdemokratie vergisst die Herzen der Kinder, und das ist eine schwere Verantwortung. Wenn man sieht, was die Sozialdemokratie in ihrer Jugendliteratur den Kindern bietet, so hält man es kaum für möglich. Ich habe mir schon längst einmal solche Schriften verschafft, auf diesen Wunsch einzugehen; es sind aber noch sehr viele andere Bedürfnisse zu berücksichtigen. Bei den Alterszulagen haben wir zunächst die Beitragssumme festgelegt und hinterher erst den Prozentsatz berechnet, daher 45,8 Prozent. Wir mußten möglichst Sparmaßnahmen übernehmen.

Berichterstatter Härtwig: Die von Kellner erzielte Summe besteht sich auf die Alterszulagen überhaupt, nicht bloß auf die Neuzulagen.

Abg. Leithold (cons.): Freut sich über die Gehaltsausbesserungen. Die Realschule ist die Schule der Zukunft — schon durch die vorliegende Prüfungsordnung für die Beamten, welche Realschulbesuch erfordert. Der Staat hat deshalb auch ein besonderes Interesse, daß tüchtige Lehrkräfte angestellt werden. Für die akademisch gebildeten Realschullehrer ist es ein heiliges Gefühl, daß sie bezüglich ihres Gehalts hinter den Seminarlehrern zurückbleiben.

Die Position wird bei Titel 1 mit 11 000 Mark, bei Titel 2 mit 5 500 Mark Ausgabe einstimmig bewilligt. Das gleiche geschieht mit Titel 3, welcher (unter Erhöhung des Zusatzes für die Realschule in Stochitz auf 12 000 Mark gegenüber der Vorlage) eine Gesamtausgabe von 382 000 Mark (darunter 18 000 Mark transitorisch) erfordert. Ferner wird Titel 4 mit 5 000 Mark Ausgabe, Titel 5 mit 67 580 Mark Ausgabe und Titel 6 mit 9150 Mark Ausgabe einstimmig bewilligt, ebenso die Genehmigung zur unentgeltlichen Überlassung des zettler vom Seminar II zu Grimma benutzten Grundstückes mit den darauf stehenden Gebäuden an die Fürsten- und Landeschule Grimma erzielt und eine Petition der städtischen Kollegen zu Stochitz für erledigt erklärt.

Kapitel 95, Lehrerseminare.

Abg. Postelt (soz.): Wenn wir zu den vorhergehenden Positionen nicht gesprochen haben, so haben wir doch alles beschlossen, obwohl wir wissen, daß diese Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen nur Schulen für die sog. besseren Klassen sind. Ein um so lebhafteres Interesse haben wir aber an denjenigen Anstalten, welche die Aufgabe haben, die Erzieher des Volkes zu bilden — an den Seminaren. Es ist nun in neuerer Zeit den Lehrern die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst verliehen worden; es ist auch aufgetreten worden, daß die Seminare nur wenig über den Realschulen stehen. Ich bin der Meinung, daß die Bildung und Erziehung des Volkes eine gleiche Bildung wie die Lehrer an den Gymnasien haben müssen. Es wird an den Seminarien noch viel zu viel Unnötiges gelehrt; so gibt es noch wöchentlich vier Stunden Religion (Welschter rechts), auch werden die vier Bürgerlichen Rechnungskarten bis in die obersten Klassen alljährlich wiederholt; es fragt sich doch sehr, ob diese Wiederholungen einen Zweck haben. Wenn an den Gymnasien Physiologie, Logik und andere Dinge gelehrt werden, so sind diese Fächer für die Seminarien auch notwendig. Man wird mit vielleicht entgegnen, daß die Volkschullehrer das nicht brauchen, ich will ja aber die Herren (zur Rechten) auch gar nicht um ihre Bildung bringen, sondern verlange nur die gleiche Bildung auch für die Volkschullehrer. Die Entscheidung über die Berufswahl, wie sie heute seitens der Seminarien gefordert wird, sollte den Knaben nicht schon im 14. Jahre abgenommen, sondern auf späterre Jahre verschoben werden. Bei der Einrichtung des Internats, wie sie an den Seminaren besteht, erfreut mir der Augen doch sehr fröhlich. Diese Abgeschiedenheit verhindert bei den jungen Lehrern die wünschenswerte Kenntnis des praktischen Lebens. Ich habe diese Anregungen hier geben wollen im Interesse der Volkschule und des ganzen Staates. Man soll dort zu bessern anfangen, wo die Quelle der Volksbildung ist, bei den Seminarien, indem man die Lehrer befähigt, in den Schülern die Individualität zu entwickeln. (Bravo links.)

Referent Härtwig: Der Vorredner hat die Behauptung aufgestellt, daß die Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen nur von den besseren Kreisen besucht werden. Ich bestreite nicht, daß es zum Teil von diesen Kreisen besucht werden, es nehmen aber auch Widerbermittelte und sogar ganz Arme an ihrem Unterricht teil — es handelt sich also um Anstalten für die Söhne aller Stände. Er hat behauptet, die Bildung der Seminaristen gebe

worin, daß es nicht an Mitarbeitern fehlen werde, die auf Geldentzündung verzichten und ihre Beiträge als „Ehrensache“ betrachten werden. Sonst würden die gesamten Ausgaben eine halbe Million noch weit übersteigen. Die Verhandlungen über den Vertrag sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die vorliegenden Angebote zweier großer Firmen bewegen sich zwischen 90 000 und 150 000 M. Honorarzuschuß bei Übernahme des Druckes etc. durch den Verleger.

Gestorben ist in Dresden der dort lebende, unter dem Pseudonym Günther Walling bekannte Dichter Karl Ulrich. Geboren war er 1837 in Berlin.

An die „hohe“ nationalliberale Partei im preußischen Abgeordnetenhaus hat der Verein deutscher Studenten, die Organisation antisemitischer Strebelinge, eine Erklarung in dem von ihm veranstalteten Festommers zur Erinnerung an die Verbündeten Kaiserproklamation erlassen. „Hohe“ nationalliberale Partei ist sehr gut!

Der Grillparzer-Preis für Gerhart Hauptmann. Das Preisgericht in Wien hat den Grillparzer-Preis in Höhe von 2400 Gulden Gerhart Hauptmann für sein Drama Hannele verliehen.

Einen Brief des nunmehr blühergerichteten Mörders Sobczek, den derselbe aus dem Gefängnis an seine Frau gerichtet hat, teilt der Breslauer Generalanzeiger mit. Das Schreiben, das in polnischer Sprache abgefaßt ist, lautet in wortgetreuer Uebersetzung wie folgt:

Beuthen O. Schl., den 29. August 1895.

„Liebe Frau! Ich sehe mich an den Tisch und nehme die Feder in die Hand, um Dir zuerst ein paar Worte zu schreiben. Gelobt sei Jesus Christus! Dies ist der erste Gruß, aber auch der letzte. Daß Du Dich ja nicht mehr erdreiste, zu mir her zu kommen, denn ich will Dich hier nicht mehr sehen. Doch, die Kinder kannst Du mir alle zwei Wochen herfahren, damit sie sich mit mir unterhalten können. Du indessen — ich fürchte nichts — bist ein alter Judas, daß Du Dich auf die paar Mark vergeist hast, da Du dachtest, daß Dir Rumpelt auch von dem Gelde geben wird und des Geldes wegen hast Du mich auch in dieser Weise verkauft.“

Karl Sobczek.

zurück und aus die Frage untergeschoben: Wozu braucht der Lehrer eine höhere Bildung? Heber in der Kammer fordert nach Kräften die Bildung der Volkschullehrer. Ich bedauere auch, daß an den Seminarien nicht Logik getrieben wird. Könnte durch die Lehrer den Studierenden Logik beigebracht werden, so würden viele politische Irrlehren nicht mehr geglaubt werden. (Abal kuts. Heiterkeit.)

Abg. Kellner (natl.): Postelt hat die Seminarien angegriffen, weil sie noch wöchentlich 4 Stunden Religionsunterricht erzielen; darin befandet sich wieder die alte Feindschaft gegen die Religion. Die Sozialdemokratie erfüllt ihre Pflicht der Kinder erziehend nicht wie sie müsste. Die Religion ist der Ausgangspunkt der Moral, und es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß die Sozialdemokratie diesen Aufgaben entgegenwirkt. (Kinder lacht ihm ins Gesicht.) Ja, lachen Sie nur, Herr Kellner! Die Sozialdemokratie vergisst die Herzen der Kinder, und das ist eine schwere Verantwortung.

Wenn man sieht, was die Sozialdemokratie in ihrer Jugendliteratur den Kindern bietet, so hält man es kaum für möglich. Ich habe mir schon längst einmal solche Schriften verschafft, auf diesen Wunsch einzugehen; es sind aber noch sehr viele andere Bedürfnisse zu berücksichtigen. Bei den Alterszulagen haben wir zunächst die Beitragssumme festgelegt und hinterher erst den Prozentsatz berechnet, daher 45,8 Prozent. Wir mußten möglichst Sparmaßnahmen übernehmen. (Fortsetzung folgt.)

**Neue Amtsgerichte sollen nach einer dem Landtag zugänglichen Regierungsvorlage in Bautzen und Reichenau errichtet werden.**

## Vom Reichstage.

Die Interpellation Graf Schwerin-Spaula-v. Bloch wegen der gemischten Transitzlager soll dem Vernehmen nach für die nächste Zeit noch nicht zur Verhandlung gestellt werden.

Das zweite Verzeichnis der eingegangenen Petitionen ist beim Reichstage zugegangen. Es enthält die Journalnummern 2846 bis 5074.

Die VII. Kommission (Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) begann am 13. d. M. ihre Sitzungen. Die Abg. Galler, Wurm und Schneider bekämpften die Vorlage und einen das Markensystem verbietenden Antrag (siehe); leichterer Antrag wurde mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt, die Regierungsvorlage mit 5 gegen 3 Stimmen angenommen, und damit den Konsumvereinen verboten, Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. § 30a der Regierungsvorlage, welcher die Vorschrift und Kontrolle über die Mitgliederlegitimation der höheren Verwaltungsbehörde überträgt, wird mit 5 gegen 3 Stimmen angenommen; ein Antrag Schneider, an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde das Registergericht zu setzen, wird mit 6 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Kommission für die Wiedergeschenktreitschule besteht aus den Abg. Dr. Bachem, Freihen (Düsseldorf), Graf Kanly, Müller (Julia), v. Strombeck, v. Podbielski, Spaula, Dr. Hahn, Timmermann, Schoenlan, Singer, Gauß, Meyer (Danzig), Fürst Radziwill, Hirschbeck, Träger, Frese, v. Gumi, Graf Oriola, Blaick, Lieberman v. Sonnenberg.

## Sociale Rundschau.

Bei den Charlottenburger Gewerbegerichtswahlen siegten in der Klasse der Arbeitnehmer die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten, und in der Klasse der Arbeitgeber die Kandidaten der bürgerlichen Parteien.

Bei den Düsseldorfer Gewerbegerichtswahlen unterlagen unsere Gewerken gegen die mit 500 Stimmen siegenden „Christlich-Sozialen“ aller Bekennnis.

Eine Versammlung der Glasarbeiter von Stralau, Charlottenburg und Spandau beschloß gestern eine Petition an den Reichstag, worin dieser erfuhr wird, in dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb von dem § 3 vorgegebenen Nachzwingen für Flaschen abzusehen und den § 4 des Gesetzes, der die Auflistung unwahrer Behauptungen in öffentlichen Verkäufsmachungen bestraft, ebenfalls abzulehnen. Diese Petition soll in allen deutschen Glashütten circulieren und dem Reichstag noch vor der zweiten Lesung zugegeben. Man war allgemein der Ansicht, daß es unmöglich sei, Flaschen mit einem bestimmten Sollinhalt, ohne eine riesige Verschwendungen von Material und Arbeitskraft, nach Vorschrift des Gesetzes herzustellen.

In Stettin ist der Streik der Schlosser und Dreher in der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von Słöver beendet. Die Arbeiter haben ihre Forderungen bewilligt bekommen.

Ein Droschkenfahrerstreik ist in Straßburg i. E. ausgetragen infolge des Erlaßens einer neuen Polizeiverordnung, die zahlreiche lästige Bestimmungen enthält. Anlaß dazu gab die kürzlich erlassene bureauristische Verordnung des Polizeipräsidiums. Die Missstimmung über die Verordnung ist, so schreibt die Frankf. Rtg., auch im Publikum sehr lebhaft, so daß der Streik auf die Sympathien der Einwohnerschaft rechnet darf. Besonders angefochten wird § 5 der Verordnung, der folgendes bestimmt: „Die Benutzung haltender Droschen hat der Reihefolge nach zu geschehen, so daß die in erster Stelle haltende Drosche zum Fahren benutzt ist. Es ist daher unstatthaft, daß ein Droschkenfahrer, welcher nicht als erster hält, vom Halteplatz aus Fahrten anführt, so lange der vor ihm haltende Droschkenfahrer nicht in Anspruch genommen ist, und ferner unstatthaft, daß ein Fahrgäste sich aus der Droschkenreihe nach Wahl eine Drosche heransetzen.“

Der Kongress der deutschen Textilarbeiter ist nunmehr definitiv auf den 5. und 6. April nach Apolda einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Einführung eines einheitlichen Lohntariffs für die gesamte mechanische Weberei

## Kleine Chronik.

Leipzig, 15. Januar.

— Thesaurus Lingua Latinae. Der Gedanke der Ausarbeitung eines Thesaurus Lingua Latinae (eines lateinischen Sprachschatzes), der die Geschichte der lateinischen Sprache, sowohl der Schrift wie der Volksprache, durch alle Jahrhunderte, in denen das Latein noch lebendige Sprache war, also bis zur Abtrennung der romanischen Zisterziensprachen, in jedem einzelnen Worte zur Darstellung bringen soll, ist, so schreibt die Köln. Rtg., fast ein Jahrhundert alt. Wiederholte Versuche einzelner, ihn auszuführen, schielten an der Unmöglichkeit der Verhältnisse und dem Mangel an Mitteln. Jetzt haben die Akademien zu Berlin, München und Wien sowie die Gesellschaften der Wissenschaften zu Göttingen und Leipzig ihn in der Hoffnung aufgenommen, daß ihnen von ihren Regierungen die erforderlichen Mittel bewilligt werden. Zu dem auf etwa eine halbe Million Mark berechneten ungebedeckten Kostenbeitrage sind auch bereits von Preußen für die Akademie in Berlin und die Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen, von Bayern für die Akademie zu München und von Österreich für die Akademie zu Wien für die auf zwanzig Jahre angenommene Dauer der Bearbeitung des Werkes Jahresbeiträge von je 5000 Mark teils fest zugesagt, teils in Aussicht gestellt worden, sobald 400 000 Mark des Bedarfs als gesichert

In Deutschland; 2. Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften in der Textilindustrie; 3. Einführung des weiblichen Fabrileinspektors.

Mährisch-Ostrau, 15. Januar. In dem Hermannigild-Schacht brach gestern mittag ein Grubenbrand aus. Der größte Teil der Mannschaft war bereits ausgefahren. 15 Tote sind geborgen. Der Brand in dem Hermannigild-Schacht wurde gestern abend noch gelöscht. Er entstand angeblich infolge Kurzschluss der elektrischen Beleuchtung. Der Betrieb konnte — welch' Glück! — sofort wieder aufgenommen werden. Wie der eine Katastrophe im Reiche der österreichischen Grubenwirke!

## Aus der Partei.

Zum strafrechtlichen Vorgehen gegen die sozialdemokratische Parteiorganisation sei mitgeteilt, daß die Genossen Auer, Bebel, Gerlich, Liebknecht und Singer darauf verzichtet haben, Einstellung des Verschreibens in Sachen des Vereins-Schließungsprozesses Auer und Genossen bei dem Reichstag zu beantragen. Sie werden, um eine richterliche Entscheidung möglichst rasch herbeizuführen, der neuen gerichtlichen Vorladung unter Wahrung ihrer Rechte als Abgeordnete Folge leisten. Die Vorladungen lauten auf Montag den 18. und Mittwoch den 15. Januar. Das Kammgericht hat in der Sache Auer und Genossen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz auf die eingelagerte Beschwerde entschieden, daß die Strafammer und nicht das Schöffengericht zuständig und die Bestätigung der vorläufigen Schließung der betreffenden "Vereine" und Organisationen durch die Strafammer gerechtfertigt sei.

Befehlsnahme wurde unser Bruderblatt, der Hannoversche Volkswillen vom 10. d. M. wegen eines Artikels über Herrn von Egidius neues Evangelium. Der Artikel soll gegen § 184 des Strafgesetzbuches verstossen. Die Staatsanwaltschaft in Hannover ist sehr rüdig.

In der Privatlagessache Hille contra Lorenz ist zur Verhandlung der von dem verurteilten Staatsanwalt Lorenz eingelebte Revision auf den 23. Januar Termin vor dem Oberlandesgericht zu Naumburg anberaumt.

Die Thüringer Tribüne ist schon wieder einmal beschlagen worden und zwar wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die in der Nr. 4 d. J. enthalten sein soll.

Freigesprochen wurde der Redakteur der Magdeburger Volksstimme, Genosse Fr. Bahle, von der Anklage der Beleidigung der Hamburger Staatsanwaltschaft.

## Parteiversammlung im Pantheon.

In der gestern abend im Pantheon abgehaltenen Parteiversammlung hielt der Reichstagabgeordnete Genosse Dr. Bruno Schönenkamp einen Vortrag über die Presse im Kampfe gegen die Reaktion. Letztere sei ein vielfältiges Ungehöriger; im Kampfe mit ihr habe man gegen vier Fronten zugleich zu fechten. Die Reaktion sei der Widerstand der besitzenden Klassen gegen die ökonomische und politische Entwicklung. Auf allen Gebieten werde der ökonomische Kampf der Reichen untereinander mit derselben Schärfe geführt, wie der Kampf der Reichen gegen die Armen. Die Reaktion habe die Linke der Gesetzgebung in der Hand und die Gesetzgebung werde zugeschnitten auf den Klassenstaat. Seit Jahrzehnten sei sie ein Pumpenbrunnen für den Militarismus, für Liebesgaben an Industrie und Landwirtschaft. Aber die Reaktionäre wollten noch immer neue Bälle auf Lebensmittel. Je mehr sie hat, je mehr sie will, nie schweigen ihre Klagen still. So verlangen sie jetzt wieder erhöhte Branntwein- und Budersteuer, welche letztere allein 300 Fabriken eine neue Liebesgabe von 20 Millionen Mark zuwenden sollte. Und es stehe zu erwarten, daß diese neue Liebesgabe im nächsten Durchdruckt werde, da die Buderinteressenten in allen bürgerlichen Parteien vertreten seien, namentlich auch unter den Nationalliberalen, die nichts weiter seien, als die Kulis, die Beloten des Bundes der Landwirte. Ebenso wie auf eine Verteuering des Butters, der schon jetzt in England billiger sei wie in Deutschland, wo er fabriziert werde, sei es auch bei der Margarinegesetzegebung auf die Verteuering eines Nahrungsmittels abgesehen. Durch eine Färbung etwa nach Art des Biehalses solle dem arbeitenden Volke der Genuss der Margarine vereitelt werden, um durch eine höhere Nachfrage nach Butter für diese bessere Preise zu erzielen. Auch die von den Realionären verlangte Einführung der Doppelwählerung bediente eine Verteuering der Lebensmittelpreise und einen Rückgang der Arbeitslöhne. In Bezug auf den Antrag Kainz befindet sich lediglich in der seltenen Gelegenheit, einmal dem Kaiser zugestimmt, der den Antrag Kainz als das System des Brotwuchses bezeichnet habe. Aber noch andere geschebevorteile Gedanken tauchen auf, die zeigen, daß die Regierung Schritt vor Schritt vor der zünftlichen-festalen-agrarischen Reaktion zurückweicht. Die Gewerbepolitik stagniert, soweit der Arbeiterschutz in Frage kommt. Fürst Hohenlohe habe mit dem Schuh der ruhigen Bürger, der Stumm und Konsorten, zu thun. An die Stelle der Gewerbepolitik sei ein Wettrennen um die Gunst der Handwerker getreten. Der Gesetzentwurf über die Handwerkerfamme sei aber in der Kommission begraben; die Zünftler vermögen es nicht zu befriedigen, sie verlangen die Beschäftigungsnachweis und die Zwangsinnung. Obwohl der Handwerkerstand dem Untergange geweiht sei, versuche man ihn künstlich zu erhalten, weil alle Gedanken des Rückfalls bei ihm Eingang gefunden haben. Wie sieht es aber mit dem Schuh der Handwerksarbeiter? Die Sozialdemokratie habe z. B. die ekelhaften und erbärmlichen Verhältnisse in den Bäckereien aufgedeckt und dadurch auch bei den Kleinen eine Revolution des Magens hervorgerufen. Die Regierung aber habe bei dieser Gesetzegebung selbst die bescheidenen Forderungen der Kommission für Arbeiterschutz noch zu bestimmen und verkehrt, daß auch hier nur ein Schatten von Sozialpolitik übrig bleibe.

Die herrschende Klasse sei fromm geworden nicht nur auf religiösem Gebiete, sondern aus Furcht vor dem roten Gespenst auch auf politischem Gebiete. Seit die Sozialdemokratie zwei Millionen Wähler auf die Beine bringe, sei ihre Angst noch viel größer als früher und ihre Einsicht gereift. Sie verkenne, daß die proletarische Bewegung nicht mit dem Polizeistock, mit Hinterladern und Kanonen aufgehalten werden könne. Sie glaube noch, der Bewegung mit den Mitteln der Gewalt beizukommen. Die bürgerliche Presse bilde den Schlüssstein für die Scharfmacher der Reaktion, für die Stumm und Bismarck, die selbst durch die Gesetzegebung das arbeitende Volk provozieren wollen, zu den Waffen zu greifen. Es werde Staatsrechtpolitik getrieben, um die Sozialdemokratie vor die Hinter-

soder zu locken. Über die Sozialdemokratie ist eine legale Partei, die durch die Ausnutzung der Gesetze und der Verfassung groß geworden ist und die vergeblich von dem gesetzlichen Wege abzudrängen versucht werde. Während sich die bürgerliche Presse in Schmähungen und Verleumdungen ergeht, muß sich die sozialistische Presse auf schmalen Pfade in der Diskussion bewegen.

Von der Septemberzeit bis jetzt werde ein Abschluß der verhängten Strafen eine höhere Summe ergeben, als die ersten drei Jahre des Sozialistengesetzes. Wenn die oppositionelle Presse das veröffentlicht hätte, was die Agrarier gesprochen, geschrieben und gedruckt haben, zwielangt nicht zu, die Verurteilten aufzunehmen. Die Leipziger Zeitung konstatierte noch jüngst, daß in den standeshaltenden Kreisen ganz ungeniert getrieben werde, für das strengste Bestrafung verlangt wird, wenn es Sozialdemokraten begehen. Das Zeugnis des besannen Heftlichen in den Leipziger Neuesten Nachrichten über die Majestätsbeleidiger in der guten Gesellschaft sage auch genug und noch mehr, was das Hammersteinarchiv noch enthalte.

Das Gefüllt, daß es so nicht weiter gehen könne, haben bereits hervorragende Juristen, die sich in hohen Richterstellen befinden, wie die Veröffentlichungen des Numerius Negidius und Aulus Agorius beweisen. Unter den heutigen Verhältnissen sei es angemehrer und sicherer, solchen Kennern die Kritik des Richterstandes zu überlassen. Aber auch in anderen Kreisen verursachen die Ercheinungen der Neuzeit viel Kopfschütteln. Alles zwanzig Minister sind in den letzten Jahren verbraucht worden und manche Elemente möchten an Stelle des jetzigen Reichskanzlers am liebsten wieder einen schneidigen General wie Graf Waldersee sehen, der an den Spieße des Reiches für Gott und Vaterland gegen den "inneren Feind" losgehe.

Wenn aber die Reaktion in Preußen Dummköpfe mache, dann schlage die sächsische Reaktion sicher nach. So wolle diese jetzt aus Preußen das Dreiklassenwahlrecht holen, das dort längst verurteilt und einst von dem Abgott der Nationalliberalen als das elendste Wahlsystem bezeichnet worden sei. Unter diesem System werde es unmöglich sein, auch nur einen Sozialdemokraten in den Landtag zu entsenden und das in dem Lande, das die meisten Sozialdemokraten aufzuweisen habe. Dem Volke in der Politik eine Mundbinde umgelegt werden, wie den Gefangen von Braunweiler. Die Tintenfusil der bürgerlichen Presse schweigen sich aus über die Drangsal der Wahlrechtsänderung und unterschütteln so indirekt das geplante Attentat auf die Volksrechte. Die Leiter der bürgerlichen Presse lappen völlig im Dunkeln und es ist nicht auffällig, daß unter den Spießbürgern Bewunderung laut wird über die entstandene Protestbewegung, da es doch nur werden solle wie in Preußen. Trotzdem sei die Demonstration vom 5. Januar impostor verlaufen wie noch nie zuvor in Sachsen eine Volksbewegung. Die sozialistische Presse habe gerade hierbei bewiesen, zu welcher Macht sie geworden. Aber noch mehr müsse geschehen. Gerade die Zeitzeit eigne sich dazu, dem Publikum den Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse klar zu machen. Nicht jedes Blatt, das den Charakter als Amtsblatt habe, habe Charakter. Die vom Kapitalismus abhängige Presse könne nicht die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten, sie diene dem Kapitalismus. Alle Arbeiter müssen sie beitreten, daß die sozialdemokratische Volkszeitung in alle Dachstuben und Kellerwohnungen dringt. Unermüdlich müssen sie Mitglieder für die Wahlrechtsliga werben, daß zu Schanden werden die Pläne der Reaktion und daß die Sozialdemokratie den Sieg an ihre Fahne fessele. (Bobstaler Beifall.)

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Genosse Seyferth gibt sodann den Bericht des Preskomitees. Als im vorigen Jahre über die neuengegründete Volkszeitung gesprochen worden sei, wurden Hoffnungen ausgedrückt, die sich in der That verwirklicht hätten. Dank der eifriger Agitation der Genossen sei es gelungen, den Abonnentenstand der Volkszeitung auf 21000 zu erhöhen und ihn auf dieser Höhe zu erhalten. Alle Geschäftsvorhältnisse hätten sich wesentlich gehoben, namentlich auch das Inseratenwesen. Bei detaillierten Mitteilungen sei das Preskomitee gegenüber jedem Genosse gern bereit, doch wolle es vermeiden, sie in öffentlicher Versammlung unseren Gegnern auf die Nase zu binden. Die Volkszeitung selbst habe im ersten Bieterjahr ein durch Masseauflagen von 70 und 80000 Exemplaren hervorgerufenes Deficit zu verzeichnen, das aber zum Teil durch die ausgezeichnete prosperierende Druckerei wieder wettgemacht worden sei. Die von dem früheren Expedienten Blume veruntreute Summe beziffere sich auf 721 M. 57 Pfg.

Ohne Diskussion wurde hierauf die nachstehende Resolution einstimmig angenommen: "Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit des Preskomitees in allen Punkten einverstanden und erteilt dem Komitee Decharge." Sodann wurde die Neuwahl des Preskomitees vorgenommen. Die bisherigen Mitglieder lehnten eine Wiederwahl definitiv ab. Das Resultat der mittels Stimmzettel vorgenommenen Neuwahl war folgendes: Bock 420, Beyer 374, Meißner 314, Jäger 176, Schwab 151, Böttcher 66, Seyferth 40, Kleemann 26, Grenzel 11 Stimmen. Eine Anzahl weiterer Stimmen war zerstreut. Gewählt sind also die Genossen Bock, Beyer und Meißner.

Die Ergänzungswahl zum Agitationskomitee fiel auf Genosse Jakob-Stötterig. Als Erfazmann wurde Genosse Orbel gewählt. Schlüß der Versammlung 10½ Uhr.

## Die neuen Gebäude der Universität.

Als die Universität am Ausgänge des Mittelalters nach Leipzig verlegt ward, wurden ihr die Klostergebäude St. Pauli an der Südseite der Paulinerkirche als Unterkünfte ausgewiesen, nachdem das Kloster selbst als solches aufgehoben worden war. Zur Vergrößerung und Verbesserung der vorhandenen Räume ward alsdann 1834 das sogen. Augusteum am Augustusplatz hinzugebaut, doch auch die hierdurch gewonnenen Hörsäle ic. erwiesen sich bald als zu klein und es mußte an eine abermalige Vermehrung derselben gedacht werden. Da nun ein weiterer Ausbau hier nicht mehr möglich war, hielt man es für general, die alten Klostergebäude abzubrechen und sie durch bessere, zeitgemäße Baulichkeiten zu ersetzen. Hierdurch ging freilich wieder ein Stück vom alten Leipzig für immer verloren und mancher Altsturmsfreund sah mit Bedauern diese interessanten Überreste mittelalterlicher Baukunst fallen. Auf ihrer Stelle, zwischen dem Augusteum und der Universitätsstraße, sind nun im Verlaufe der letzten zwei Jahre wahre Prachtbauten entstanden, die unserer Universität würdig sind und im Vergleich zu den früheren Gebäuden als Paläste bezeichnet werden können. Wir wollen ihrer mit einigen Worten an dieser Stelle gedenken.

Das zur Verfügung gestandene Bauareal besaß einen Flächeninhalt von rund 14000 Quadratmetern, an dem Augustusplatz aber eine Länge von 112 Metern, an dem Augustusplatz aber eine Länge von 100 Metern, im übrigen hat es eine unregelmäßige Grundform, die für die Gestaltung der Neubauten nicht allzu günstig war. Die an der Universitätsstraße neu angeführten Gebäude sind bereits fertig, teilweise auch schon bezogen. Das südlische heißt das Beguttenhaus (in Erinnerung an seine frühere Bestimmung während der Klosterzeit). Es enthält außer einigen Verkaufsläden die akademische Bibliothek, die Wohnung des Bedells, die Kanzlei ic. Die übrigen Gebäude, die sich zwischen diesem und dem Hause Universitätsstraße 1 erheben, enthalten ebenfalls Verkaufsläden, eine große Durchfahrt, in den Obergeschossen aber die Lehräume für das Seminar mit den dazu gehörigen Sammlungen und Nebenräumen.

Von diesen Häusern erstrecken sich nun Seitenflügel nach dem Augusteum hin, die wiederum durch einen Querbau verbunden sind und die in der Hauptstraße Hörsäle und Lehräume enthalten, außerdem aber auch die Sammlungen für Archäologie ic. Alle Räume sind durch breite, massiv überwölbte Korridore zugänglich. Überhaupt wurden alle Bauteile aus bestem Material, massiv und feinröhig hergestellt. Die zwischen diesen Bauteilen und an die Hinterfront des Augusteums anschließende Wandelhalle bildet den Mittelpunkt und Hauptbau des ganzen Grundstückes, sie hat eine Länge von 28 Metern, eine Breite von 18 Metern und eine Höhe von 23 Metern, darüber eine bogensförmige Decke mit Fenstern und dient als Aufenthaltsraum der Studierenden während der Pausen zwischen, sowie vor und nach den Vorlesungen. Sie wird von überwölbten Korridoren eingeschlossen, von denen man in sie von oben einblicken kann, außerdem sind ihre Ummauungen mit Säulen ausgeschmückt und gewährt sie einen gescharten inneren Anblick.

Das Augusteum selbst hat ebenfalls eine innere Umgestaltung erfahren. Die in ihm liegende Aula wurde vergrößert, auch erhielt das Gebäude im Erdgeschoss eine geräumige Vorhalle und dreifache Ausgang nach dem Augustusplatz hin. Die hier sich erhebende Front hat im allgemeinen die alten Dimensionen behalten, allein sie wird reicher architektonisch ausgebildet, erhielt kräftiger wirkende Gliederungen und eine durchaus stilvolle Durchbildung mit vielen Bildhauerarbeiten aus bestem Sandstein. Links erblicken wir ein Portal, das vom Augusteum nach dem Nachbarhause hinüberreicht. Seine zwei viereckigen Pfeiler flankieren ehemals den Eingang zum Augusteum vom Augustusplatz aus. Ihre Außenflächen sind reich ornamentiert und auf ihnen stehen zwei weibliche Gestalten, die von dem berühmten Bildhauer Ernst Rietschel in Dresden seiner Zeit angefertigt wurden, die Kunst und Erfahrung darstellen. Sie bestehen aus Sandstein und ständen auch früher auf diesen Pfeilern, jedoch am genannten Haupteingang. Gegenwärtig ist letzterer zu einem dreiteiligen breiten Eingang umgewandelt worden, dessen Pfeiler durch vier weibliche Figuren, sogen. Gestalten oder Marathiden, gebildet werden, die zugleich symbolische Bedeutung besitzen und auf ihren Köpfen den aus Stein hergestellten Balkon des ersten Obergeschosses tragen. Die in ihren Händen befindlichen Gegenstände beziehen sich auf die vier Fakultäten der Universität: der Theologie, der Rechtswissenschaft, der Medizin und der Philosophie. Der in Stein ausgearbeitete Balkonfries ist mit Vorbegegnung geschmückt und die darüber sich hinziehende Balkonfries ist geschickt aus Sandstein in durchbrochener Form ausgeführt.

Weiter oben in diesem Mittelbau erblicken wir das vergoldete Wappen der hiesigen Universität, sowie zu beiden Seiten unter den Fenstern des zweiten Obergeschosses sechs kunstvolle Figurengruppen in rechteckigen Füllungen, die gleichfalls auf die Lebhaftigkeit der Hochschule Bezug haben, besonders auf das Studium der Theologie, Poesie, Geographie ic. Die Fenster selbst sind mit hervorragenden Schlusssteinen geschmückt, die als Masken von Böwen, Männern, Weibern ausgearbeitet wurden, teilweise auch Laubwerk von ausländischen Gewächsen enthalten. Die acht Säulen des Mittelbaus sind als ionische zu bezeichnen, ebenso die übrigen Pfeiler oder Pilaster der ganzen Fassade, die vollständig aus Sandstein ausgeführt wurde. Im Fries des Mittelbaus unter dem Giebel wurde die vergoldete lateinische Inschrift angebracht: "Universitas Litterarum Lipsiensis", wodurch die Bestimmung des Bauwerkes gekennzeichnet wird. Die im Giebelfeld untergebrachten Reliefs sind dieselben, die schon früher den Augusteumgiebel ausfüllten, doch wurden sie von der Künstlerhand des Herrn O. Schäfer überarbeitet, bevor sie wieder dafelbst eingefügt wurden. Sie beziehen sich auf die vier Fakultäten und wurden seiner Zeit von dem berühmten Bildhauer Rietschel in Dresden modelliert. Über diesem Giebel erhebt sich noch ein mauerähnlicher Aufbau, der leider etwas schwer auf dem Unterbau lastet, doch war er wegen der innerlichen Erhöhung der Aula notwendig. Auf seinen Ecken wurden vergoldete Dreiflüsse gestellt und in der Mitte erblicken wir einen Fahnenmast, der bei feierlichen Gelegenheiten bestellt werden soll.

Mit der Vollendung dieser Fassade des Augusteums haben die neuen Universitätsgebäude einen wiedigen monumentalen Abschluß und der Augustusplatz einen hervorragenden Schmuck erhalten. Hoffentlich wird nun auch bald die Erneuerung des mächtigen Giebels der danebenstehenden Paulinerkirche in Angriff genommen, der schon längst nicht mehr mit der Umgebung harmonieren will und sehr unökologisch wirkt. Die übrigen hinter dem Augusteum liegenden Universitätsbauten werden im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden, so daß sie Anfang 1897 bezogen werden können. Die Kosten der gesamten Anlage sind auf circa 3000000 Mark veranschlagt worden.

## Gemeinde-Zeitung.

Die apostolische Gemeinde beschäftigt an der Körnerstraße eine Kirche zu errichten. Der Rat der Stadt hat der Überlassung eines Bauplatzes bereits zugestimmt.

## Gerichtssaal.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 18. Januar.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Redakteur der Neuen Burzener Zeitung, Genosse Otto Weichel, am 24. Oktober v. J. vom Landgericht in Leipzig zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll in einem Was ist eine Note? überschriebenen Artikel enthalten gewesen sein. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde heute vom Reichsgericht verworfen. — Daselbe Schicksal hatte die Revision des Redakteurs Genosse Friedrich Rauch vom Volkswillen in Hannover, der gleichfalls wegen Beleidigung des Kaisers durch einen Artikel über dessen September-Nedde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Januar.

Gegen das Wahlrechtsattentat cirkuliert von heute ab durch ganz Sachsen eine Petition folgenden Wortlauts:

An den  
Hohen Sachsischen Landtag  
zunächst an die II. Kammer.

Die in Aussicht genommene Veränderung des Wahlrechts zum Sachsischen Landtag, welche auf die Umwandlung des gegenwärtig bestehenden direkten Wahlrechts für die II. Kammer in ein indirektes Klassenwahlsystem hinzielte, veranlaßt ergebenst Unterzeichneten und Genossen, sich mit dieser Petition an den Landtag zu wenden.

Die Unterzeichneten erblicken in der beabsichtigten Umänderung des Wahlrechts ein unerhörtes Utterial auf das höchste Volksrecht und protestieren gegen jede Verschlechterung des Landtagswahlrechts.

Im Interesse des Volkes halten sie dagegen die Erweiterung des gegenwärtig bestehenden Censuswahlrechts zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für unabdingt notwendig.

Die politische Freiheit des Sachsenvolkes, sowie seine hoch entwickelte wirtschaftliche Tätigkeit erfordert dessen eingehendste Anteilnahme an den gesetzgebenden Arbeiten des Staates. Jede Beschränkung dieser Anteilnahme schädigt aufschwierig die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes.

Ergebnist Unterzeichnete ersuchen darum den Landtag:  
unter Ablehnung der von den Sprechern der Kartellparteien gewünschten und von der Regierung im Landtag in der Sitzung vom 10. Dezember 1895 angekündigten reaktionären Wahlgesetzesvorlage die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr ab ohne Unterschied des Geschlechts für die II. Kammer des Landtags zu beschließen.

In Leipzig und Umgegend wird die Petition an allen bekannt gemachten Stellen, an denen die Mitgliedschaft der Wahlrechtsliga erworben werden kann, zur Unterschrift ausliegen.

Arbeiter, Bürger, Parteigenossen! Beichtet Euch alle ohne Ausnahme ein in die Petitionslisten, damit den sächsischen Reaktionären zu Gemüte geführt wird, daß die überwältigende Mehrheit des sächsischen Volkes den Plan der Wahlrechtsverkürzung auf das entschieden verurteilt.

Nieder mit der Reaktion!

Es lebe das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Parteigenossen! Eure Aufgabe wird es sein, die Sammlung von Unterschriften planmäßig zu betreiben.

Den elenden Abüschen weniger Volksfeinde muß in Gestalt von Hunderttausenden Unterschriften der Volkswillen gegenüberstehen.

Dann wird sich's zeigen, ob die kleine Gruppe herrschsächtiger Reaktionäre noch den Mut finden wird, der friedlichen Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse entgegentreten und ein laum je dagewesenes Unrecht am Volke zur Ausführung bringen zu wollen.

Liga ist ein aus dem Italienischen stammendes Wort und heißt Band, Bündnis, Bund. Die erste geschichtlich bekannte Liga ist die Liga fürs Gemeinwohl, die 1465 gegen die Despotie Ludwig XI. von Frankreich geschlossen worden ist. Die Wahlrechtsliga ist der Bund aller Freiheitsfreunde gegen die Wahlrechtsverkürzer.

Zum Landesvertragsprozeß gegen Schorer und Genossen soll die Verhandlung in der ersten Hälfte des Februar vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafgericht stattfinden. Die Untersuchung ist abgeschlossen und die umfangreiche Anklageschrift bereits fertiggestellt.

Die Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann vor dem Ehrengerichtshof in Leipzig, die am 22. d. M. stattfinden sollte, ist vertagt worden. Der Angeklagte wird jetzt voraussichtlich öffentlich gesaden werden, wos nach im Falle seines Ausbleibens auch in seiner Abwesenheit gegen ihn verhandelt werden dürfte.

**Professor und betrügerischer Bankrotteur.** Auf telegraphisches Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden wurde am Montag der vorübergehend hier sich aufhaltende 44-jährige Professor Dr. v. Bamberg aus Frankenhausen verhaftet und an das hiesige Amtsgericht eingeliefert. Der Mann soll sich des betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht haben.

**Universitätsnachricht.** Der Privatdozent an der hiesigen Universität Dr. med. Urban hat einen Ruf als chirurgischer Oberarzt des Marienkrankenhauses in Homburg erhalten und wird dieses Amt bereits in den nächsten Tagen übernehmen.

Erfahrungsmäßig werden bei der Truppe dienende Schule hilfsbedürftiger Eltern häufig reklamiert, sobald ein jüngerer Sohn eingestellt wird. Derartige Stellungnahmen können aber in der Regel nicht berücksichtigt werden, während der jüngere Sohn nach § 32 Nr. 8 der Wehrordnung so lange zurückgestellt werden darf, bis der ältere Sohn entlassen wird. Eine solche Zurückstellung erfolgt aber nur dann, wenn der jüngere Sohn rechtzeitig, d. h. spätestens im Mustertagtermin, reklamiert wird. Das wird aber häufig unterlassen, zuweilen wird sogar auf Fragen die baldige Einstellung des jüngsten Sohnes als erwünscht bezeichnet, wobei die Absicht vorliegt, nach dessen Einstellung den bereits dienenden älteren Sohn zu reklamieren, was indessen gewöhnlich ganz ausichtslos ist.

Auf den deutschen Münzstätten sind im Monat Dezember vorigen Jahres geprägt worden: 15066000 Mark in Doppelkronen, 686515 Mark in Silbermünzen, 370644 Mark in Zweimarkstücken und 515422 Mark in Einpfennigstücken.

Die Gesamtausprägung an Reichsmünzen, nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke, belieferte sich Ende Dezember vorigen Jahres auf 2998445345 Mark in Goldmünzen, 483162846 Mark in Silbermünzen, 52610304.60 Mark in Nickel- und 18001565.49 Mark in Kupfermünzen.

**Hundertjähriges Bestehen der Homöopathie.** In diesem Jahre wird gerade ein Jahrhundert verflossen sein, seit der Stifter der Homöopathie, Samuel Hahnemann, in dem von Huseland herausgegebenen Journal für praktische Heilkunde den Versuch über ein neues Verfahren zur Auffindung der Heilkräfte der Arzneistoffe veröfentlichte, die von ihm erfunden, nachher als Homöopathie bezeichnete Heilmethode gründete, und somit auch die Diskussion über das neue Heilverfahren eröffnete.

**Eine neue Eisbahn für Kinder** beabsichtigt der Bezirksverein Leipzig-West auf dem Areal an der Könneritzstraße, zwischen der Niederschen Schokoladenfabrik und den angrenzenden Grundstücken am Möbelwerke zu errichten und den Kindern zur freien Benutzung zu überlassen.

**Ein Denunziant.** Der Kellner Oswald Theodor Hofmann aus Nieder-Boberisch, geboren am 13. Oktober 1861, und hier Burgstraße 9 wohnhaft gewesen, denunzierte einen seiner Kollegen, der mit ihm in ein und demselben Etablissement arbeitete, bei der Polizei wegen des Besitzes angeblich verbotener Schriften. Ein Kriminalwohntreiber nahm den Denunzierten mit in seine Wohnung, um in dessen Aufenthaltsort eine gründliche Durchsuchung vorzunehmen. Das Resultat derselben waren eine Anzahl Nummern des Vorwärts, worauf der Siftete wieder freigelassen wurde. Nachdem sich die Grundlosigkeit der Beschuldigung herausgestellt, wurde der Denunziant von seinem Prinzipal sofort entlassen. Wie es heißt, hat sich Hofmann nach Berlin gewandt.

**Raubanfall auf einen Leipziger.** Der Generalanzeiger schreibt unter aller Reserve aus Halle den 13. Januar: Auf dem Wege zwischen hier und Eisleben, in unmittelbarer Nähe der „Olume“, ist gestern nacht ein Raubanfall an einem Herrn aus Leipzig, Namens Siegel, verübt worden. Er war nachts 12 Uhr in Eisleben angekommen und machte sich sofort auf den Weg nach Halle, um seinen Bruder hier zu besuchen. Als er an die angegebene Stelle kam, sprangen zwei Männer aus dem Graben ihm entgegen, packten ihn, banden ihm die Hände und bedekten das Gesicht. Sodann gingen die Begleiter an die Befestigung der Taschen des bedauernswerten jungen Mannes, raubten ihm Geld, Uhr und Überzieher und ließen ihn dann in den Graben. Mit dem Raube sind die Begleiter unerkannt entkommen.

**Selbstmord aus Not.** In einem Grundstück des Böttchergäßchens schob sich am Montag ein aus Lübeck (Provinz Hannover) gebürtiger 22-jähriger Kaufmann in schwimmdorferischer Absicht eine Angel in den Kopf und wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Das Motiv der That ist Stellen- und Mittellostigkeit.

Aus einem Fenster der ersten Etage eines Grundstücks der Bayerischen Straße stürzte gestern abend ein 4jähriges Tapetiererdämmchen in den Hof hinab. Das Kind zog sich schwere innere Verletzungen zu.

**Eine Messerattacke** spielte sich in einer Restauration der Gutsmuthsstraße in L.-Lindenau ab. Zwischen einem 19 Jahre alten Eisenreher und einem 27-jährigen Schmied war es zu einem blutigen Streit gekommen, der schließlich in einen Kampf mit Messern ausartete. Hierbei erhielt der Eisenreher einen Stich in den Kopf. Er mußte nach dem Krankenhaus überführt werden.

**Wegen Urkundenfälschung und Betrugs** wurde kürzlich ein 16-jähriger Kaufmann aus Südtirol polizeilich zur Verantwortung gezogen. Er hatte Brieftasche, die zu Büchelpapeten gehörten, gefälscht und sich die Beträge auszahlen lassen. Auf diese Weise hatte sich der Bursche etwa 50 Mk. zu verschaffen gewußt.

**Kleiderdieb ermittelt.** Den Dieb, der in einem hiesigen Bade einem Badenden den ganzen Anzug auf dem Leibe davongetragen hatte, hat das Schilder schnell ermittelt. Auf dem Leihhause erschien ein junger Mensch, um den fast neuen Anzug zu verkaufen. Kriminalbeamte ergripen den Dieb und stellten in ihm einen 21 Jahre alten Handarbeiter aus Cottbus fest.

**Feuerbericht.** Im Produktionsbahnhof der Dresdener Bahn gerieten gestern dagebst aufgestapelte Bretter in Brand. Die Feuerwehr konnte, da sie mit großen Schwierigkeiten und Hindernissen zu kämpfen hatte, den Brand erst nach langer Arbeit löschen. — Kleinere Feuer fanden noch statt in der Kolonnadenstraße, wo eine Partie Wachs, und in der Emilienstraße, wo eine Vorwärts Wohlen in Brand geriet.

**Schönesfeld.** Ein hiesiger 70 Jahre alter Privatmann stellte in etwas angehöckertem Zustande am Montag abend nach 7 Uhr in den Keller eines neben seiner Wohnung befindlichen Neubaues. Er gestern nachmittag wurde er von verschiedenen Personen aufgefunden und nach der Krankenstube des hiesigen Armenhauses gebracht. Sein Zustand scheint kein bedenklicher zu sein.

**Marktanstadt.** Dieser Tage kamen ein Handelsmann und ein Barbiergehrl in einem hiesigen Restaurant „aus Spaß“ aneinander. Zuerst duellierte sie sich mit Stöcken, um dann ins Handgemenge überzugehen, wobei sie zu Fall kamen. Dabei brach der Barbiergehrl überhalb des Knöchels den Unterschenkel des linken Beines, sobald er mittels Sichtfördes in das Krankenhaus überführt werden mußte.

## Von Nah und Fern.

**Galle, 13. Januar.** In der Saale extra! gestern gegen Mittag der 12 Jahre alte Schulnabe Bacher von hier. Er hatte sich gleich anderen Personen auf das Eis der Saale an der Biegelwiese geworfen, war einer schwachen Stelle zu nahe gekommen und eingebrochen.

**Berlin, 14. Januar.** Die Frau des Friedmann, die, wie wir bereits gemeldet haben, in den nächsten Tagen in dem Hornhardischen Konzertlokal zu Hamburg als Sängerin auftritt, hat vom 20. d. M. ab für das bekannte Berliner Dingstall, Duars Vaudeville-Specialitätentheater im Grand Hotel, Alexanderplatz zu Berlin, ein Engagement angenommen. Wird da die „goldene Jugend“ laufen! Es ist doch zu „viktant“. Der Gatte hat übrigens sich auch der Unterschlagung von Mündelgeldern in Höhe von 6000 Mark schuldig gemacht.

**Thorn, 14. Januar.** Gestern stürzte der Konditor Standfuß beim Radfahren, fiel mit dem Kopf gegen einen Preßstein und blieb tot vor dem Platze.

**Wanzleben, 14. Januar.** Seit einigen Tagen hielt sich hier der Fusantier Diesel, der sich heimlich von einem Truppenteil entfernt hatte, bei seiner Mutter auf. Bei dem Amtsvorsteher ließ eine Depesche des Regimentskommandos einen D. als Deserteur zu verhaften. Als darauf der Amtsdienner sich in die Wohnung der Mutter Dieselis begab, ließ D. hinaus und stürzte sich in einen Brunnen. Alle zu seiner Rettung gekommenen Anstalten wies er mit dem Auge, ertrunken zu wollen, zurück. Als man auf einer schnell herbeigeschafften Leiter hinunterstieg, war er bereits tot.

**Vom Kieler Nordwesten.** Eine zweite Anklage gegen den Redakteur des Vorwärts, Genossen Dierl, die am 11. d. M. vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, lautete auf Beleidigung des zweiten Bürgermeisters vor Kieler, Lorenz, als Chef der Kieler Postbehörde. Der unter Anklage gestellte Artikel des Vorwärts hatte mitgeteilt, daß in Kiel zur Zeit der Kanalfeierlichkeiten die Zahl der Bordelle um drei vermehrt worden sei. Das Klarieren des unschönen Gewerbes wurde dann dem Vorgehen der Polizei wegen dramatischer Autoren gegen übergestellt. Hierdurch fühlte sich Bürgermeister Lorenz beleidigt und behauptete, daß in Kiel Bordelle überhaupt nicht existieren. Da nach dieser Richtung hin stattgefunden Beweisaufnahme hat er geben, daß in Kiel tatsächlich eine Reihe von Häusern in von der Polizei dazu bestimmten Stadtgegenden bestehen und von Prostituierten bewohnt werden, die unter polizeilicher und ärztlicher Kontrolle stehen. Ebenso ist erwiesen worden, daß zur Zeit der Kanalfeier mehr Dörfer in Kiel gewesen sind als sonst. — Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung des Bürgermeisters für vorliegend und beantragt einen Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Herzfeld hielt eine Verurteilung für ganz unmöglich, da der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang gelungen sei. Letzterer Ansicht war auch der Gerichtshof, er erachtete deshalb eine Beleidigung des Bürgermeisters nicht für vorliegend und erkannte auf Freisprechung.

**Ein famoser Prediger der christlichen Liebe.** In Nottweil wurde der Warter Luk von Böhmingen zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er in zwei Fällen Hunde auf Menschen gehetzt hatte. Im Urteil wurde die Eigenschaft des Luk als Geistlicher als Strafverschärfungsgrund angesehen.

**Bremen, 15. Januar.** Der frühere Bankassier Kramer wurde wegen Veruntreuung von 40000 Mark zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

**In Salbach** geriet heute nachts die Erdscholle wieder in Bewegung, wiederholt wurden leichtere Beben verspürt.

## Vermischtes.

**Wenn ein Athlet überfahren wird.** Dieser Tage hatte ein bekannter Wiener Amateurathlet, Schlachtermeister Stöhr, das Unglück, von seinem Geschäftswagen überfahren zu werden. Er ließ sich sofort nach Hause bringen und den Arzt rufen. Dieser untersuchte eingehend die von mehreren blauen Flecken bedekten Beine des Athleten und sagte dann läppisch: „Mich wundert nur, daß den Nähern nichts geschehen ist. Sie können gleich wieder ausgehen.“ Stöhr befolgte diesen Rat und verließ wohlgenützt das Haus.

## Letzte Nachrichten.

**Einen neuen Skandal für die Konservativen** schafft das Organ des Bundes der Landwirte, die Deutsche Tagesszeitung. Das Blatt schreibt: „Es geht das Gericht um, daß (der fiktive Rechtsanwalt) Friedmann sich Teile der Rotzischen Alten angeeignet habe und diese buchhändlerisch zu verwerthen gedenke. Thöte er das, so würde ein höchst peinlicher Skandal die Folge sein. Jetzt liegt außerordentlich viel davon, daß das Vorhaben Friedmanns durchkreuzt werde.“ Aber wie? Vielleicht sind die Materialien schon in dritter Hand? Der Vorsicht halber!

**Der Säbelschläger und „Held“** so vieler Niederlagen auf Cuba, Martinez Campos, hat nun endlich seine Entlassung eingereicht. Er wird gehen müssen.

## Quer durch Leipzig.

**Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig I,** Schloßgasse Nr. 22 (umfaßt die Altstadt Leipzig).

**Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig II** in L.-Neubrück, Chausseestraße Nr. 5 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Neudorf, Anger-Trottenborn, Volkmarasdorf, Sellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg).

**Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig III** in L.-Gohlis, Kirchplatz 1 (umfaßt die bisherigen Vororte Gohlis und Gutriegisch).

**Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig IV** in L.-Plagwitz im früheren Gemeindeamt Plagwitz, Kurze Str. 12 (umfaßt die bisherigen Vororte Lindenau, Kleinzschöna, Plagwitz und Schleußig).

**Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig V** in L.-Connewitz im früheren Gemeindeamt Connewitz, Schulstraße 5 (dasselbe umfaßt die bisherigen Vororte Connewitz und Lößnitz).

Die Standesämter I, II, III und IV sind für Anmeldungen geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr und 3—5 Uhr, Sonntags und Feiertags von 11—12 Uhr, jedoch nur zur Anmeldung von fotoborenen Kindern und Sterbefällen.

Die Standesämter I, II, III und IV sind für Anmeldungen geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr, nachm. von 3—5 Uhr, Montags vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 3—5 Uhr, Dienstag vorm. von 8—1 Uhr, Mittwoch und Sonnabends nachm. von 8—5 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr zur Anmeldung von Sterbefällen.

Geschleckungen erfolgen in sämtlichen Standesämtern nur an Wochentagen vormittags.

**Friedhof-Expedition und Kasse** für den Südb., Nord- und neuen Johannisfriedhof Schloßgasse 22 in den Räumen des Königl. Standes-Amtes I. Vergebung der Grabstellen auf vorgedachten Friedhöfen, Vereinigmahnen der konfessionellen und die Erledigung der sonstigen auf den Betrieb bezüglichen Angelegenheiten. Geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr und 3—5 Uhr. Sonn- und Feiertags jedoch nur für dringliche Fälle von 11—12 Uhr. Schlußzeit für den Besuch der Friedhöfe abends 4 Uhr.

**Städtische Sparlässe.** Expeditionszeit: Jeden Wochentag. Einzahlungen, Rückzahlungen und Kündigungen von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 3 Uhr. — Effekten-Lombardgeschäft parterre links: Filiale für Einlagen: Otto Bartsch, Lauchaer Str. 5; Brüder Spillner, Windmühlenstraße 27; Heinrich Ulrich Nachfolger, Weißstraße 38; Julius Hoffmann, Peterssteinweg 8; H. F. Röhrns, Grimmaischer Steinweg 11.

**Sparlässe** in der Parochie Schönesfeld zu L.-Neudorf, Grenzstr. 8, garantiert von der Stadt Leipzig. Expeditionszeit für Sparbücher jeden Wochentag von früh 8 bis Mittag 1 Uhr.

**Sparlässe L.-Ehrlisch** expediert Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von vorm. 8—1 Uhr.

**Sparlässe L.-Connewitz** expediert Montag, Mittwoch und Freitag von vorm. 8—1 Uhr.

**Sparlässe L.-Plagwitz** expediert Montag von nachm. 3—5 Uhr und Mittwoch und Sonnabend von vorm. 9—1 Uhr.

**Versammlungskalender.**

**Mittwoch:** Verein für Naturforschung v. W., Abend, Gesellschaftssalle. Abend über Kunst der Ernährung auf die Entwicklung unseres Körpers.  
**Socialdemokratischer Verein v. W.:** Restaurant zur Erholung, Lindenau, Abend 8 Uhr. Ende 9 Uhr. T. O.: 1. Welches Wahlrecht kann das gesetzliche Wahlrecht auf Grund seiner Würde und politischen Einsicht fordern? Referent: Genosse Müller, 2. Politische Mundschau.

**Donnerstag:** Schauspiellebenung der sozialdemokratischen Partei des Ostbezirks, Germania im Schlesischen, Abends 8 Uhr. T. O.: 1. Die Gewerkschaft. Referent: Genosse Rauh. 2. Der Bevölkerungsvertrauensmann und Gewerkschaftsdebatte.

**Socialdemokrat. Verein v. W.:** 1. 1896. 2. 1895 zu Connexy. Abends 8 Uhr. T. O.: 1. Aufnahme eines Mitglieders und Sicherheitsprüfung. 2. Vorstellung des Genossen Max Hirsch über Der Absprung des alten Österreichs. & Versand- und Verkaufsgeschenken.

**Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.**

**Briefkasten der Redaktion.**

**D. Sch., Neustadt.** Nein. Vergleiche Notiz unter Leipziger Angelegenheiten in unserer letzten Montags-Nummer.  
**Wesselschmidt.** Mit Bezug auf die in Nr. 5 der Leipziger Volkszeitung von 8. Januar unter der Spalte Wesselschmidt gebrachte Anklage teilt uns Herr Wesselschmidt mit, daß er die Anklage nicht verantworte habe, vielmehr sein Name missbraucht worden sei.  
**G. W.** Richten Sie Ihre Anfrage an Frau Oberlin v. Werder, Weißstraße 9.  
 1. Adressieren Sie an die zweite Kammer des sächsischen Landtages zu Dresden. 2. Uebersenden Sie das Material Ihrem Abgeordneten Bünau, Turnerstraße 11. 3. Die Unterschriften können abgeschrieben werden, heben Sie sich aber das Original mit den eigenhändigen Unterschriften auf.  
**G. W.** Erhalten. Wird gedruckt. Gruß!

**Auskunft in Rechtsfragen.**

**D. D. R. 100.** Die Frau durfte überhaupt nichts mitnehmen. Sie kann auf Stückleute in die Ehe klagen und müssen sie auch wieder aufnehmen, wenn sie freiwillig zurückkommt.  
**H. Sch., Lindenau.** Eine Versicherungspflicht existiert nicht. Werden aber Dienstboten von der Herrschaft bei der Dienststube anmeldet, so werden die Dienstboten als Mitglieder aufgenommen. In Ihrem Hause hat die Herrschaft bis zu dem Zeitpunkte der vorlänglichen Aufhebung des Dienstvertrages für die Laien und Pfrüfe des Dienstboten zu sorgen, darf ihm aber die vor verwendeten Kosten auf den Lohn und Mietgeld anrechnen. Nach Ablauf der vereinbarten und ausgesprochenen Ründigung hört der Anspruch auf weiteren Lohn und Mietgeld auf.

**J. J.** 1. Nein, wenn sie beschwören, schon bezahlt zu haben. 2. Nein; nur der Hausherr kann verklagt werden. 3. Der Wasserguts muss bezahlt werden, wenn Sie nicht rästen wollen, daß die Peltung abgestellt wird und so die Wiederherstellung erlangen, eine Entschädigung vom Mietzins abzuziehen.

**G. H. W.** Der Wirt kann nicht gezwungen werden, Ihnen etwas zu verabreichen. Freilich darf die Verweigerung nicht in beständiger Weise erfolgen.

**Frau B., 26 Neudnit.** Es müßte Aboption erfolgen, die entweder durch notarleslen Vertrag oder vor Gericht bewirkt werden kann. Die Kosten sind nicht bedeutend.

**Theatervorstellungen.****Neues Theater.**

**Mittwoch den 15. Januar:** 14. Abend-Vorstellung (2. S. rot). **Donna Diana.** Komische Oper in 3 Akten nach E. N. Regel, frei nach der Welschen Überleitung des gleichnamigen Moretoischen Lustspiels. Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Panzner. Don Diego, Graf von Barcelona Dr. Neidhardt. Donna Diana, Eheprinzessin, seine Tochter Dr. Kernowall-Dogat. Donna Anna, } seine Nichten Dr. Tonia. Don Cesario, Prinz von Urgel Dr. Osborne. Don Louis, Prinz von Bourgne Dr. Marion. Don Galion, Graf von Folz Dr. Küpper. Berlin, Seefahrer } der Prinzessin Dr. Demuth. Florentine, Vertraute } der Prinzessin Dr. Kermie. Der Spaniplay ist im Schlosse Don Diagos zu Barcelona.

**Hieraus:****Ballet-Divertissement**

arrangiert vom Ballettmaster J. Hollenstei. Nach dem 1. und 8. Akt der Oper finden längere Pausen statt. Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr. Opern-Preise.

Willet-Berlaus an der Tagesstufe von 10 (Sonn- u. Feiertag) von 10 bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgab von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spieldaten: Donnerstag: Einkaufsleute. Anfang 7 Uhr. —

Freitag: Martha. Anfang 7 Uhr.

Der Spaniplay ist im Schlosse Don Diagos zu Barcelona.

**Altes Theater.**

**Mittwoch den 15. Januar:** 15. Vorstellung zu halben Preisen. **Der Kaufmann von Venedig.** Lustspiel in 5 Akten nach Will. Shakespeare, überzeugt v. A. W. v. Schlegel.

Regie: Regisseur Vorberdt. Der Doge von Venedig Dr. Höner. Prinz von Aragon } Freier der Porzia Dr. Krause. Antonio, ein Kaufmann von Venedig Dr. Venor. Bassanio, sein Freund Dr. Taeger. Solanio } Freunde des Antonio Dr. Thiele. Gratiano } Freunde des Antonio Dr. Stenzel. Lorenzo, Liebhaber der Jessica Dr. Schielb. Shylock, ein Jude Dr. Vorberdt. Tubal, ein Jude, sein Freund Dr. Brost. Pantalone, Bobbo, Shylocks Diener Dr. Brindmann. Der alte Bobbo, Pantalone's Vater Dr. Ernst Müller. Salerio, ein Sohn von Benedick Dr. Henning. Stephano, Porzius Diener Dr. Wack. Porzia, eine reiche Ehefrau Dr. Hammisch. Nerissa, ihre Gesellschafterin Dr. Müller. Jessica, Shylocks Tochter Dr. Schröder. Ein Senator Dr. Schröder. Leonardo Dr. Schmidb. Die Szene ist teils zu Venedig, teils zu Belmont, Porzius Landsitz. Einlaß 1/2 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr. Halbe Preise.

Willet-Berlaus a. b. Tages-Kasse v. 10 (Sonn- u. Feit. 10 bis 3 Uhr). Vorverkauf f. d. nächst. Tag (m. Aufg. v. 80 Pf.) v. 1—3 Uhr.

**Spielplan:** Donnerstag: Die Chansonette, Anfang 1/2 Uhr. — Freitag: Das Glück im Winkel. Anfang 1/2 Uhr. — Sonnabend: Sweeney, Anfang nach 8 Uhr. Neu einstudiert: Die Haubergelze. Hierauf: Besonderer Umklade halber. Zum Schluss: Neu einstudiert: Die Hanni weint — der Hanni lacht. Anfang 1/2 Uhr.

**Küchenzelte der städtischen Speiseanstalten.**

Donnerstag: Speiseanstalt I (Johanniskirche): Gläckchen mit Rindfleisch.

Speiseanstalt II (Moienthalgasse): Milchreis mit Bulet und Brot.

**Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.**

Dienstag, den 14. Januar 1896.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glas.)

Weizen per 1000 kg netto still	inländischer dt.	150—154 bez. Brl.
Roggen per 1000 kg netto fest	ausländischer inländischer dt.	150—156 bez. Brl.
Gerste per 1000 kg netto	ausländischer Branngerste	180—186 bez. Brl.
Malz per 50 kg netto	Mahl- u. Futterware	140—160 bez. Brl.
In. Saal	In. Saal	14 M. bez. u. Brl.
Hafer per 1000 kg netto	inländischer ausländischer amerikanischer runder	14—14.50 M. bez. Brl.
Erbse per 1000 kg netto	loco grosses do. kleine do. Futter	155—175 140—160 180—140
Bohnen per 100 kg netto	loco	9—9½ Brl.
Oelsaat per 1000 kg netto	Raps	48.25 Geld
Rapskuchen p. 100 kg netto	fliissiges gefrorenes	46 bez.
Rübbel per 100 kg netto	frei Haus hier ohne Fass ziemlich fest	100 kg exkl. Sack.
Leinöl per 100 kg netto ohne Fass	Leinöl per 100 kg netto ohne Fass	48—49 60—100
Kleesauat per 100 kg netto	do. rot nach Qualitäts do. schwed. Qualitäts	60—70 50—70
Weizenmehl Nr. 00 29.50—28.50 per 100 kg Nr. 0 20.50—21.50	Wheatmehl Nr. 00 29.50—28.50 (Roggenmehl) per 100 kg 20.50—21.50	51.20 M. 31.70 M. 50—70
per 100 kg Nr. 0 20.50—21.50	per 100 kg 20.50—21.50	per 100 kg 20.50—21.50
exkl. Sack I 15—15.50 M.	exkl. Sack II 13.00—14 M.	exkl. Sack II 13 M.
Weizensaaten 8.50—8.75 M.	Roggenkleie M. 9.25—0.75	100 kg exkl. Sack.
Ausserdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik.		
Spiritus (unversteuert) p. 10000 Liter 9% ohne Fass	mit 50 M. Verbrauchsabgabe	51.20 M. 31.70 M. 50—70
Sonnabend, 11. Januar	50 M. 70 M. 70 M.	51.40 M. 81.90 M.

**Arbeiter, berücksichtigt bei Einkäufen die in der Leipziger Volkszeitung inserierenden Geschäftslente.**

# Im Preise zurückgesetzt

haben wir, der vorgerückten Saison wegen unser immerhin noch bedeutendes Lager in:

## Kapotten in Wolle, Chenille und Seide

## Pelzwaren, als: Muffen, Mützen, Kragen, Boas etc. etc.

## Damenputz, als: Garnierte und ungarnierte Hüte

## Barchentwäsche, Barchentbettlütcher, Strickjacken.

Auf obige Artikel geben wir, trotz unserer enorm billigen Preise bis auf weiteres

einen Rabatt von 10 bis 15 Prozent

der an unserer Kasse sofort in Abzug gebracht wird.

# Schaarschmidt & Co.

Eisenbahnstr. 46 L.-Neuschönfeld Eisenbahnstr. 46.

Größtes Sortiments-Warenhaus der Ostvorstadt.

## Gute Quelle

Brühl Nr. 42 Leipzig Brühl Nr. 42. Ab 1. Januar von mittags 12 Uhr an Bürgerlicher Mittagstisch. Reichliche Portion nach Auswahl, mit Suppe 50 Pf.

H. Fritsch.

## Salon Germania

Wurzener Strasse 77.

Freitag den 17. Januar 1896

## Großer Volksmaskenball.

Eintritt für Herren und Damen à 50 Pf. — Eine fröhliche Nacht verreben, bietet um reich zahlreichen Besuch Herm. Nagel, der Gemüthliche.

## Culmbacher Hof, Böttchergässchen 11.

Jeden Tag Schweinsknochen, dazu ein freies Glas Culmbacher.

Kleine Markthalle, Kurprinzenstrasse Nr. 20 empfiehlt seinen vorzüglichen Mittagstisch à 40 Pf. Stamm zu jeder Tageszeit. Täglich Unterhaltungsmäßt. Vorlesungsvoll Abt. Kirschky.

Frisches Schellfische, grüne Heringe Büdinge, Spätzle empfehlen Gebr. Züblsdorf 1824

9. Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 68.

A. Mahnke, Uhrmacher

2. Neuschönfeld, Reichstrasse 57 empfiehlt Ihnen und Goldwaren zu soliden Preisen. Reparaturen prompt und billigst.

1922

Beste Meiler-Holzkohlen

(nicht ausgelauft) hat jetzt

auf Lager G. E. Bergmann

Mont. Steinweg 13. (Drei Villen.)

Schmidtschen 1. Art repar. gut u. bill.

J. Siegert, Schützenstr. 6.

## Hôtel de Saxe

(Zacherlbräu.)

[314]

Täglich: Spanisches Künstler-Orchester.

In den Zwischenpausen spielt das Miesenorchester. G. Sünder.

Masken-Kostüme für Herren und Damen große Auswahl, sind zu verleihen.

818] Franz Haselbach, Thonberg, Reitzenhainer Str. 29.

Für wirklich tüchtige Korbmachergesellen

ist es leicht, sich selbstständig zu machen. Da meine bisherigen Klienten

scheue ich weitere Korbmacher, welche in Gestaltarbeit, d. g. in geschlagenem

Arbeit nur das Vorzüglichste liefern. Es handelt sich um Fachaufträge

von 3—4000 Mark und erfolgt die Lieferung nur gegen sofortige Räume.

Bei wirtschaftlicher Lieferung leiste ich gern größeren Vorschuss.

Robert Barth, Leipzig, Kurprinzipalstr. 24.